Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Jahresbericht 2004

Institut für Weltwirtschaft, 24100 Kiel
Telefon 0431/8814–1, Fax 0431/85853
E-Mail: info@ifw-kiel.de
http://www.ifw-kiel.de

Inhalt

I. Die allgemeine Entwicklung des Instituts im Jahr 2004 3

II. Forschungstätigkeit und wissenschaftliche Beratung 7

1. Forschungsschwerpunkte 7
2. Präsidium 9
3. Wachstum, Strukturwandel und internationale Arbeitsteilung 14
4. Umwelt- und Ressourcenökonomie 23
5. Raumwirtschaft 32
6. Entwicklungsökonomie und weltwirtschaftliche Integration 38
7. Konjunktur 47
8. Querschnittsthemen 57
9. Kooperationen mit anderen Forschern und Forschungseinrichtungen 60
10. Wissenschaftliche Beratung und Mitarbeit in Organisationen 64
11. Zusammenstellung der Forschungsaufträge und Forschungsvorhaben 68

III. Dokumentationsdienste 74

1. Bibliothek 74
2. Wirtschaftsarchiv 78

IV. Lehre 80

1. Lehrtätigkeit an Universitäten und anderen Hochschulen 80
2. Postgraduiertenprogramm 80
3. Gastvorlesungen und Vorträge an Universitäten 82

V. Konferenzen 83

1. Konferenzen und andere Veranstaltungen des Instituts 83
2. Beteiligung an auswärtigen Konferenzen 88

VI. Veröffentlichungen 104

1. Veröffentlichungen in eigenen Publikationsreihen 104
2. Externe Veröffentlichungen 110

VII. Anhang 120

1. Bernhard-Harms-Preis, Bernhard-Harms-Medaille und Bernhard-Harms-Förderpreis 120
2. Liste der Beschäftigten (Stand: 1.1.2005) 123
3. Organisationsplan 127

I. Die allgemeine Entwicklung des Instituts im Jahr 2004

Das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW) ist eines der großen Zentren weltwirtschaftlicher Forschung und Dokumentation. Aufgabe des Instituts ist die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, die wirtschaftspolitische Beratung sowie die Dokumentation und Bereitstellung von Informationen auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Dabei wendet sich das Institut gleichermaßen an die internationale und an die deutsche Wissenschaft, an Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft und an die interessierte Öffentlichkeit. Es verfügt über eine der bedeutendsten wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bibliotheken der Welt und über ein Wirtschaftsarchiv mit einer umfangreichen Sammlung von Zeitungsausschnitten.

Das Institut hat seinen Ursprung in dem 1899 gegründeten Staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Kiel. Im Jahr 1914 wurde es als „Königliches Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft“ von Bernhard Harms gegründet und 1934 in „Institut für Weltwirtschaft“ umbenannt. Das Institut ist der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel angegliedert. Der Forschungsbereich des Instituts und die Bibliothek in ihrer Funktion als Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften gehören der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL), die Institute und Serviceeinrichtungen von überregionaler Bedeutung vereint, als jeweils selbstständige Mitglieder an.

Der Forschungsbereich des Instituts sieht seine Hauptaufgabe in der theoriegestützten anwendungsorientierten Wirtschaftsforschung. Dazu zählen die empirische Analyse wirtschaftspolitisch relevanter Tatbestände, das Herausarbeiten und die Analyse möglicher künftiger Problemstellungen, das „Vor-“Denken wirtschaftspolitischer Lösungen und die wissenschaftliche Innovation.

Im Jahr 2004 wurden zahlreiche Forschungsvorhaben vorangetrieben oder abgeschlossen, neue Projekte wurden in Angriff genommen. Die Ergebnisse der Forschungsarbeit wurden auf internationalen und nationalen Konferenzen vorgestellt und in institutseigenen Publikationsreihen oder in internationalen, referierten Fachzeitschriften veröffentlicht. Die Serviceleistungen der Bibliothek und des Wirtschaftsarchivs wurden nicht nur hausintern in Anspruch genommen, sondern dank des elektronischen Zugangs in verstärktem Umfang auch von Forschern aus dem In- und Ausland genutzt.

Ein wichtiges Ereignis im Jahr 2004 war die Evaluierung des Forschungsbereichs des Instituts für Weltwirtschaft durch die Leibniz-Gemeinschaft. Der Se-

natsausschuss Evaluierung der Leibniz-Gemeinschaft (SAE) evaluiert in einem Zeitraum von maximal sieben Jahren alle Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft. Auf der Grundlage seiner Stellungnahme und einer Empfehlung des Senats der Leibniz-Gemeinschaft stellen Bund und Länder in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) fest, ob die Voraussetzungen für die weitere Förderung der Leibniz-Einrichtungen gegeben sind. Nachdem die Bibliothek als Serviceeinrichtung bereits im Vorjahr evaluiert und die weitere Förderung durch Bund und Länder bestätigt worden ist, besuchte im September eine internationale Bewertungsgruppe den Forschungsbereich des Instituts für Weltwirtschaft. Eine offizielle Stellungnahme des SAE wird im Jahr 2005 verabschiedet werden.

Das Institut misst der wissenschaftlichen Weiterbildung eine große Bedeutung bei. Es bietet einen international ausgerichteten Aufbaustudiengang an, ermöglicht den Aufenthalt an internationalen Forschungseinrichtungen, lädt seinerseits Gastforscherinnen und Gastforscher ein und fördert den regelmäßigen Austausch von Forschungsergebnissen durch die Organisation von Konferenzen, Workshops, Seminaren und Vorträgen. Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiteten im vergangenen Jahr an ihrer Promotion, einige an ihrer Habilitation. Christian Pierdzioch habilitierte sich an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und wurde zum Privatdozenten ernannt. Björn Christensen und Christophe Kamps promovierten an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Claudia Buch hat im Januar den Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie, insbesondere Geld und Währung, an der Eberhard-Karls Universität in Tübingen übernommen, bleibt dem Institut für Weltwirtschaft aber als Forschungsprofessorin für „International Finance and Macroeconomics“ weiterhin verbunden. Oliver Lorz wurde im Oktober zum Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der RWTH Aachen ernannt. Christian Pierdzioch erhielt einen Ruf auf einen Lehrstuhl an der Universität des Saarlandes.

Einige Wissenschaftler des Instituts sind im Verlauf des Jahres 2004 für ihre Leistungen geehrt worden. Joachim Scheide wurde zum Honorarprofessor an der Universität Kiel, Federico Foders zum Honorarprofessor an der Universität Köln ernannt. Christophe Kamps wurde für seine Dissertation „The Dynamic Macroeconomic Effects of Public Capital: Theory and Evidence for OECD Countries“ der Erich-Schneider-Preis des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Kiel verliehen. Henning Sichelschmidt wurde für seinen Beitrag zum Thema „Europäische Infrastrukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der Neuausrichtung der Strukturfonds“ mit dem Reimut-Jochimsen-Preis 2004 ausgezeichnet. Herbert Giersch und Horst Siebert wurden zu Fellows der European Economic Association (EEA) ernannt.

Die wichtigste personelle Veränderung im Verlauf des Jahres 2004 betraf die Leitungsebene. Die seit April 2003 vakante Stelle des Präsidenten des Instituts für Weltwirtschaft ist wieder besetzt: Professor Dennis Snower hat den Ruf der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität angenommen und wurde zum 1. Oktober 2004 neuer Inhaber des Lehrstuhls für theoretische Volkswirtschaftslehre und Präsident des Instituts für Weltwirtschaft. Dennis Snower wurde am 14. Oktober 1950 in Wien geboren. Seine akademische Laufbahn führte ihn 1968 an die Oxford University und 1971 an die Princeton University, wo er 1975 seinen Ph.D. erwarb. Es folgten zahlreiche Forschungs- und Lehrtätigkeiten an Hochschulen in Wien, Stockholm, Florenz, London, New York, Jerusalem und Tel Aviv; seit 1989 war Dennis Snower Professor of Economics am Birkbeck College an der University of London. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf den Gebieten Arbeitsökonomie und Makroökonomie. In zahlreichen Veröffentlichungen hat sich Dennis Snower aber auch mit Fragen der Industrieökonomik, der öffentlichen Finanzen und der Informationswissenschaften auseinandergesetzt.

Auch im Kreise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kam es im Verlauf des Jahres 2004 zu einigen Veränderungen. Nach dem Wechsel von Claudia Buch zur Universität Tübingen übernahm Christian Pierdzioch zu Beginn des Jahres 2004 die kommissarische Leitung des Forschungsbereichs „Finanzmärkte“.

Nach mehr als 30-jähriger Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bibliothek trat Abel Koch-Klose Ende Januar in den Ruhestand. Rainer Schmidt, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Konjunktur“ und dort in den Bereichen Bevölkerung und Arbeitsmarkt tätig, wurde nach 39-jähriger Tätigkeit Ende März in den Ruhestand verabschiedet. Jörg-Volker Schrader, seit 1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Raumwirtschaft“, schied im Mai aus dem aktiven Dienst aus. Ende Mai wurde auch Hans-Hinrich Glismann, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Wachstum, Strukturwandel und internationale Arbeitsteilung“ und Leiter der Forschungsgruppe „Soziale Sicherung und Wachstum“ nach fast 35-jähriger Tätigkeit im Institut pensioniert. Ende Oktober trat Frauke Siefkes, seit 1970 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bibliothek tätig und zuletzt für das Referat „Ost- und Südosteuropa“ verantwortlich, in den Ruhestand. Zum Ende des Jahres wurde nach mehr als 30-jähriger Tätigkeit im Institut auch Hugo Dicke, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Wachstum, Strukturwandel und internationale Arbeitsteilung“ und Leiter der Forschungsgruppe „Europäische Integration“, pensioniert.

Zum Jahreswechsel beschäftigte das Institut 270 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon waren 54 Prozent Frauen und 29 Prozent Teilzeitbeschäftigte. Im Präsidium, in der Abteilung „Information, Redaktion und Außenbeziehungen“ und

in den fünf Forschungsabteilungen waren insgesamt 123 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig, 119 arbeiteten in der Bibliothek und 28 in der Verwaltung. Am Institut arbeiteten Ende 2004 insgesamt 76 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie 194 nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 4 Auszubildende.

In Trauer und Dankbarkeit gedenken die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sybille Ruhnke, die am 29. November 2004 nach schwerer Krankheit verstorben ist. Frau Ruhnke war seit 1982 als Mitarbeiterin in der Redaktion des Instituts für Weltwirtschaft beschäftigt.

II. Forschungstätigkeit und wissenschaftliche Beratung

1. Forschungsschwerpunkte

Zentraler Forschungsgegenstand des Instituts für Weltwirtschaft ist die internationale Arbeitsteilung in statischer und dynamischer Sicht. Analysiert werden die sektorale und räumliche Allokation von Gütern und Dienstleistungen und Produktionsfaktoren. Die Ausstattungsvorteile der Länder einschließlich der Umwelt und die Veränderungen dieser Ausstattungsbedingungen in der Zeit werden ebenso untersucht wie die geld- und fiskalpolitischen sowie konjunkturellen Interdependenzen der Weltwirtschaft. Dabei werden institutionelle Rahmenbedingungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene sowie die damit verbundenen Anreizsysteme und Bedingungen der politischen Ökonomie berücksichtigt.

Die Forschungsarbeiten konzentrierten sich 2004 vor allem auf folgende Themen:

— die Auswirkungen der Globalisierung auf die nationalen Güter- und Faktormärkte und den weltweiten Standortwettbewerb;
— die Entwicklung der internationalen Handelsverflechtung und des multilateralen Handelssystems einschließlich des Dienstleistungshandels;
— die Auswirkungen von regionaler Integration und Handelsliberalisierung, insbesondere die Perspektive der europäischen Integration;
— die Implikationen der technologischen Entwicklung und des sektoralen Strukturwandels für Arbeits- und Kapitalmärkte;
— internationale umwelt- und klimapolitische Instrumente;
— die Nutzung und Kontrolle von Biodiversität;
— den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen;
— den Einfluss von Transport- und Kommunikationskosten auf die räumliche Struktur der Wirtschaft;
— die Bestimmungsgründe regionaler Innovations- und Wachstumsunterschiede;
— den Einfluss privater und öffentlicher Kapitalzuflüsse auf das Wachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern;
— Armutsbekämpfung und geografisch bedingte Wachstumsunterschiede in Entwicklungs- und Schwellenländern;

— Geld- und Währungspolitik im Wachstumsprozess von Entwicklungs- und Schwellenländern;
— die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und die Bedeutung des Euro-Wechselkurses für die Konjunktur;
— Reformen im Bereich der Arbeitsmärkte und der Systeme der sozialen Sicherung in den Industrieländern;
— die nationale, europäische wie auch internationale Konjunkturentwicklung bei starkem Ölpreisanstieg und neuen großen Märkten in Osteuropa und Asien;
— die deutsche Steuer- und Subventionspolitik;
— die Auswirkungen der zunehmenden Integration von internationalen Finanzmärkten auf die makroökonomische Volatilität und die Fortpflanzung makroökonomischer Schocks;
— sowie die Bankenregulierung und die Aktivitäten der Banken.

Die einzelnen Forschungsgebiete stehen in einem engen Zusammenhang und werden häufig abteilungsübergreifend behandelt.

Bei der Bestimmung der Forschungsschwerpunkte wird das Institut für Weltwirtschaft von seinem Wissenschaftlichen Beirat unterstützt, der Anregungen für die zukünftigen Arbeiten des Instituts gibt. Der Beirat fördert die Einbindung des Instituts in die internationale Forschungslandschaft und die Zusammenarbeit mit führenden Ökonomen. Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats werden jeweils für einen Zeitraum von vier Jahren vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein auf Vorschlag des Präsidenten bestellt. Dem Wissenschaftlichen Beirat gehörten 2004 an:

Prof. Dr. André Sapir, Professor an der Université Libre de Bruxelles und Mitglied der Group of Policy Advisers der Europäischen Kommission (Vorsitzender),

Prof. Dr. Axel Börsch-Supan, Professor an der Universität Mannheim, Lehrstuhl für Makroökonomik und Wirtschaftspolitik (stellvertretender Vorsitzender),

Prof. Dr. Sebastian Edwards, Henry Ford II Professor an der University of California at Los Angeles,

Prof. Dr. David Greenaway, Professor of Economics und Direktor des Leverhulme Centre for Research on Globalisation and Economic Policy an der University of Nottingham,

Prof. Dr. Gerd Hansen, Direktor des Instituts für Statistik und Ökonometrie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (bis 30. April 2004).

Als Nachfolger von Prof. Hansen wurde zum 1. Mai 2004 Prof. Dr. Thomas Lux, Lehrstuhl für Geld, Währung und Internationale Finanzmärkte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, in den Wissenschaftlichen Beirat berufen.

Zu Beginn des Jahres 2004 wurden Martin Feldstein, Helmut Hesse, Otmar Issing und Anne Krueger, alle Gründungsmitglieder des Wissenschaftlichen Beirats, verabschiedet. Das Institut ist ihnen für ihre fast zehnjährige Mitgliedschaft und den damit verbundenen Rat sehr dankbar.

2. Präsidium

Im Zentrum der Forschungsarbeiten am Präsidium standen im Jahr 2004 die Arbeitsmärkte, die Neue Ökonomie sowie die Geldmärkte und die Aktivitäten von Banken. Darüber hinaus ist der Forschungsbereich „Finanzmärkte“ dem Präsidium als eigenständiger Bereich angegliedert.

Im Bereich Arbeitsmärkte wurden zwei Projekte in Kooperation mit auswärtigen Forschern abgeschlossen. Ein Projekt untersuchte den Einfluss von On-the-Job Learning auf den *Beschäftigungseffekt von Entlassungskosten*. Es zeigte sich, dass ein solches Lernverhalten beschäftigungsdämpfend wirken kann. In dem anderen Projekt ging es um eine Neubewertung der *Beziehung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit*, basierend auf dem Zusammenspiel zwischen dem Wachstum der Geldmenge und nominellen Friktionen. In diesem Kontext hat die Geldpolitik permanente Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit.

In einem neu begonnenen Projekt werden die *Anreize auf dem Arbeitsmarkt* analysiert, da die effektiven Anreizeffekte bei arbeitsmarktpolitischen Reformen zu wenig beachtet werden. Die derzeitige Arbeitslosenunterstützung mindert beispielsweise den Gegenwartswert des zu erwartenden Einkommens, wenn Arbeitslose wieder in eine Beschäftigung eintreten und in der Beschäftigung bleiben. Solche negativen Externalitäten gilt es zu minimieren. Im Rahmen des Forschungsprojekts sollen die Anreizeffekte, die von den existierenden Arbeitsmarktinstitutionen in Deutschland ausgehen, sowie ihre Interdependenzen dynamisch modelliert werden, um alternative Politiken und Reformvorschläge vergleichen und anhand von Veränderungen der Arbeitsanreize beurteilen zu können.

Die Forschungsarbeiten zur Neuen Ökonomie wurden im Projekt zur ökonomischen Analyse von Open-Source-Software fortgesetzt. Der aktuelle Schwerpunkt lag auf der *Analyse des Wettbewerbspotentials von Open Source Software* im Vergleich zu proprietärer Software. Aufbauend auf den ökonomischen Eigen-

schaften von Software als digitalem Gut wurde ein Referenzmodell entwickelt, anhand dessen die Marktstruktur auf Softwaremärkten erklärt werden kann. Daran anknüpfend wurden die besonderen Eigenschaften von Open-Source-Software im Vergleich zu proprietärer Software zur Analyse des Innovations- und Marktpotentials von Open-Source-Software herangezogen. Als geeignetes Leitbild für wirtschaftspolitisches Handeln im Softwaresektor wurde die Theorie bestreitbarer Märkte identifiziert.

Weiterhin wurden diejenigen Faktoren ermittelt und systematisiert, die die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs auf den Softwaremärkten im Sinne einer Chancengleichheit zwischen Open-Source-Software und proprietärer Software hemmen oder begünstigen. Dabei wurde unterschieden zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Open-Source-Software einschließlich der Rolle des Staates bei der Bereitstellung und Nutzung von Open-Source-Software. Im Ergebnis zeigte sich, dass ein informationsbedingtes Marktversagen besteht, welches zum einen darauf zurückzuführen ist, dass Open-Source-Software weniger als Suchgut denn als Erfahrungsgut wahrgenommen wird, dessen Qualität ex ante nur unzureichend beurteilt werden kann. Zum anderen bestehen Unsicherheiten über die Leistungsfähigkeit des dezentralen Open-Source-Entwicklungsmodells.

Außerdem wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen analysiert, vor allem die Bedeutung des Urheberrechts und des Patentrechts als die relevanten Schutzrechte für geistiges Eigentum. Dabei wurde auch die aktuelle Diskussion bezüglich des Patentschutzes für „computerimplementierte Erfindungen“ und die geplante EU-Richtlinie aufgegriffen, und es konnten einige wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen zur Ausgestaltung dieses Rechtsschutzes abgeleitet werden. Es ist geplant, die künftigen Forschungsarbeiten noch stärker auf alternative wirtschaftspolitische Strategien bezüglich Open-Source-Software und offener Standards zu fokussieren.

Die Forschungsarbeiten der Vorjahre im Bereich der *Bankenregulierung* wurden mit einem neuen Projekt fortgesetzt, das die Frage untersucht, ob die regulatorische Eigenkapitalposition von Banken deren *Kreditvergabe* beeinflusst. Anhand von Daten der Deutschen Bundesbank wurde untersucht, ob Banken ihre Kreditvergabe einschränken, wenn ihr regulatorisches Eigenkapital sich dem gesetzlichen Minimum nähert. Unternehmen würden dann möglicherweise keine Kredite mehr zur Finanzierung ihrer Investitionen erhalten. Da eine solche Situation am wahrscheinlichsten in einer Rezession auftritt, könnte das Verhalten von Banken zu einer Verstärkung der Rezession führen. Diese Befürchtung ist besonders für Deutschland relevant, da hier Bankkredite 96 Prozent der Außenfinanzierung von Unternehmen außerhalb des Finanzsektors ausmachen. (Zum Vergleich: in den USA liegt dieser Anteil nur bei 45 Prozent.) In einem weiteren

kürzlich begonnenen Projekt soll die Frage, ob Wettbewerb und Stabilität des Bankensektors konkurrierende oder kompatible wirtschaftspolitische Ziele darstellen, empirisch untersucht werden.

In einem anderen Projekt wurden die *Folgen der Eigenkapitalregulierung (Baseler Akkord) auf den Transmissionsprozess der Geldpolitik* analysiert. In Kooperation mit der Österreichischen Nationalbank wurde die Rolle der regulatorischen Kapitalisierung im Bankkreditkanal untersucht. Erste Ergebnisse weisen darauf hin, dass schlechter kapitalisierte Banken wesentlich restriktiver auf eine geldpolitische Kontraktion reagieren als besser kapitalisierte Banken. Anders als in bisherigen Studien über Österreich repräsentieren die entsprechenden Kreditinstitute größenmäßig einen nicht zu vernachlässigenden Teil des Bankensektors. Somit ist davon auszugehen, dass die Wirkungen der Geldpolitik verstärkt werden. Die Ergebnisse für Österreich stehen im Einklang mit einer empirischen Forschungsarbeit für Italien. Es gibt aber bisher kaum mikroökonometrische Evidenz für andere Länder, was zum einen daran liegt, dass regulatorische Daten von den Zentralbanken erst seit wenigen Jahren erfasst werden, und zum anderen daran, dass entsprechende Zahlen unter strenger Geheimhaltungspflicht stehen. Es ist geplant, zukünftig verstärkt die Wirkungen der Geldpolitik auch anhand dynamischer allgemeiner Gleichgewichtsmodelle zu untersuchen.

Ein weiteres makroökonomisches Forschungsprojekt widmete sich der *Bedeutung von Real-Time-Daten für ökonomische Prognosen*. Durch die laufende Entstehung von Datenbanken mit makroökonomischen Real-Time-Daten ist auch deren Bedeutung in den Blickpunkt der Literatur über ökonomische Prognosen gerückt. Um die Prognosegüte eines Modells im Vergleich zu vorhergehenden konkurrierenden Prognosemodellen oder in Echtzeit erstellter Prognosen besser beurteilen zu können, muss sowohl die Entwicklung des Modells als auch die Prognose auf den ursprünglich verfügbaren Daten basieren. Nichtsdestotrotz hat sich die entsprechende Literatur nicht auf eine Methode bei der Anwendung von Real-Time-Daten einigen können. Im Rahmen des Projekts wurde die Prognosegüte von zwei in der Literatur konkurrierenden Real-Time-Ansätzen analysiert und verglichen, um die empirische Evidenz bezüglich der Relevanz von Real-Time-Prognosen zu erweitern und die Auswahl des angemessenen Ansatzes empirisch zu fundieren. Anhand des realen BSP-Wachstums der USA, eine der meistbeachteten ökonomischen Datenreihen überhaupt, wurde die Prognosegüte zweier amerikanischer Stimmungsindices analysiert. Aus einer Vielzahl rekursiv geschätzter ökonometrischer Modelle wurden Serien rollender Prognosen generiert und relativ zu einer Umfrage professioneller Prognosen bewertet. Die Resultate bestätigen die Ergebnisse vorangegangener Studien bezüglich der erheblichen Bedeutung der Real-Time-Daten in Vergleichen der Prognosegüte. Im Gegensatz zu den Verfechtern eines Real-Time-Ansatzes ließ sich jedoch die Über-

legenheit dieses Ansatzes nicht reproduzieren. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass einer der untersuchten Stimmungsindikatoren im Vergleich zu konventionellen Prognosen eine höhere Prognoseperformance hat, wenn die Prognosen mit Real-Time-Daten generiert werden.

❍ Forschungsbereich Finanzmärkte

Die zunehmende internationale Verflechtung der Finanzmärkte ist ein zentrales Element der voranschreitenden Globalisierung der Weltwirtschaft. Der Forschungsbereich „Finanzmärkte“ (Leiter: Christian Pierdzioch) setzt sowohl theoretische als auch empirische Analysemethoden ein, um die Auswirkungen der zunehmenden internationalen Integration der Finanzmärkte zu untersuchen. Dabei werden sowohl makroökonomische als auch mikroökonomische Fragestellungen diskutiert.

In einem makroökonomischen Projekt hat der Forschungsbereich untersucht, wie sich die zunehmende *internationale Verzahnung der Finanzmärkte auf die dynamischen Effekte makroökonomischer Schocks* in offenen Volkswirtschaften auswirkt. Ein Schwerpunkt der Analyse bildeten die Konsequenzen, welche sich aus der Integration internationaler Finanzmärkte für die durch die Geldpolitik ausgelösten makroökonomischen Anpassungsprozesse ergeben. Es konnte gezeigt werden, dass dabei sowohl die Struktur der Präferenzen der Haushalte als auch die Struktur der Gütermärkte eine wichtige Rolle spielen. Wie in der makroökonomischen Forschung üblich wurde dabei unterstellt, dass der Grad der Verflechtung der internationalen Finanzmärkte durch konjunkturelle Schwankungen nicht verändert wird. Da die Ergebnisse der jüngeren wirtschaftswissenschaftlichen Forschung den Schluss nahe legen, dass der Grad der internationalen Integration der Finanzmärkte sich im Zeitablauf verändert hat, wurden Daten für die G7-Länder herangezogen, um zu untersuchen, ob diese Annahme zu restriktiv ist. Als zentrales Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Annahme eines von konjunkturellen Schwankungen unabhängigen Grades der internationalen Kapitalmobilität eine gute modelltheoretische Approximation des Geschehens auf den internationalen Finanzmärkten liefert. Dieses Ergebnis stützt die vom Forschungsbereich abgeleiteten Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen internationaler Finanzmarktintegration und der Fortpflanzung von Schocks in makroökonomischen Modellen offener Volkswirtschaften.

In einem weiteren makroökonomischen Projekt wurden die *Auswirkungen der internationalen Finanzmarktintegration auf die Volatilität der Wachstumsrate des Konsums* analysiert. Die gängige Theorie der internationalen Makroökonomie besagt, dass die Volatilität der Wachstumsrate des Konsums mit zunehmender Finanzmarktintegration abnimmt. Grund hierfür sind die gestiegenen Mög-

lichkeiten der Haushalte, ihren intertemporalen Konsumstrom zu glätten. Während empirische Studien, die diese theoretischen Vorhersagen bestätigen, typischerweise Panel-Methoden und Datensätze mit sehr heterogenen Ländern benutzen, hat sich das Projekt des Finanzmarktbereiches auf die Ländergruppe der G7 und einen reinen Zeitreihenansatz konzentriert. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass die theoretischen Aussagen nicht bestätigt werden können. Dies lässt den Schluss zu, dass die Ergebnisse vorangegangener Studien aus der Heterogenität des Datensatzes generiert wurden und somit auf den Datensatz und die empirische Methode empfindlich reagieren.

Die mikroökonomischen Projekte befassten sich sowohl mit ausgewählten organisierten Finanzmärkten, wie z.B. Eigenkapitalmärkten für schnell wachsende Unternehmen, als auch mit verschiedenen Formen der Finanzintermediation, wie z.B. Venture-Kapital-Gesellschaften und Banken. In dem Projekt über *Eigenkapitalmärkte für schnell wachsende Unternehmen* wurde untersucht, ob so genannte Noise Trader in verschiedenen europäischen Märkten anzutreffen waren. Noise Trader sind Marktteilnehmer, deren Nachfrage nach Aktien nicht durch Fundamentalwerte bestimmt wird. Die Nachfrage dieser Marktteilnehmer bestimmt sich z.B. durch Gerüchte, Informationskaskaden und andere nichtfundamentale Bewertungsfaktoren. Noise Trading kann zur Abkopplung von Aktienpreisen und Fundamentaldaten führen. Im Ergebnis kann Noise Trading zu spekulativen Blasen führen und die Effizienz der Börsen negativ beeinflussen. Die Effizienz der Eigenkapitalmärkte für schnell wachsende Firmen ist von besonderer Bedeutung, da diese Märkte knappe Investitionsmittel an höchst produktive Firmen lenken helfen. Höchst produktive Firmen in einer Volkwirtschaft sind oftmals hoch innovative, schnell wachsende Firmen, die einen nur sehr eingeschränkten Zugang zu den traditionellen, organisierten Kredit- und Eigenkapitalmärkten haben.

Das Projekt über *Venture-Kapital-Gesellschaften* hat die Zielsetzung, das Verständnis über *Länderunterschiede in Bezug auf diese Finanzierungsform* zu vertiefen. In einer ersten empirischen Studie wurde untersucht, ob die Kapitalgeber von Venture-Kapital-Gesellschaften das Investitionsverhalten dieser Gesellschaften im Hinblick auf den Entwicklungsstand und die Industrie der ausgewählten Portfoliounternehmen bestimmen. Die Ergebnisse zeigen, dass Kapitalgeber wie z.B. Banken und Pensionskassen die Investitionsentscheidung der Venture-Kapital-Gesellschaften signifikant beeinflussen. In einer zweiten empirischen Studie wurden Determinanten von internationalen Venture-Kapital-Strömen untersucht. Die Internationalisierung in Venture-Kapital-Märkten vollzieht sich durch Investitionen inländischer Kapitalgeber in ausländische Venture-Kapital-Gesellschaften, internationale Syndizierung und Gründung von ausländischen Tochtergesellschaften.

Im Bereich der mikroökonomisch orientierten Projekte liegt nach wie vor ein Schwerpunkt auf der Analyse des Bankensektors. Gegenwärtig konzentriert sich die Forschung auf die *Analyse der Schockübertragung durch internationale Aktivitäten von Banken*. Um ein besseres Verständnis für die Beziehung zwischen internationaler Kreditvergabe und dem realen Sektor zu erzielen, wurden individuelle Daten deutscher Banken verwendet, die von der Deutschen Bundesbank zur Verfügung gestellt wurden. In einem ersten Schritt wurde untersucht, ob die deutsche Kreditvergabe an verschiedene Regionen der Welt von der Konjunktur abhängt. In einem zweiten Schritt wurde analysiert, ob es zwischen Konjunkturzyklen und der internationalen Kreditvergabe an ausgewählte Industrien eine Beziehung gibt.

3. Wachstum, Strukturwandel und internationale Arbeitsteilung

Das Forschungsprogramm der Abteilung „Wachstum, Strukturwandel und internationale Arbeitsteilung“, die von Henning Klodt geleitet wird, konzentriert sich auf die mittel- und längerfristige Wirtschaftsentwicklung in hoch entwickelten Ländern und die Integration in der Weltwirtschaft. Analysiert werden der sektorale Strukturwandel und seine Implikationen für die Arbeitsmärkte, die Entwicklung der internationalen Handelsverflechtung und der Faktorwanderung, die wirtschaftlichen Konsequenzen der technologischen Entwicklung sowie die Perspektiven der europäischen Integration.

Schwerpunkte der Arbeiten des Jahres 2004 lagen bei der Analyse des Strukturwandels zur Dienstleistungsgesellschaft, der Konsequenzen von Outsourcing und Offshoring für den deutschen Arbeitsmarkt, der Handelsintegration in der erweiterten EU, der Perspektiven zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Determinanten der Langzeitarbeitslosigkeit, der Bedeutung von Venture-Kapital-Märkten für die Innovationsdynamik, des Technologiewandels im Gesundheitswesen sowie der Determinanten grenzüberschreitender Arbeitskräftewanderungen.

❍ Struktur- und Wachstumsanalysen

Die Arbeiten der Forschungsgruppe (Leiter: Henning Klodt) zum *sektoralen Strukturwandel in der deutschen Wirtschaft* knüpften an frühere Arbeiten der Abteilung zu diesem Thema an und richteten sich vor allem auf die Frage, ob sich die grundlegenden Trends des Strukturwandels in Westdeutschland auch im

vereinten Deutschland fortgesetzt haben. Dabei zeigte sich, dass die Sonderstellung Deutschlands, die durch einen international überdurchschnittlich hohen Industrieanteil gekennzeichnet war, heute nicht mehr besteht. Unverändert gilt allerdings, dass der sektorale Wandel in der Produktion, der durch Anteilsgewinne von Dienstleistungen gekennzeichnet ist, im Beschäftigungssystem nur mühsam nachvollzogen wird. Der unbewältigte sektorale Strukturwandel am Arbeitsmarkt, der letztlich auf die unzureichende Anpassung der Qualifikationsstrukturen zurückgeführt werden kann, wird deshalb als eine zentrale Ursache der trendmäßig ansteigenden Sockelarbeitslosigkeit diagnostiziert.

Bei den Arbeiten zur *internationalen Produktionsverlagerung* lautete die zentrale Hypothese, dass die in der aktuellen öffentlichen Diskussion vorherrschende Betonung der Kosteneinsparung durch Produktionsverlagerungen in Niedriglohnländer entschieden zu kurz greift und den tatsächlichen Motiven und Auswirkungen der internationalen Investitionsverflechtung nur unzureichend gerecht wird. Als Grundlage dafür wurde herausgearbeitet, dass die ökonomische Bewertung von Auslandsinvestitionen entscheidend davon abhängt, ob sie im Rahmen der traditionellen oder der neuen Außenhandelstheorie analysiert werden. Während bei ersterer das Ausnutzen internationaler Faktorpreisdifferentiale durch Kapitalexporte im Vordergrund steht, geht es bei letzterer um das Ausnutzen unternehmensspezifischer Skalenerträge durch den Export so genannter „Headquarter Services“. Die Rückwirkungen auf die inländische Beschäftigung stellen sich aus diesen beiden Blickwinkeln heraus völlig unterschiedlich dar. Nach der traditionellen Handelstheorie sind Auslandsinvestitionen reine Produktionsverlagerungen, so dass Produktion und Beschäftigung jener Branchen, die stark im Ausland engagiert sind, im Inland zurückgehen sollten. Nach der neuen Handelstheorie dagegen sind inländische und ausländische Aktivitäten multinationaler Konzerne eher komplementär als substitutiv.

Das empirische Bild der deutschen Direktinvestitionen wird geprägt von zahlreichen kleineren Branchen mit geringen Auslandsaktivitäten und höchst unterschiedlicher Beschäftigungsentwicklung. Daneben ragen die großen deutschen Industriebranchen – Straßenfahrzeugbau, Chemie, Nachrichten- und Elektrotechnik, Maschinenbau – heraus, die überdurchschnittlich stark international engagiert sind und zugleich eine relativ günstige inländische Beschäftigungsbilanz aufweisen. In dieses Bild passt, dass – trotz der wachsenden Bedeutung der mittel- und osteuropäischen Länder und Chinas – das Schwergewicht der deutschen Direktinvestitionen mit einem Anteil von 86 Prozent immer noch bei den westlichen Industrieländern liegt. Und auf Branchenebene dominieren nicht standardisierte und arbeitsintensive Industrien, die im Hochlohnland Deutschland besonders stark unter strukturellem Anpassungsdruck stehen, sondern technologieintensive Branchen, die auch im Inland eher zu den Gewinnern im Struktur-

wandel zählen. Diese Befunde stehen in Einklang mit den Modellen der neuen Handelstheorie, nach denen Direktinvestitionen vor allem zum Ausnutzen unternehmensspezifischer Skalenerträge bei Headquarter Services dienen, deren Bedeutung in technologieintensiven Branchen besonders ausgeprägt ist.

❍ Außenwirtschaft und Strukturwandel

Die Forschungsgruppe (Leiter: Jürgen Stehn) hat in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe „Infrastruktur, Institutionen und Integration“ ein Forschungsprojekt begonnen, das die *regionalen Schwerpunkte der Handelsintegration in einer erweiterten EU* zum Gegenstand hat. Ausgangspunkt ist die Hypothese, dass der europäische Erweiterungsprozess keineswegs zu einem homogenen Wirtschaftsraum, sondern vielmehr zu einem vielschichtigen Netzwerk von Austauschbeziehungen unterschiedlicher Intensität führen wird. Ziel dieses Projekts ist es, die spezifischen Determinanten der europäischen Handelsintegration zu identifizieren sowie die regionalen Schwerpunkte der Zusammenarbeit herauszuarbeiten. Die Determinanten der Integration können unter dem Begriff „Entfernung“ zusammengefasst werden, wobei es sich um tatsächliche geographische Entfernungen oder „virtuelle“ Entfernungen handeln kann. Im Allgemeinen gilt, dass mit zunehmender Entfernung die Intensität der Austauschbeziehungen zwischen zwei Ländern abnimmt. „Virtuelle“ Entfernungen werden generell durch institutionelle Rahmensetzungen in der EU sowie durch Standortmerkmale und wirtschaftliche Profile der alten und neuen EU-Mitglieder begründet. Hinzu kommt die Einbindung der Mitgliedsländer in historisch gewachsene Wirtschafts-, Rechts- und Kulturräume, wodurch Pfadabhängigkeiten in den außenwirtschaftlichen Beziehungen entstanden sein können. Diese virtuellen Entfernungen sollen auf empirischer Basis in einer Weise operationalisiert werden – zum Beispiel mit Hilfe historischer Daten sowie mit Indikatoren zur Qualität staatlichen Handelns –, dass eine Verwendung in ökonometrischen Modellen möglich wird.

Zunächst sollen mit einer Reihe empirischer Analyseansätze die Fortschritte bei der Handelsintegration der Beitrittsländer aufgezeigt und erklärt werden, wobei ein besonders großes Gewicht auf Gravitationsmodelle gelegt wird. Diese Modelle, die die unterschiedlichen Ausprägungen von tatsächlichen und virtuellen Entfernungen berücksichtigen, sollen die Kräfte identifizieren, die maßgeblich die Herausbildung regionaler Handelsmuster in einer erweiterten EU beeinflussen. Darüber hinaus sollen durch entsprechende Gravitationsanalysen ausländischer Direktinvestitionen in den Beitrittsländern die Ergebnisse der Handelsuntersuchung auf ihre Konsistenz getestet und zusätzliche Informationen zur wirtschaftlichen Verflechtung in Europa gewonnen werden. Auf dieser Grund-

lage sollen die Gravitationsmodelle derart strukturiert werden, dass Aussagen über die strukturellen Effekte der Handelsverflechtungen in einer erweiterten EU ermöglicht werden. Zu diesem Zweck wird auf Untersuchungsmethoden zurückgegriffen, die eine Unterscheidung zwischen interindustriellen und intraindustriellen Handelsströmen erlauben und tief disaggregierte Handelsdaten verwenden.

In Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe „Soziale Sicherung und Wachstum“ wurde ein Projekt zur *Reform der deutschen Arbeitslosenversicherung* zum Abschluss gebracht. Es wurde untersucht, ob es eine überlegene Alternative zu der bestehenden staatlichen Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit gibt. Dabei stand die Frage im Vordergrund, ob ein alternatives System einen nachhaltigen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten kann und zugleich eine kostengünstigere Absicherung des Arbeitslosigkeitsrisikos ermöglicht. Eine Analyse des bestehenden deutschen Systems und die Auswertung empirischer Untersuchungen ergaben, dass die Arbeitslosenversicherung in Deutschland nicht dazu beigetragen hat, die seit den siebziger Jahren steigende Arbeitslosigkeit zu senken.

Vor diesem Hintergrund wurden die geschichtlichen Erfahrungen mit der Arbeitslosenversicherung in Deutschland, die deutschen Reformvorschläge der letzten 20 Jahre sowie die internationale Diskussion der letzten Jahrzehnte zur Frage nach einer effizienten Absicherung von Arbeitslosen dargestellt und bewertet. Als ökonomisch überlegene Lösung stellte sich ein privates Versicherungsmodell heraus. In diesem Zusammenhang erwiesen sich die besonders in Deutschland vorherrschenden Zweifel an der Versicherbarkeit des Arbeitslosigkeitsrisikos als wenig stichhaltig. Es wurde gezeigt, dass selbst Kerneinwände gegen eine Versicherungslösung, wie „moral hazard“ und „adverse selection“, die Versicherbarkeit des Arbeitslosigkeitsrisikos keineswegs ausschließen.

Angesichts der geringeren Sockelarbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten wurde ergänzend untersucht, inwieweit die amerikanische Arbeitslosenversicherung einen Beitrag zu den seit den achtziger Jahren tendenziell gesunkenen Arbeitslosenzahlen geleistet hat. Es zeigte sich, dass das amerikanische System generell eine negative Rückkopplung zwischen den Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und der Höhe der Freisetzung von Arbeitskräften aufweist (experience rating). Die Auswertung einer Vielzahl von empirischen Untersuchungen machte deutlich, dass diese Rückkopplung den Umfang der Entlassungen messbar dämpft.

Auf dieser Grundlage wurde ein Konzept für die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung in Deutschland entwickelt, das die Einführung eines anreizkompatiblen Systems zur finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit vorsieht. Dabei

handelt es sich um ein Trennsystem, das Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen Anreize zur Verminderung von Arbeitslosigkeit gibt. Für die Arbeitnehmer wurde ein Modell zur Bestimmung des individuellen Risikos und der darauf basierenden individuellen Prämien bei alternativen Leistungen privater Arbeitslosenversicherungen entworfen. Für die Arbeitgeberseite wurde eine modifizierte Form des amerikanischen „experience rating“ mit einer am Entlassungsverhalten gekoppelten Arbeitslosigkeitsabgabe vorgeschlagen, die aufgrund von Rückkopplungseffekten Beschäftigungsanreize bietet. Dieses Modell einer effizienten Arbeitslosenversicherung wurde auf Basis deutscher Arbeitsmarktdaten operationalisiert, um beispielhaft die Versicherungskosten für einzelne Risikoprofile zu erfassen und zu vergleichen. So konnten auch die Einsparpotentiale durch die Wahl anderer Risikoprofile und die Wahl alternativer Leistungspakete dargestellt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeiten der Forschungsgruppe lag auf der Analyse des *Strukturwandels am Arbeitsmarkt*. So wurden die in den vergangenen drei Jahren durchgeführten theoretischen und empirischen Analysen zu den *Anspruchslöhnen der Arbeitslosen* in Deutschland durch tiefergehende Untersuchungen ergänzt.

Grundlage für die empirischen Arbeiten zur Rolle der Anspruchslöhne in Bezug auf die individuelle Arbeitslosigkeitsdauer war das Ergebnis einer Untersuchung der Forschungsgruppe des letzten Jahres, wonach erfragte Anspruchslohnangaben aus dem Sozio-oekonomischen Panel (GSOEP) valide im Sinne der Suchtheorie sind. Um der Frage nach den Determinanten der individuellen Anspruchslöhne genauer nachzugehen, wurden auf Basis der Anspruchslohnangaben aus dem Sozio-oekonomischen Panel verschiedene deskriptive und regressionsanalytische Untersuchungen durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass die Anspruchslöhne in Deutschland im Mittel deutlich über den eigenen Löhnen vor Arbeitslosigkeit liegen, was insgesamt auf eine geringe Lohnkonzessionsbereitschaft der Arbeitslosen hindeutet. Zusätzlich weisen die deutschen Anspruchslöhne auch im internationalen Vergleich ein sehr hohes Niveau auf. In Bezug auf die Entwicklung der Anspruchslöhne über die Arbeitslosigkeitsdauer gibt es kaum Hinweise darauf, dass der Anspruchslohn mit der Länge der Arbeitslosigkeit sinkt. Vielmehr gilt für Arbeitslose, dass sich diese mit ihrem Lohnanspruch vor allem am letzten Lohnsatz vor Arbeitslosigkeit orientieren und diesen nach längerer Arbeitslosigkeit nur geringfügig absenken, obwohl die Wiederbeschäftigungschancen mit der Arbeitslosigkeitsdauer massiv sinken. Dieses Phänomen kann auf den geringen Abstand zwischen dem Arbeitseinkommen und dem relativ hohen Transfereinkommen für spezielle Gruppen von Arbeitslosen zurückgeführt werden; so weisen Arbeitslose mit einem geringen Einkommen vor Arbeitslosigkeit einen deutlich höheren relativen Anspruchslohn auf als Arbeitslose

mit einem hohen vormaligen Einkommen. Ebenfalls durch geringe finanzielle Anreize zur Arbeitsaufnahme kann erklärt werden, dass eigene negative Einschätzungen der Möglichkeiten, wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden, keinen Einfluss auf die erfragten Anspruchslöhne aufweisen.

Um die Arbeiten zum Einfluss der Anspruchslöhne auf die Arbeitslosigkeitsdauer – wie sie letztes Jahr in der Forschungsgruppe durchgeführt wurden – zu ergänzen, wurden die Auswirkungen der Agenda 2010 auf die Anspruchslöhne der Arbeitslosen und somit auf die Arbeitslosigkeitsdauer im Detail untersucht. Anhand von empirisch kalibrierten Simulationen des dynamischen Suchmodells zeigt sich, dass die Integration der Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe (Arbeitslosengeld II) in erster Linie Langzeitarbeitslose trifft, die vormals eine hohe Arbeitslosenhilfe bezogen haben. Für einen Großteil der Arbeitslosenhilfeempfänger werden die Transferzahlungen durch das neue Arbeitslosengeld II jedoch kaum verändert. Da dieser Personenkreis eine Hauptgruppe der Arbeitslosen mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko und langer Arbeitslosigkeitsdauer darstellt, sind von den Reformen im Zuge der Agenda 2010 kaum positive Auswirkungen für einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erwarten.

❍ Technologie und Wachstum

Die Forschungsgruppe (Leiter: Michael Stolpe) hat ihre Arbeiten zur Finanzierung junger Technologieunternehmen und zum Technologiewandel im Gesundheitswesen fortgesetzt. Zu dem ersten Thema wurde ein mehrjähriges, international vernetztes Forschungsprojekt zum Abschluss gebracht, in dessen Mittelpunkt *die Rolle von Venture Capital und die Emissionstätigkeit junger Technologieunternehmen an Europas Aktienmärkten* standen. Neue Unternehmen treiben das Innovationsgeschehen in vielen der dynamischsten Technologiebereiche, wie zum Beispiel der Biotechnologie, voran. In den USA hat ein hoch entwickelter Venture-Capital-Sektor die in der Literatur dokumentierten Finanzierungsprobleme junger Technologieunternehmen erheblich verringert, so dass die amerikanische Volkswirtschaft eine weitaus größere Vielfalt technologischer Innovations- und Wachstumschancen nutzen kann als andere Länder. Ziel der Forschungen war es zu klären, warum Europa erst so viel später einen eigenen Venture-Capital-Sektor entwickelt hat, der auf Unternehmen der Spitzentechnologie konzentriert ist, und welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen einzelne Länder oder die Europäische Union ergreifen können, um die Effizienz dieses Sektors zu verbessern.

Zur Beantwortung dieser Fragen haben mehrere empirische Teilprojekte die Determinanten von Venture-Capital-Investitionen in verschiedenen Ländern und ihren Einfluss auf die Effizienz von Börsengängen während der Boomphase der

späten neunziger Jahre analysiert. Boomphasen können wichtige Wohlfahrtsgewinne erzeugen, weil sie ein Fenster öffnen, in dem junge Technologieunternehmen für ihre Innovationsanstrengungen durch besonders günstige Finanzierungsbedingungen belohnt werden und somit die Chance zu einer raschen Expansion erhalten. Dies ist zum Teil auf Rückkoppelungseffekte zurückzuführen, durch die ein expandierender Primärmarkt für Aktien die Investitionsbedingungen für Venture Capital verbessert. Die frühere Literatur hat die empirischen Implikationen solcher Rückkoppelungsprozesse vernachlässigt. Die Arbeiten in der Forschungsgruppe haben gezeigt, dass dabei zwischen internationalen Niveauunterschieden und der zeitlichen Entwicklung von Venture-Capital-Investitionen zu unterscheiden ist. Während Niveauunterschiede vor allem durch landesspezifische Spezialisierungsmuster und nicht durch einen pfadabhängigen Agglomerationsprozess erklärt werden können, ist die internationale Interdependenz in der Bewertung von Aktienemissionen für die zeitliche Entwicklung von Venture-Capital-Märkten von zentraler Bedeutung.

Die Handlungsoptionen nationaler Regierungen und die Empfehlungen des von der Europäischen Kommission seit 1998 umgesetzten Risk-Capital-Action-Planes waren ein weiterer Gegenstand der Forschungsarbeiten. Es wurde dargelegt, dass der Erfolg politischer Maßnahmen zur Effizienzsteigerung auf einem nationalen Venture-Capital-Markt nicht allein an dem Aggregat der Investitionen gemessen werden kann, sondern dass die jeweiligen Ausgangsbedingungen und die zeitliche Entwicklung der mikroökonomischen Effizienz berücksichtigt werden müssen. Börsengänge von Unternehmen, an denen Venture-Capital-Investoren beteiligt sind, eröffnen ein Fenster auf die relative Effizienz einzelner Venture-Capital-Organisationen. Die Forschung konnte zeigen, dass das Verhalten von Venture-Capital-Organisationen in dem noch unterentwickelten deutschen Markt durch ein Lernmodell, aber das Verhalten der im Durchschnitt reiferen französischen Venture-Capital-Organisationen eher durch ein Signalling-Modell erklärt werden kann. Vor diesem Hintergrund haben staatliche Subventionen auf dem deutschen Markt eine größere Berechtigung als auf dem französischen. Zur Anschubfinanzierung eines unterentwickelten Venture-Capital-Sektors sind vorübergehende Subventionen nur gerechtfertigt, wenn ein Lernprozess stattfindet, der die Effizienz mit der Zeit verbessert. Die Hypothese, dass die zeitliche Reihenfolge von Börsengängen aus verschiedenen Technologiebereichen einen Lernprozess auf der Basis rationaler Erwartungen widerspiegelt, konnte in den empirischen Arbeiten nicht verworfen werden.

Bei ihrem zweiten Thema, dem *Technologiewandel im Gesundheitswesen*, hat die Forschungsgruppe sich vor allem mit der Entwicklung theoretischer Grundlagen beschäftigt. In einem ersten Teilprojekt wurde ein Überblick über die entscheidungstheoretischen Grundlagen der medizinischen Leistungserstellung erar-

beitet und wurden Schlussfolgerungen für die Gesundheitspolitik abgeleitet. Die bedeutendste Herausforderung am Beginn des 21. Jahrhunderts liegt darin, die Diffusion neuen medizinischen Wissens – eines öffentlichen Gutes – zu beschleunigen und so die Effizienz in der Adoption neuer Technologien zu erhöhen. Es wurde dargestellt, wie sich der Innovationsprozess in der medizinischen Praxis als ein offenes System organisieren lässt, das auf Prinzipien beruht, die in ähnlicher Form dem naturwissenschaftlichen Forschungssystem und der Open-Source-Bewegung in der Softwareentwicklung zugrunde liegen. Aus diesem Ansatz wurden Empfehlungen abgeleitet, wie der ambulante Sektor, der stationäre Sektor und integrierte Versorgungsstrukturen zu größerer Innovationsfähigkeit und Produktionseffizienz im Gesundheitswesen beitragen können.

In einem weiteren Teilprojekt wurde der Einfluss alternativer Finanzierungssysteme im Gesundheitswesen auf die Effizienz der medizinischen Leistungserstellung analysiert. Der jeweilige Stand des medizinischen Wissens und die Summe der klinischen Erfahrungen mit einzelnen Krankheiten in unterschiedlichen epidemiologischen Milieus sind öffentliche Güter, die als Inputs bei der Produktion von Gesundheitsleistungen eine zentrale Rolle spielen. Die Zufälligkeit, mit der Menschen von Krankheiten befallen werden, stellt einen weiteren Grund dar, bei der Finanzierung von Gesundheitsleistungen ex ante einen gewissen Grad von Nichtrivalität aus Sicht der Konsumenten anzunehmen. Dabei wurde die gesundheitspolitische Bedeutung der Nichtrivalität diskutiert, wenn das ganze Spektrum von Finanzierungsalternativen zur Verfügung steht und Verteilungsziele auf anderem Wege erreicht werden können. Im Vordergrund stand dabei die Finanzierung des medizinisch-technischen Fortschritts. Dieser gilt seit langem als die wichtigste Ursache stetig zunehmender Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheitsleistungen, wie sie in vielen Volkswirtschaften zu beobachten sind. In der Anwendung medizinischer Forschungsergebnisse lassen sich in aller Regel globale Skalenerträge erzielen, so dass der Fortschritt bei medizinischen und pharmazeutischen Technologien allen Ländern nützen kann, ohne den Nutzen für ein einzelnes Land zu beeinträchtigen. Die sehr ungleiche Verteilung der Pro-Kopf-Ausgaben für Pharmaka hat jedoch in jüngster Zeit zu Konflikten über die Verteilung der Finanzierungslast bei der Entwicklung neuer Pharmaka geführt. Die weiteren Arbeiten in der Forschungsgruppe sollen zeigen, wie die Finanzierungssysteme offener Volkswirtschaften gestaltet sein sollten, um die größtmögliche Effizienz in der Bereitstellung medizinischer Leistungen und in der medizinischen Forschung für alle Länder zu gewährleisten.

❍ Europäische Institutionen

Einen Schwerpunkt der Forschungsgruppe (Leiter: Hugo Dicke) bildete die Analyse der sich entwickelnden *institutionellen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei* und deren wirtschaftlichen Konsequenzen für die alten Mitglieder der EU. Zentrale These der Untersuchung ist, dass die derzeit bestehende privilegierte Partnerschaft zwischen der Türkei und der EU nach einem Beitritt der Türkei zur EU vorübergehend durch den Status einer weniger attraktiven Mitgliedschaft der Türkei abgelöst würde. Der Überprüfung dieser These dient eine Bestandsaufnahme des türkisch-europäischen und des türkisch-deutschen institutionellen Rahmens für den Handel und die Faktorbewegungen. Darüber hinaus wurden die künftigen institutionellen Beziehungen während und nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen abgeleitet, und zwar in Analogie zu den Vereinbarungen, die in der letzten Erweiterungsrunde der EU mit den neuen Mitgliedern getroffen wurden. Die wirtschaftlichen Konsequenzen, die das künftige institutionelle Arrangement für die alten Mitgliedstaaten haben könnte, wurden ausgehend von der Theorie der regionalen Integration unter Berücksichtigung der veränderten internationalen staatlichen Finanztransfers untersucht.

Fortgeführt wurde eine Untersuchung zu den *ökonomischen Determinanten grenzüberschreitender Arbeitskräftebewegungen in Europa*. Auf der Grundlage der Ergebnisse einer früheren Studie zur Zuwanderung nach Deutschland, welche die Bedeutung der Einwanderungspolitik im Zielland hervorgehoben haben, wurden die Zuwanderungspolitiken in den alten und neuen Mitgliedsländern der EU im Jahr 2004 einem internationalen Vergleich unterzogen. Insbesondere sollten dabei die Regelungen identifiziert werden, welche die Höhe, Richtung und Zusammensetzung der grenzüberschreitenden Arbeitskräftewanderungen am stärksten (mit)beeinflussen. Auch wurde der Frage nachgegangen, ob die Einwanderungspolitiken für die zum Teil erhebliche Divergenz, die zwischen den in der Praxis beobachteten und den von vielen Ökonomen geschätzten potentiellen Strömen besteht, mitbestimmend sein können. Weiterhin wurden die Wirkungsweise und die Anreizstruktur einzelner Maßnahmen im Hinblick auf die Politikziele Begrenzung, Steuerung und Förderung der Migration untersucht. Gegenstand der Forschungsarbeiten waren verschiedene Gruppen von Migranten (Volkszugehörige, Bevölkerung der ehemaligen Kolonien, Gastarbeiter, übrige Arbeitsmigranten, Familienangehörige, Flüchtlinge und Asylanten sowie übrige Migranten (Studenten, Schüler usw.)) sowie legale und illegale Ströme. Für den internationalen Vergleich wurden die Einwanderungspolitiken Australiens, Kanadas und Neuseelands herangezogen, die – anders als die europäischen Staaten – ihre Zuwanderer nach Qualifikation und Einkommen auswählen und so die Einwanderungskosten im Zielland senken können. Darüber hinaus wurde ge-

prüft, inwieweit diese Länder Anreize geschaffen haben, die die illegale Migration eindämmen können. Laufende Arbeiten im Rahmen dieses Projektes, die durchweg auf dem um Faktorbewegungen erweiterten Außenhandelsmodell von Ricardo fußen, befassen sich unter anderem mit dem (empirischen) Zusammenhang zwischen der Arbeitskräftewanderung einerseits und dem internationalen Handel und dem Kapitalverkehr andererseits.

4. Umwelt- und Ressourcenökonomie

Die Forschungsabteilung „Umwelt- und Ressourcenökonomie“, die von Gernot Klepper geleitet wird, untersucht einzel- und gesamtwirtschaftliche Anpassungsprozesse an globale und länderspezifische Knappheiten natürlicher Ressourcen. Natürliche Ressourcen umfassen energetische und nichtenergetische Rohstoffe sowie die Umweltqualität. Gegenstand der Forschung ist dabei sowohl die Analyse der Bestimmungsgründe für die zunehmende Knappheit natürlicher Ressourcen als auch der Auswirkungen dieser Knappheit auf die Allokation von Faktoren und Gütern in der Weltwirtschaft. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Wertung der nationalen und internationalen Aspekte von Umweltpolitik und die Erarbeitung von Vorschlägen für den Einsatz rationaler und effizienter umweltpolitischer Instrumente gelegt.

Im Zentrum der Forschung standen im vergangenen Jahr die Analyse des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und der Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen, der internationalen und umweltpolitischen, insbesondere klimapolitischen Instrumente sowie der Nutzung und Kontrolle von Biodiversität. Im Zentrum der methodischen Arbeiten stand die Weiterentwicklung von Simulationsmodellen für die Wirkungsanalyse von Politiken auf der Basis von allgemeinen Gleichgewichtsmodellen.

❍ Umwelt

Die Forschungsgruppe „Umwelt“ (Leitung: Gernot Klepper) behandelt im Bereich der Grundlagenforschung methodische und konzeptionelle Fragen der Allokation von Umweltressourcen, im Bereich der Umweltpolitik konkrete Probleme der Umsetzung nationaler und internationaler umweltpolitischer Ziele und der Ausgestaltung entsprechender Instrumente.

Ein zentrales Forschungsfeld, in dem die Gruppe „Umwelt“ seit vielen Jahren aktiv ist, stellt der durch anthropogene Treibhausgasemissionen verursachte Klimawandel dar. Dabei geht es einerseits darum, die wirtschaftlichen Konsequen-

zen des zu erwartenden, aber regional sehr unterschiedlichen Klimawandels zu identifizieren und zu quantifizieren. Andererseits werden verschiedene Vermeidungsstrategien untersucht, die den drohenden Klimawandel abmildern sollen. Dies geschieht primär mit dem in der Gruppe entwickelten dynamischen berechenbaren allgemeinen Gleichgewichtsmodell DART, das kontinuierlich erweitert wird, um aktuelle Forschungsfragen aufzugreifen. Das DART-Modell dient gleichzeitig dazu, um mit dem Kyoto-Protokoll verbundene internationale Klimapolitiken zu analysieren.

Im Zentrum der Politikanalysen stand im Jahr 2004 das geplante *europäische Emissionshandelssystem* (EHS), das im Januar 2005 eingeführt wurde. Im Hinblick auf die europäischen Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls wurde es mit dem Ziel entwickelt, die CO_2-Emissionen der energieintensiven Industriesektoren auf ökonomisch effiziente Weise zu reduzieren. Es umfasst zurzeit ca. 13 000 energieintensive Anlagen, die zusammen für rund 45 Prozent der europäischen CO_2-Emissionen verantwortlich sind. Das Jahr 2004 war geprägt durch kontroverse Diskussionen über die optimale Zuteilung an Emissionsrechten an die einzelnen Sektoren und die zu erwartenden Wettbewerbseffekte des EHS. Mit Hilfe des DART-Modells wurde untersucht, wie sich unterschiedliche Zuteilungsmechanismen auf die europäischen Kosten des Kyoto-Protokolls und die europäische Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Zusätzlich waren die resultierenden Handelsströme der Zertifikate und Zertifikatspreise Gegenstand der Untersuchung. Daneben wurde begonnen, das Potential der flexiblen Projektmechanismen „Clean Development Mechanism“ (CDM) und „Joint Implementation“ für die Erreichung der europäischen Kyoto-Ziele zu analysieren.

Weiterhin hat sich die Gruppe „Umwelt“ mit dem DART-Modell an zwei Modellexperimenten des deutschen Forums für Energiemodelle beteiligt. Ziel dieser Experimente und des Forums ist es, die Ergebnisse unterschiedlicher Modelle in Bezug auf eine bestimmte klima- und energiepolitische Fragestellung zu vergleichen, aber auch die Modellentwicklung voranzutreiben. Thema des Modellexperiments IV (MEX IV), das im Mai 2004 abgeschlossen wurde, war der *längerfristige Beitrag der deutschen Energiewirtschaft zum Europäischen Klimaschutz.* Auch hier ging es u.a. um die Effekte des europäischen und internationalen Emissionshandels. Das noch bis Mitte 2005 laufende Modellexperiment V (MEX V) beschäftigt sich mit „Innovation und moderner Energietechnik“. Im Zusammenhang mit allgemeinen Gleichgewichtsmodellen steht dabei die *Modellierung des technischen Fortschritts* im Vordergrund. Während der technische Fortschritt des Energiebereichs in allgemeinen Gleichgewichtsmodellen bislang vorwiegend durch exogene Energieeffizienzsteigerungen vorgegeben wurde, herrscht mittlerweile Einigkeit darüber, dass der technische Fortschritt nicht autonom stattfindet, sondern beispielsweise von Erfahrung, öffentlichen und

industriellen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen, Energiepreisen und Skaleneffekten abhängt. Modelltechnisch gesehen sollte der technische Fortschritt daher als eine endogene Variable behandelt werden, die von anderen im Modell enthaltenen Parametern abhängt. Wie dies geschehen kann, wird in MEX V diskutiert. In diesem Zusammenhang wurden erste Vorarbeiten für die Implementierung von endogenem technischem Fortschritt in DART geleistet.

Ebenfalls mit dem DART-Modell ist die Forschungsgruppe in einem europäischen Projekt zur Modellierung von Nachhaltigkeitsfragen (Transition to Sustainable Economic Structures – TranSust) vertreten. Dieses Forschungsnetzwerk zielt darauf ab, die bislang vorwiegend auf klimapolitische Fragen ausgerichteten Modelle verschiedener europäischer Institutionen zu vergleichen und im Hinblick auf weitere Fragestellungen, die im Zusammenhang mit einer Nachhaltigkeitsstrategie relevant sind, zu erweitern. Die Forschungsgruppe hat sich in diesem Rahmen vor allem mit *der Rolle von Energiepreisen für die Analyse von Klimapolitiken* beschäftigt. Dabei ging es darum, den Zusammenhang zwischen Grenzvermeidungskosten und Energiepreisen in offenen Volkswirtschaften theoretisch und empirisch zu analysieren. Die empirische Überprüfung der theoretischen Ergebnisse zeigt, dass die Interaktion zwischen klimapolitischen Maßnahmen und den Energiepreisen eine wichtige Rolle für die Effektivität dieser Maßnahmen spielt.

Ein wichtiger Aspekt der Klima- und Energiepolitik ist die Förderung erneuerbarer Energien. Biokraftstoffe als Substitut für fossile Kraftstoffe sind eine Alternative, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und knappe fossile Energieressourcen zu schonen. In Deutschland sind sämtliche Biokraftstoffe seit 2004 von der Mineralölsteuer befreit und die Europäische Kommission fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, den Anteil von Biokraftstoffen am gesamten Kraftstoffverbrauch in den nächsten Jahren erheblich zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wurde das Projekt zur *klimapolitischen Bewertung von Biokraftstoffen, insbesondere von Bioethanol*, fortgesetzt.

Dazu erfolgte zunächst eine Bewertung der Energie- und Treibhausgasbilanzen der Produktion und Verwendung von Biokraftstoffen unter Berücksichtigung von neuen Technologien und von den in den letzten Jahren erfolgten Innovationen bei der Bioethanolerzeugung. Diese Neubewertung zeigte, dass im Vergleich zu den Ergebnissen älterer Studien mit den heutigen Produktionstechnologien für Bioethanol mehr Treibhausgasemissionen durch die Substitution von Benzin durch Bioethanol eingespart werden können. Allerdings sind die Ergebnisse nach wie vor stark abhängig von den verwendeten Rohstoffen, der Größe, dem Energiekonzept und den Technologien der verwendeten Konversionsanlagen. Sie hängen auch ab von der Bewertung anfallender Kuppelprodukte und der Reak-

tion der Märkte für diese Kuppelprodukte bei einem durch die Bioethanolproduktion steigenden Angebot.

Außerdem hat sich gezeigt, dass die Produktion von Bioethanol in Europa im Vergleich zu traditionellen Kraftstoffen nicht wettbewerbsfähig und auch im internationalen Vergleich sehr kostenintensiv ist. Dies hat zur Folge, dass die Steuerbefreiung in Deutschland und die Förderprogramme für Biokraftstoffe in Europa zu einem Anstieg der Importe aus wettbewerbsfähigeren Produzentenländern führen. Dies wiegt umso schwerer, wenn man davon ausgeht, dass der derzeitige Außenschutz langfristig nicht aufrechterhalten werden kann. Aus diesem Grund wurde die Bioethanolerzeugung in Brasilien analysiert, einem der wettbewerbsfähigsten Produzentenländer.

Dabei hat sich gezeigt, dass Brasilien zum weltweiten Kostenführer und zu dem größten Bioethanolproduzenten aufgestiegen ist und auch ein großes Exportpotential besitzt. Aufgrund der Anwendung modernster Technologien und Energiekonzepte in den Produktionsanlagen sowie aufgrund der vorteilhaften Produktion aus Zuckerrohr kostet die Produktion von Bioethanol in Brasilien etwa halb soviel wie in Europa. Eine ökologische Bewertung der Produktion hat erbracht, dass Brasilien bezüglich der Energie- und Treibhausgasbilanzen ebenfalls wesentlich besser abschneidet als Europa.

Einen weiteren Schwerpunkt der internationalen Umweltpolitik stellt der Problemkreis zur *Bewahrung und nachhaltigen Nutzung biologischer Vielfalt* dar. Die Forschungsgruppe hat ihre hierzu begonnenen Arbeiten über ausgewählte Regulierungsmechanismen fortgesetzt, die auf der internationalen Ebene angesiedelt sind und auf die Erhaltung der globalen Biodiversität abzielen.

Eine Möglichkeit bietet die kommerzielle Nutzung von in situ genetischer Information in biotechnologischer Forschung und Entwicklung, die vornehmlich in Industrieländern stattfindet und häufig aus naturnahen Ökosystemen in biodiversitätsreichen Entwicklungsländern entnommen wird. Die Frage ist, ob durch den Handel mit genetischen Ressourcen auf Märkten Anreize zur privaten Naturerhaltung geschaffen werden können und so andere Regulierungen zum Schutz von Biodiversität unterstützen. Die bisherigen analytischen Beschreibungen des Marktes für genetische Ressourcen wurden durch eine deskriptive, empirische Analyse ergänzt. Es zeigte sich, dass aufgrund des Zusammenwirkens mehrerer Faktoren – wie der Eigenschaft der Nichtrivalität in der Informationsnutzung, der Möglichkeit, Naturstoffe in der Forschung zu substituieren, und einer ausgeprägten Anbieterkonkurrenz – Märkte für genetische Ressourcen kaum Anreize für den Biodiversitätsschutz umfassend generieren können.

Neben Möglichkeiten eines Schutzes durch Nutzung ist in besonders sensiblen Ökosystemen ein Schutz durch den Ausschluss von Nutzungen vorgesehen. Für die Einrichtung und Bewirtschaftung von geschützten Ökosystemen in den biodiversitätsreichen Entwicklungsländern werden auf internationaler Ebene finanzielle Transfers geleistet. Die Forschungsgruppe hat hierzu die Transferleistungen durch die Globale Umweltfazilität (GEF) als bedeutende multilaterale Finanzierungsinstitution analysiert. Es ergab sich, dass die Zahlungen vorrangig in die Aufrechterhaltung existierender Schutzgebiete und weniger in die Ausdehnung von Schutzgebieten investiert werden. Um eine effektive Verwendung der aufgebrachten GEF-Mittel zu erreichen, ist das Prinzip der inkrementalen Kosten völkerrechtlich vereinbart worden. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Auslegungen des Prinzips sowie von Verteilungskonflikten zwischen Gebern in den Industrie- und Entwicklungsländern wurde die praktische Anwendung des Prinzips in GEF-Projekten untersucht. Es fanden sich sowohl Beispiele für eine vollständige Finanzierung inkrementaler Schutzmaßnahmen durch die GEF als auch Beispiele, in denen Entwicklungsländer an der Finanzierung solcher Maßnahmen teilnahmen und somit der daraus entstehende zusätzliche Nutzen für die Entwicklungsländer anerkannt und angerechnet wurde.

Fortgesetzt wurde das Projekt über das *wirtschaftliche Potential von Kennzeichen für Verbraucher- und Umweltschutzzwecke*. Kennzeichnungssysteme werden weltweit zunehmend als verbraucher- und umweltpolitisches Instrument genutzt. Sie sind einerseits Instrumente, die dem Verbraucher unterschiedlich detaillierte und verifizierte Informationen zu bestimmten Eigenschaften eines Produktes zur Verfügung stellen sollen, um dazu beizutragen, Marktversagen aufgrund von Informationsasymmetrien abzubauen und Kaufentscheidungen gemäß individueller Präferenzen zu ermöglichen. Andererseits werden sie von Produzenten genutzt, um Produkte im globalen Markt zu differenzieren und bestimmte Produkteigenschaften zu signalisieren. Die Verwendung von Kennzeichnungssystemen kann so je nach Ausgestaltung beabsichtigte oder unbeabsichtigte Allokationseffekte auslösen.

Für die Untersuchung der Auswirkungen von Kennzeichnungssystemen wurden in einem ersten Schritt unterschiedliche Datenbanken zur Erfassung und Kategorisierung des derzeitigen Kennzeichnungsgeschehens erstellt. Wichtige Kategorisierungskriterien sind beispielsweise die Produktgruppe, für die es ein Kennzeichen gibt, die Organisationsform des Kennzeichnungssystems, die Verbindlichkeit der Kennzeichnung, der geographische Geltungsbereich und die Unterscheidung nach produktbezogenem und nichtproduktbezogenem Bewertungsgegenstand. Es wurden die in Deutschland und in Entwicklungsländern bestehenden Kennzeichnungssysteme in einer umfangreichen Datenbank erfasst. Darüber hinaus wurden anhand von Fallstudien die Ausgestaltung und Wirkungsweise einzelner Kenn-

zeichnungssysteme analysiert und Unterschiede im Kennzeichnungsgeschehen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern herausgearbeitet.

Aufbauend auf diesem empirischen Überblick wurde untersucht, welche wirtschaftlichen Auswirkungen sich aus dem Kennzeichnungsgeschehen ergeben. Dabei stand einerseits die Wirkung von Kennzeichnungssystemen als Beitrag zu mehr Markttransparenz und andererseits die Möglichkeit, sie zur Marktsegmentierung zu verwenden, im Vordergrund. Von besonderer Bedeutung ist hier der Einfluss von Kennzeichnungssystemen auf den internationalen Handel und auf die Exporte von Entwicklungsländern. Damit verbunden ist deren Behandlung in der WTO, die das Spannungsfeld zwischen dem Grundsatz der Marktoffenheit, dem möglichen Missbrauch von Kennzeichnungssystemen als nichttarifäres Handelshemmnis und den durch Kennzeichnungssysteme verfolgten berechtigten politischen und wirtschaftlichen Interessen noch nicht gelöst hat.

Abschließend wurden die Chancen und Risiken von Kennzeichnungssystemen aus Sicht der Entwicklungsländer betrachtet. Zur Ermittlung der Betroffenheit der Entwicklungsländer durch das Kennzeichnungsgeschehen in Industrieländern erfolgte eine Spiegelung der Exportstruktur einzelner Regionen von Entwicklungsländern an dem Kennzeichnungsgeschehen in Deutschland. Die Option der Entwicklungsländer, selbst Kennzeichen für den Export zu verwenden, wurde anhand der Möglichkeiten des Zugangs zu ausländischen Kennzeichen oder der Verwendung eigener oder international bestehender Kennzeichen analysiert. Schließlich wurden Wege zur Vermeidung handelshemmender Wirkungen von Kennzeichnungssystemen und möglicher Diskriminierung untersucht. Hier stand die Analyse einer Erhöhung der Transparenz des Kennzeichnungsgeschehens, einer möglichen Harmonisierung von Systemen, der gegenseitigen Anerkennung der Systeme, der ökologischen Äquivalenz zwischen den Systemen einzelner Länder, der möglichen Kombinationen dieser Maßnahmen sowie die Analyse von bereits gemachten Erfahrungen im Vordergrund.

❍ Natürliche Ressourcen

In der Forschungsgruppe „Natürliche Ressourcen“ (Leitung: Manfred Wiebelt) wurden schwerpunktmäßig die Arbeiten zur wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung in ressourcenreichen Volkswirtschaften fortgeführt und ausgebaut. Im Bereich der Grundlagenforschung wurde ein schon vorhandenes berechenbares allgemeines Gleichgewichtsmodell derart modifiziert, dass es für die Analyse langfristiger Entwicklungsprozesse genutzt werden kann. In der angewandten Forschung wurde der Zusammenhang zwischen Ressourcenverfügbarkeit und wirtschaftlichem Wachstum für verschiedene Arten natürlicher Ressourcen empirisch überprüft. Und für eine Reihe von ressourcenreichen Ländern

wurde untersucht, welche institutionellen Rahmenbedingungen und wirtschaftspolitischen Reformen geeignet sind, ein breitenwirksames Wachstum zu unterstützen. Außerdem wurden zusammen mit der Forschungsgruppe „Umwelt“ verschiedene quantitative partialanalytische und gesamtwirtschaftliche Modelle hinsichtlich ihrer Eignung für die Analyse von Handelspolitiken geprüft. Schließlich war die Forschungsgruppe an mehreren Initiativen zur Etablierung interdisziplinärer nationaler und internationaler Netzwerke in den Bereichen „Breitenwirksames Wachstum“, „Megastädte“ und „Globalisierung“ beteiligt und hat an der Erarbeitung von zwei interdisziplinären Forschungsanträgen zur Entwicklung in ressourcenreichen Ländern Zentralasiens und zur Wassernutzung in Megastädten mitgewirkt.

Mit *GEM-PIA (General Equilibrium Model for Poverty Impact Analysis)* wurde in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe „Stabilität und Strukturanpassung“ ein im Produktions- und Haushaltssektor disaggregiertes, dynamisches, berechenbares allgemeines Gleichgewichtsmodell erstellt, das strukturalistische und neoklassische Charakteristiken vereint und für die Analyse langfristiger Entwicklungsprozesse eingesetzt werden kann. Ein wesentliches Merkmal von GEM-PIA ist, dass es im Produktionsbereich zwischen formellen und informellen Aktivitäten unterscheidet und damit der dualistischen Struktur ressourcenabhängiger Länder Rechnung trägt. Darüber hinaus werden verschiedene Märkte sowohl für Arbeit als auch für physisches Kapital unterschieden. Damit ist das Modell grundsätzlich geeignet, die Ausdehnung des städtischen informellen Sektors zu simulieren. Schließlich bildet das Modell die für mittel- und langfristiges Wachstum relevante Akkumulation von physischem Kapital durch verschiedene Institutionen ab. Wie das kurzfristige ist auch das langfristige Modell mit einem Mikrosimulationsmodell verknüpft, das der individuellen Heterogenität der Bevölkerung Rechnung trägt und deshalb eine sehr detaillierte Abschätzung der Armuts- und Verteilungswirkungen unterschiedlicher Entwicklungspfade ermöglicht.

Sowohl das Kurzfrist- als auch das Langfristmodell wurden im Jahr 2004 genutzt, um gemeinsam mit der Forschungsabteilung „Entwicklungsökonomie und weltwirtschaftliche Integration“ Fragen der *Operationalisierung eines breitenwirksamen Wachstums* (pro-poor growth) am Beispiel Boliviens zu untersuchen. Dabei lag der Schwerpunkt der Kurzfristanalysen auf Maßnahmen zur Abfederung externer Schocks und zur Reduzierung der Armut in der Landwirtschaft, während in den Langfristanalysen der Frage nachgegangen wurde, welchen Beitrag die beträchtlichen Erdgasvorkommen und die noch ausstehenden Reformen des Arbeitsmarktes und des Steuersystems zur Armutsminderung auf dem Land und in der Stadt leisten können.

Die Ergebnisse der kurzfristigen Simulationen legen den Schluss nahe, dass regelmäßig wiederkehrende externe Schocks, wie das Klimaphänomen El Niño, nicht nur beträchtliche Einkommenseinbußen bei den direkt betroffenen Landwirten bewirken, sondern über die Angebotsverknappung und über Preissteigerungen für Nahrungsmittel auch Realeinkommensverluste bei der städtischen Bevölkerung auslösen und damit die Ziele der bolivianischen Armutsreduzierungsstrategie in beiden Regionen konterkarieren. Ein verbesserter Zugang ländlicher Haushalte zum Kreditmarkt, wie er insbesondere von der Weltbank als sowohl armutsmindernde als auch wachstumsfördernde Maßnahme gefordert wird, wäre zwar mit einer erheblichen Verminderung der ländlichen Armut verbunden, das gesamtwirtschaftliche Wachstum würde jedoch unter den strukturellen Bedingungen Boliviens von dieser Maßnahme kurz- bis mittelfristig kaum tangiert.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt die Langfristanalyse, die gemeinsam mit der Universität Göttingen durchgeführt wurde. Danach sind die Möglichkeiten Boliviens für ein breitenwirksames Wachstum, insbesondere auf dem Land, sehr begrenzt. Erstens haben ländliche Haushalte mit den oben bereits erwähnten regelmäßig wiederkehrenden externen Schocks zu kämpfen. Zweitens begrenzen hohe Transportkosten in Verbindung mit der geringen Kapitalausstattung die Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Vermögensausstattung armer Bauern. Dennoch könnten Investitionen in öffentliche Güter, wie ländliche Infrastruktur und landwirtschaftliche Forschung, zu Produktivitätsverbesserungen führen. Sofern signifikante Produktivitätsgewinne erwartet werden können, könnten sich auch Maßnahmen zur Verbesserung des Kreditzugangs, wie verbesserte Eigentumsrechte oder Mikrokreditinitiativen, rechnen, da sie komplementäre private Investitionen induzieren würden. Drittens ist der moderne, dynamische Teil der Landwirtschaft zu klein, um einen Großteil der ländlichen Arbeitskräfte zu absorbieren; eine armutsorientierte Industriepolitik zugunsten der modernen Landwirtschaft scheint keine erfolgreiche Option zu sein. Und schließlich profitiert die ländliche Region nicht von der reichhaltigen Ausstattung Boliviens mit Gasvorkommen; vielmehr werden ländliche Regionen von den gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozessen negativ betroffen, und die Armut steigt. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Aussichten für die Entwicklung des ländlichen Raums weitgehend von der dynamischen Entwicklung in den Städten abhängt, die über eine Land-Stadt-Wanderung und eine stärkere Nachfrage nach landwirtschaftlichen Rohmaterialien und Lebensmitteln indirekt die ländlichen Einkommen ansteigen lassen würde.

Allerdings bestehen verschiedene Optionen, um das städtische Wachstum zu fördern und die urbane Armut zu bekämpfen. Trotz der begrenzten Verflechtung mit dem Rest der Ökonomie würde die Entwicklung des Gassektors städtischen

Gebieten helfen. Der positive Effekt ist umso größer, je stärker dadurch die Investitionstätigkeit angeregt wird. Neben den finanziellen Mitteln, die für armutsorientierte Ausgaben zur Verfügung gestellt werden, sollte ein wesentlicher Teil der Gaserlöse dazu genutzt werden, die öffentlichen Investitionen aufzustocken.

Die beiden noch ausstehenden Strukturreformen, die Deregulierung des städtischen Arbeitsmarktes und die Reform des Einkommensteuersystems, hätten beide positive Effekte auf das Wachstum und die Armut, werden aber von potentiellen Verlierern, und dies sind im Wesentlichen städtische Arbeitnehmerhaushalte, abgelehnt. Kombinierte Simulationen zeigen, dass die Widerstände überwunden werden könnten, wenn die Strukturreformen parallel mit dem Gasprojekt durchgeführt werden, da alle städtischen Haushalte von letzterem profitieren.

Im Rahmen eines Weltbank-Projekts zu den *möglichen Armutsauswirkungen der nächsten Welthandelsrunde* (Doha-Runde) ist die Forschungsgruppe gegenwärtig an einer Fallstudie zu Brasilien beteiligt. In diesem Projekt geht es darum, spezifische handelspolitische Maßnahmen zu identifizieren, von denen vor allem die Armen profitieren können. Hierzu werden in Modellen auf Basis des „Global Trade Analysis Project“ Handelsszenarien simuliert, deren Ergebnisse dann in nationale Modelle einfließen, in denen die Armutsauswirkungen detailliert abgeschätzt werden können. In der Fallstudie zu Brasilien wird insbesondere versucht, das Ausmaß der Armuts- und Verteilungseffekte des Handelsschocks in einem mittelfristigen Szenario zu evaluieren, das wichtigen Merkmalen des Strukturwandels – wie etwa den sektoralen Unterschieden beim Produktivitätswachstum, der intersektoralen Migration und bestimmten demografischen Entwicklungen – Rechnung trägt. Der Handelsschock kann die Armuts- und Verteilungseffekte des Strukturwandels beschleunigen oder verlangsamen. Um diese komplexen Effekte möglichst detailliert und realitätsnah abbilden zu können, wird ein Makro-Mikro-Modell erstellt, das ein berechenbares allgemeines Gleichgewichtsmodell mit einer Mikrosimulation koppelt.

Neben diesen Modellanalysen war die Forschungsgruppe an einem gemeinsamen Projekt der Abteilung für Afrikanistik der Universität Leipzig und des Instituts für Afrikakunde in Hamburg über *armutsorientiertes Wachstum in Uganda* beteiligt, in dem die jüngste Entwicklung der Einkommensverteilung und der Armutssituation mit der Entwicklung in den 90er Jahren anhand von Haushaltserhebungen verglichen wurde. Relativ hohe Wachstumsraten waren in den 90er Jahren mit einer bedeutenden Reduzierung der Armut verbunden, da der mit Abstand wichtigste Wirtschaftssektor, die Landwirtschaft, hohe Wachstumsraten verbuchen konnte. Ebenso ist das gegenwärtig geringere landwirtschaftliche Wachstum für die ungünstigere Entwicklung der Armutssituation seit 2000 verantwortlich. Allerdings dämpfen die Stadt-Land-Wanderung und Änderungen

der sektoralen Beschäftigungsstruktur den Effekt des geringeren landwirtschaftlichen Wachstums auf die Armut. Neben dieser sektoralen Analyse beschäftigt sich die Studie auch mit der Frage, inwieweit die Politik der ugandischen Regierung insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit zur Reduzierung der Armut beiträgt. Im Bereich der Bildungspolitik wurden zwar durch die Einführung und Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht große Fortschritte in den 90er Jahren erzielt. Allerdings haben ärmere Bevölkerungsschichten kaum Zugang zur Sekundär- und Tertiärbildung und profitieren deshalb nur teilweise von den öffentlichen Bildungsausgaben. Ein weiteres Problem stellt die mangelhafte Qualität der Ausbildung dar. Im Gesundheitswesen zielen die öffentlichen Ausgaben relativ gut auf ärmere Bevölkerungsschichten ab. Allerdings gibt es auch hier Probleme bezüglich der Qualität der zur Verfügung gestellten Gesundheitsdienstleistungen.

In einer Länderquerschnittsanalyse hat die Forschungsgruppe untersucht, warum *ressourcenreiche Länder im Durchschnitt langsamer wachsen als ressourcenarme Länder*. Die wirtschafts- wie auch die politikwissenschaftliche Literatur hat bereits eine Reihe von Erklärungsansätzen für den „Ressourcenfluch“ geliefert. Hierbei wird jedoch oft nicht zwischen verschiedenen Ressourcentypen unterschieden, weshalb die Theorien bestimmte Unterschiede zwischen ressourcenreichen Ländern nur unzureichend erklären können. Diese Unterschiede kann man jedoch verstehen, wenn man auch die Eigenschaften verschiedener Typen von Ressourcen in die Überlegungen mit einbezieht und diese Eigenschaften mit bestimmten Transmissionskanälen des Ressourcenfluchs verbindet. Ist beispielsweise eine bestimmte, etwa metallische, Ressource nur an einem Ort vorhanden und kann somit von nur einem Unternehmen gefördert werden, bietet eine solche Konstellation große Anreize für politische Eingriffe. In der Tat konnte in der Länderquerschnittsanalyse empirisch gezeigt werden, dass unterschiedliche Ressourcentypen über unterschiedliche Transmissionskanäle wirken.

5. Raumwirtschaft

Die Forschungsabteilung „Raumwirtschaft“, die von Rüdiger Soltwedel geleitet wird, widmet sich im Rahmen der weltwirtschaftlichen Forschungsausrichtung des Instituts der räumlichen Perspektive. Es wird untersucht, wie zentripetale und zentrifugale Kräfte die nationale und internationale Arbeitsteilung im Raum prägen. Im Vordergrund der laufenden Forschungsaktivitäten stehen die Fragen, ob der Integrationsprozess die Ballung wirtschaftlicher Aktivität verstärkt oder räumliche Ausgleichstendenzen fördert, ob alle Regionen dabei gewinnen oder ob es auch Verlierer gibt und welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen und

Strukturen in Regierung, Verwaltung und Kontrollinstanzen (Governance-Strukturen) angemessen sind, um im unabdingbaren Standortwettbewerb bestehen zu können.

❍ Regionales Wachstum und Raumstruktur

Gegenwärtige Arbeitsschwerpunkte dieser Forschungsgruppe (Leiter: Dirk Dohse) sind die Bestimmungsgründe regionaler Innovations- und Wachstumsunterschiede sowie die regionalen Auswirkungen des Europäischen Integrationsprozesses.

Jüngere theoretische Ansätze der Neuen Ökonomischen Geographie und der Theorie endogenen Wachstums messen den externen Erträgen der Agglomeration eine herausragende Bedeutung für mikroökonomische Standortentscheidungen und für die makroökonomische Performance einzelner Regionen und ganzer Volkswirtschaften bei. Die intensive Arbeitsteilung, die Ausnutzung von unternehmensspezifischen und unternehmensübergreifenden Größenvorteilen sowie die rasche lokale Diffusion neuen Wissens tragen diesen Theorien zufolge dazu bei, dass die Einkommen in wirtschaftlich hoch verdichteten Ländern und Regionen höher sind und – ceteris paribus – schneller wachsen als in gering verdichteten Ländern und Regionen. Dem wirken Kosten der Agglomeration, wie etwa steigende Bodenpreise, Zeitverluste durch Staus oder Beeinträchtigungen der Umweltqualität, entgegen.

Während auf der Makroebene die Wachstumswirkungen der Agglomeration in einer Vielzahl von empirischen Studien untersucht wurden, gibt es auf der Mikroebene kaum Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen Agglomeration und der Performance von Unternehmen. Aus diesem Grunde hat die Forschungsgruppe ihre Untersuchungen zum *Zusammenhang von regionalen Standortbedingungen und Unternehmenswachstum* fortgesetzt. Die empirischen Untersuchungen basieren auf einem Modell des Unternehmenswachstums, das neben firmenspezifischen Einflussgrößen (wie Größe und Alter des Unternehmens) auch industrie- und regionsspezifische Faktoren berücksichtigt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Bedeutung des Humankapitalbestandes in einer Region gelegt, der als lokales öffentliches Gut angesehen wird, das als sozialer Input in den Produktionsprozess der in der Region ansässigen Unternehmen eingeht. Es zeigt sich, dass wissensintensiv produzierende Unternehmen in humankapitalreichen Regionen schneller wachsen als in humankapitalarmen Regionen, was darauf hindeutet, dass den Humankapitalexternalitäten nicht nur auf der Makroebene, sondern auch auf der Unternehmensebene eine große Bedeutung zukommt.

In einem neuen Projekt wurde damit begonnen, die Frage zu untersuchen, ob sich auf der Ebene deutscher Regionen (Kreise) ein statistisch signifikanter *Zusammenhang zwischen durchschnittlicher Firmengröße und gesamtwirtschaftlichem Wachstum* (sowohl des Bruttoinlandsprodukts als auch der Erwerbstätigen) nachweisen lässt. Hierzu wurden in einem ersten Schritt die regionalisierten Umsatzsteuerstatistiken der Länder ausgewertet, um Daten über die durchschnittliche Unternehmensgröße in den Kreisen des Bundesgebietes, getrennt nach den Wirtschaftsbereichen verarbeitendes Gewerbe, Großhandel, Einzelhandel und Dienstleistungssektor zu gewinnen. Die so ermittelten durchschnittlichen Umsatzgrößen nach Kreisen wurden zu Kontrollzwecken mit den durchschnittlichen Beschäftigtengrößen aus der letzten Arbeitsstättenzählung verglichen, wobei sich ein recht hoher Grad an Übereinstimmung zeigte. In einem zweiten Schritt sollen das Sozialprodukts- und das Beschäftigtenwachstum in den Kreisen – neben einer Reihe weiterer, aus der Theorie abgeleiteter Kontrollvariablen – auf die durchschnittliche Firmengröße in den Kreisen regressiert werden. Die Ergebnisse dieser Analyse sind von hoher wirtschaftspolitischer Relevanz, da gerade im Hinblick auf Ostdeutschland immer wieder argumentiert wird, das Fehlen von Großbetrieben und die zu geringe durchschnittliche Firmengröße sei ein Haupthindernis für das Aufholen Ostdeutschlands gegenüber dem Westen.

Ein weiteres Projekt beschäftigt sich mit der Frage, wie stark die *wirtschaftlichen Ausstrahlungseffekte von Ballungszentren* sind und welche räumliche Tragweite sie haben. Während frühere Untersuchungen Ausstrahlungseffekte üblicherweise anhand der Intensitäten von Berufspendlerverflechtungen bestimmt haben, basiert dieses Projekt auf neueren theoretischen Modellen der Stadtökonomie, die Standortentscheidungen von Unternehmen und Haushalten simultan analysieren. Als Ausstrahlungseffekte von Großstädten wird dabei die Differenz zwischen dem beobachteten Bodenpreis eines außerstädtischen Standorts und einem hypothetischen Bodenpreis definiert, der sich ergäbe, wenn die Großstädte nicht existierten. Besonderes Augenmerk wird zum einen auf die Schätzung der (hypothetischen) Referenzsituation gelegt. Zur Bestimmung des Referenz-Bodenpreises werden nicht nur natürliche Standortfaktoren (u.a. naturräumliche Faktoren, landschaftliche Attraktivität, Bodenschätze) herangezogen, sondern auch die wechselseitigen Ausstrahlungseffekte peripherer Regionen aufeinander. Zum anderen wird besonderes Augenmerk darauf gelegt, die Veränderung des Ausmaßes der Ausstrahlungseffekte mit zunehmender Distanz zu den Großstädten adäquat zu quantifizieren. Dabei muss den neueren stadtökonomischen Modellen zufolge auch die Möglichkeit berücksichtigt werden, dass die Bodenpreise vom Zentrum zur Peripherie nicht kontinuierlich und linear abnehmen.

Obwohl sich die Untersuchung zunächst auf Westdeutschland konzentriert, dürften ihre Ergebnisse auch im Hinblick auf Ostdeutschland relevant sein. Wird

unterstellt, dass sich die Intensitäten und Reichweiten der Ausstrahlungseffekte ostdeutscher Großstädte auf längere Sicht nicht wesentlich von denen vergleichbarer westdeutscher Großstädte unterscheiden werden, gibt die Untersuchung wertvolle Hinweise darauf, in welchem Maße die gegenwärtig diskutierte Fokussierung der regionalen Förderpolitik des Bundes auf ostdeutsche Ballungszentren – oder Wachstumspole – über Ausstrahlungseffekte auch die peripheren Regionen in Ostdeutschland erreicht.

Hinsichtlich der regionalen Auswirkungen der europäischen Integration, insbesondere der Osterweiterung, wurde ein bis 2005 laufendes Forschungsprojekt fortgesetzt. In Zusammenarbeit mit sechs west- und osteuropäischen Forschungsinstitutionen wird empirisch analysiert, wie sich *Integration und EU-Erweiterung auf die sektorale Arbeitsteilung von EU-Regionen und auf deren Einkommen* auswirken. In der zweiten Phase des Projektes wurden bis Mitte 2004 umfangreiche Datensätze zur sektoralen Struktur der Regionen in langen Zeitreihen erstellt und mit deskriptiven Verfahren für separate Länderstudien ausgewertet. In der nun begonnenen dritten Phase werden die vorhandenen Daten mit ökonometrischen Verfahren dahingehend analysiert, wie die Integration den regionalen Strukturwandel in der Vergangenheit beeinflusst hat und welche Rückschlüsse sich daraus auf mögliche Folgen der Osterweiterung ergeben. In der letzten Phase des Projektes ab Mitte nächsten Jahres wird es darum gehen, Regionen zu identifizieren, die potentiell von wirtschaftlichem Rückgang gefährdet sind, und Herausforderungen für die Regionalpolitik auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene abzuschätzen.

❍ Infrastruktur, Institutionen und Integration

Die Gruppe „Infrastruktur, Institutionen und Integration“ (Leiter: Claus-Friedrich Laaser) wurde 2004 durch eine Zusammenlegung der früheren Gruppen „Verkehrswirtschaft“ sowie „Raumwirtschaft und Institutionen“ gebildet. Die Forschungsarbeit dieser Gruppe zielt darauf zu untersuchen, welchen Einfluss alternative institutionelle Regelungen bzw. deren Änderung auf die Kosten der Raumüberwindung ausüben und welche Auswirkungen veränderte Transport- und Kommunikationskosten auf die Integration von Wirtschaftsräumen und auf die räumliche Struktur der Wirtschaft haben.

Neu begonnen wurde das Projekt *„Regionale Schwerpunkte der Handelsintegration in einer erweiterten Europäischen Union“*, das in Kooperation mit der Forschungsgruppe „Außenwirtschaft und Strukturwandel“ durchgeführt wird. Dieses Projekt hat zum Ziel, die Determinanten wirtschaftlicher Integration in einer erweiterten Europäischen Union herauszuarbeiten und eine ökonomische Landkarte der wirtschaftlichen Verflechtungen im Europa des 21. Jahrhunderts

nach dem Beitritt von acht mittel- und osteuropäischen Reformstaaten sowie Zyperns und Malta zur EU zu entwerfen.

Mit einem neuen Projekt zur *Infrastrukturpolitik der Europäischen Union (EU)* wurde an frühere Arbeiten zur Verkehrsinfrastrukturpolitik angeknüpft, mit denen die Forschungsgruppe Verkehrswirtschaft insbesondere das Programm „Transeuropäische Netze“ der EU kritisch unter die Lupe genommen hatte. Das aktuelle Projekt erweitert die Diskussion um die Bereitstellung und Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur durch die EU auf den Bereich der neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer. Diese Thematik hat dadurch aktuell an Bedeutung gewonnen, dass die Europäische Kommission im Juli 2004 ihre Vorstellungen zur Zukunft der Europäischen Strukturfonds in Form eines Verordnungsvorschlags bekannt gegeben hat; die Strukturfonds sind die wichtigste Quelle, aus der Infrastrukturprojekte durch die Gemeinschaft finanziell unterstützt werden können. Die Erweiterung der Gemeinschaft macht es notwendig, die Mittel der Strukturfonds zu einem erheblichen Teil zugunsten der neuen Mitgliedsländer umzuschichten.

Um die Frage nach der künftigen Bemessung und Verwendung der Strukturfondsmittel zu beantworten, wird ein politischer Kompromiss zwischen den Interessen der neuen Mitglieder (möglichst viel Hilfe), der bisher geförderten Altmitglieder (möglichst nicht weniger Hilfe als bisher) und der so genannten Nettozahler (möglichst nicht mehr zahlen als bisher) gesucht. Vor diesem Hintergrund stehen die grundsätzliche Fragen nach einer ökonomisch zweckmäßigen Kompetenzverteilung zwischen unterschiedlichen Ebenen in föderalen Systemen und nach den daraus hergeleiteten Elementen einer künftigen Infrastrukturpolitik der Gemeinschaft im Mittelpunkt des neuen Projekts.

Die vorgeschlagene Neuordnung der Infrastrukturpolitik orientiert sich an den Grundsätzen der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz, die in der traditionellen Theorie des Fiskalföderalismus eine bedeutende Rolle spielen. Eine Gemeinschaftskompetenz für die Infrastrukturpolitik ist danach insoweit begründet, als entweder grenzüberschreitende externe Effekte (wie die Mitbenutzung inländischer Straßen durch Ausländer) vorliegen oder die gemeinschaftlichen Infrastrukturausgaben ausdrücklich distributiven Zwecken dienen, wie beispielsweise einer Stärkung der Wachstumsbedingungen in den neuen Mitgliedsländern zwecks allmählicher Überwindung der bestehenden Einkommensunterschiede zu den Altmitgliedern.

Angeregt wird daher, dass die Infrastrukturpolitik der EU erstens einen gemeinschaftsweiten rechtlichen Rahmen für internationale Infrastrukturprojekte schafft und finanziell zum Ausgleich europaweiter grenzüberschreitender Externalitäten beiträgt. Zweitens sollte diese finanzielle Unterstützung grundsätzlich auf relativ

wenige (etwa vier) wirklich „trans“europäische Korridore beschränkt werden, während sonstige primär bilaterale Verbindungen zwischen jeweils zwei Ländern grundsätzlich innerhalb des EU-rechtlichen Rahmens bilateral vereinbart und finanziert werden. Drittens sollten aber Projekte in den neuen Mitgliedsländern im Hinblick auf deren geringe Realeinkommensniveaus, die aktuell eher geringe Finanzierungsmöglichkeiten auf einzelstaatlicher oder gar privater Basis implizieren, und das Ziel eines Abbaus der Einkommensunterschiede zu den EU-Altmitgliedern eine zusätzliche verteilungspolitische Unterstützung aus EU-Mitteln erfahren. Solche Projekte sollten von der EU bis auf weiteres stärker gefördert werden, als es zum Ausgleich europaweiter externer Effekte eigentlich angemessen wäre. Bei der Suche nach dem erwähnten politischen Kompromiss dürfte sich die bestehende und unter dem Gesichtspunkt der Absorptionsfähigkeit auch ökonomisch sinnvolle Grenze von 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für sämtliche Zuwendungen im Rahmen der EU-Strukturpolitik als hilfreich erweisen.

Fortgesetzt wurden die Arbeiten zur *ordnungspolitischen Analyse alternativer Privatisierungsmodelle für Flughäfen*. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage ob – bzw. unter welchen Bedingungen – die Privatisierung bisher staatlicher Flughäfen dazu betragen kann, die Leistungsfähigkeit der Flughäfen nachhaltig zu steigern.

Angesichts der Langlebigkeit und Immobilität von Flughafeninfrastrukturanlagen hängt der wirtschaftliche Erfolg eines Flughafenbetreibers angesichts der Bedeutung der staatlichen Regulierung wesentlich von den künftigen Entscheidungen der Aufsichtsbehörden ab. Private Investoren werden nur bereit sein, in Fughäfen zu investieren, wenn sie vor für sie negative opportunistische Regulierungsentscheidungen geschützt sind. Die Privatisierungsoptionen und damit auch die potentiellen Effizienzsteigerungen durch eine Privatisierung sind daher nicht unabhängig von dem bestehenden Regulierungssystem.

Weil die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen zur Wahl zweckmäßiger Privatisierungsmodelle für Flughäfen zwar einen engen Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung der Eigentümerstrukturen und der Ausgestaltung der institutionell-rechtlichen Rahmenbedingungen für das Angebot an Flughafenleistungen aufgezeigt haben, bisher aber lediglich Hypothesen und kein empirisch abgesichertes Wissen über die konkrete Bedeutung einzelner Elemente des ordnungsrechtlichen Rahmens für die Leistungsfähigkeit des Flughafensektors vorliegen, wurde im Verlauf des Jahres die Arbeit an einem neuen Forschungsvorhaben aufgenommen. Dieses soll den Einfluss alternativer institutioneller Rahmenbedingungen auf die Leistungsfähigkeit der Flughäfen (gemessen an der Verkehrsanziehungskraft) im Rahmen einer international vergleichenden Analyse der unterschiedlichen Eigentümerstrukturen und der ordnungsrechtlichen

Rahmenbedingungen empirisch untersuchen. Zu diesem Zweck sind (i) die raumstrukturellen und institutionellen Bestimmungsfaktoren der Verkehrsanziehungskraft von Flughäfen zu identifizieren, (ii) empirische Verfahren zur Messung der relativen Verkehrsanziehungskraft der Flughäfen zu entwickeln und (iii) die Bedeutung der institutionellen Einflussfaktoren für die Verkehrsanziehungskraft der Flughäfen empirisch abzuschätzen.

6. Entwicklungsökonomie und weltwirtschaftliche Integration

In der Forschungsabteilung „Entwicklungsökonomie und weltwirtschaftliche Integration“, die von Rolf J. Langhammer geleitet wird, sind im Jahr 2004 schwerpunktmäßig zwei Fragestellungen untersucht worden: Zum einen der Zusammenhang zwischen Wachstum, Institutionenbildung, geografischer Ausstattung und Armutsverteilung in Entwicklungs- und Schwellenländern. In diese Fragestellung findet die Analyse der Wachstumswirkungen privater und öffentlicher Kapitalströme wie Direktinvestitionen und finanzielle Zusammenarbeit ebenso Eingang wie Untersuchungen über die Wirkungen von Importbarrieren im internationalen Güter- und Dienstleistungshandel. Zum anderen wurden die geld- und währungspolitischen Voraussetzungen analysiert, die für die Sicherstellung makroökonomischer Stabilität im Wachstumsprozess erforderlich sind.

❍ Internationale Kapitalbewegungen

Die Arbeiten in dieser Forschungsgruppe (Leiter: Peter Nunnenkamp) konzentrierten sich zum einen auf wesentliche Aspekte der Finanzierung wirtschaftlicher Entwicklung, insbesondere auf die Bestimmungsgründe und Auswirkungen ausländischer Direktinvestitionen und die Allokation von Entwicklungshilfe, und zum anderen auf die Auswirkungen von Strukturreformen auf die Einkommensverteilung in Entwicklungsländern.

Die Forschungsgruppe analysierte in Zusammenarbeit mit der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) die Herausforderungen, die für Lateinamerika aus dem weltweiten *Wettbewerb um ausländische Direktinvestitionen* resultieren. Ein in der jüngsten Vergangenheit zu beobachtender Rückgang der Attraktivität Lateinamerikas wurde sowohl auf Standortschwächen zurückgeführt, die weiten Teilen des Kontinents gemeinsam sind, als auch auf länderspezifische Probleme. Strukturelle Wettbewerbsschwächen erwiesen sich als gemeinsame Wurzel für den häufig gleichzeitigen Einbruch der ausländischen Direktinvestitionen und der heimischen Investitionen. Hinzu kam, dass

sich der Widerstand gegen die Privatisierung von staatlichen Unternehmen in der Region ausbreitete, nicht zuletzt deshalb, weil viele Direktinvestitionen, die im Kontext von Privatisierungen getätigt worden waren, die in sie gesetzten Erwartungen enttäuschten. Ein Beispiel boten die Direktinvestitionen im mexikanischen Bankwesen: Die Dominanz ausländischer Finanzinstitute stärkte zwar die Eigenkapitalbasis des Banksektors und verringerte somit dessen Krisenanfälligkeit; das Problem einer begrenzten Verfügbarkeit von Krediten und hoher Kreditkosten für das produzierende Gewerbe entschärfte sich aber kaum. Spezifische Herausforderungen ergaben sich für Mexiko, weil Wettbewerber wie China und andere asiatische Länder einen Abzug ausländischer Direktinvestitionen aus den exportorientierten Maquiladoras bewirkten. Auch für Gastländer wie Chile stellte sich die Aufgabe, den Zustrom von Direktinvestitionen zu verbreitern und auf höheren Stufen der Wertschöpfungskette an Attraktivität zu gewinnen.

Frühere Arbeiten der Forschungsgruppe boten deutliche Anzeichen dafür, dass sowohl die Determinanten von Direktinvestitionen als auch ihre Auswirkungen zwischen verschiedenen Typen von Direktinvestitionen variieren. Darauf aufbauend wurde ein Forschungsprogramm entwickelt, das auf der Basis von Querschnittsanalysen und vertiefenden Länderstudien die gesamtwirtschaftlichen Wachstumseffekte von Direktinvestitionen auf disaggregierter Ebene genauer untersuchen soll. Das geplante Projekt, das zusammen mit der UNCTAD Division on Investment, Technology and Enterprise Development unterbreitet wurde, verfolgt zwei Ziele: Zum einen soll die Heterogenität von Direktinvestitionen herausgearbeitet werden, indem zwischen unterschiedlichen Motiven der Direktinvestoren und unterschiedlichen Investitionstypen differenziert wird; zum anderen soll die Hypothese überprüft werden, dass die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von den Rahmenbedingungen in den jeweiligen Gastländern, den spezifischen Merkmalen von Direktinvestitionen sowie vom Zusammenspiel dieser Faktoren abhängen. Es wird erwartet, dass dieser Forschungsansatz die unklaren und teilweise widersprüchlichen Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen und gesamtwirtschaftlichem Wachstum aufhellen kann, die für Studien kennzeichnend sind, die hoch aggregierte Investitionsdaten benutzen. Mit Hilfe der disaggregierten Analyse soll der These nachgegangen werden, dass es für die Gastländer erheblich schwieriger ist, aus Direktinvestitionen gesamtwirtschaftlichen Nutzen zu ziehen als diese ins Land zu locken.

Ähnlich wie bei den Direktinvestitionen hat sich der *Zusammenhang zwischen der finanziellen Entwicklungshilfe und dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum* in den Empfängerländern in früheren Untersuchungen häufig als unbestimmt erwiesen. Nach neueren Erkenntnissen könnte die Wirksamkeit von Entwicklungshilfe deutlich verbessert werden, wenn die bilateralen Geber und multilateralen Institutionen ihre Hilfe effizienter verteilen würden; zu begünstigen wären demnach

besonders bedürftige Länder, in denen die institutionellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen eine produktive Verwendung der Entwicklungshilfe gewährleisten. Viele Geber erheben den Anspruch, dass diese Erkenntnis bereits nachhaltigen Einfluss auf ihre Allokationsentscheidungen gehabt hat. Hingegen ergaben sich aus den empirischen Untersuchungen der Forschungsgruppe nur wenig Anzeichen für eine zielgerichtete und damit wirkungsvollere Entwicklungshilfe in der jüngeren Vergangenheit. Die meisten Geber haben es bisher insbesondere versäumt, ihre Hilfe in die Länder umzulenken, die günstige lokale Rahmenbedingungen boten. Die Reaktion der Geber auf veränderte institutionelle und wirtschaftspolitische Bedingungen erwies sich als schwach; dies galt selbst für solche Geber, deren Hilfe häufig als vergleichsweise effektiv beurteilt wird. Die Ergebnisse der Forschungsgruppe widersprachen zudem der verbreiteten Auffassung, dass multilaterale Institutionen ihre Entwicklungshilfe zielgerichteter vergeben als bilaterale Geber.

In einem weiteren Forschungsschwerpunkt wurde die Analyse der *Verteilungseffekte von Strukturreformen in Bolivien* fortgesetzt. Den Ausgangspunkt der Analyse bildeten stark divergierende Wahrnehmungen über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Wirtschaftsforscher und die internationale Gebergemeinschaft haben Bolivien lange Zeit als Erfolgsgeschichte für weitreichende und tiefgreifende Strukturreformen gepriesen. Dagegen wuchs in der bolivianischen Bevölkerung die Unzufriedenheit über die geringen Erfolge bei der Armutsbekämpfung. Diese Unzufriedenheit eskalierte im Jahre 2003 in sozialen Unruhen. Es ist vor allem deshalb schwierig, diese unterschiedlichen Sichtweisen zu beurteilen, weil verlässliche Mikrodaten über Einkommen und Konsumausgaben im ländlichen Raum Boliviens vor 1997 fehlen. Daher wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Göttingen eine neue Mikrosimulationsmethode entwickelt. Auf der Basis von vier Living Standard Measurement Surveys sowie drei Demographic and Health Surveys wurde ein intertemporal vergleichbarer Mikrodatensatz generiert, der die Einkommen für ganz Bolivien für die Jahre 1989, 1994, 1999 und 2002 simuliert. Die simulierten Einkommen wurden dazu herangezogen, die zeitliche Entwicklung der Armut nach soziodemografischen Merkmalen zu zerlegen und die Breitenwirksamkeit des Wirtschaftswachstums mit Hilfe von Wachstumsinzidenzkurven zu beurteilen. Unsere Ergebnisse legen nahe, dass das Wirtschaftswachstum Boliviens zwischen 1989 und 1999 breitenwirksam war, der daraus resultierende Rückgang der Armut aber teilweise durch die starke Rezession zwischen 1999 und 2002 zunichte gemacht wurde. Darüber hinaus haben nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig an den Wohlfahrtsgewinnen partizipiert. Die Armutsunterschiede zwischen (a) städtischen und ländlichen Haushalten, (b) kleinen und großen Haushalten, (c) gebil-

deten und ungebildeten Arbeitern und (d) formalen und informalen Beschäftigten sind in den letzten 20 Jahren signifikant gestiegen.

❍ Industrialisierung und Außenhandel

Schwerpunkte dieser Gruppe (Leiter: Matthias Lücke) bildeten die Entwicklung des multilateralen Handelssystems sowie die Modellierung der Auswirkungen von regionaler Integration und Handelsliberalisierung, insbesondere im Blick auf die Nachbarstaaten der Europäischen Union.

Eine umfassende Studie befasste sich aus der Sicht der Entwicklungsländer mit den Chancen und Risiken der WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) über eine *Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels*: In welchem Umfang ist es für die Entwicklungsländer ratsam, Verpflichtungen zur Liberalisierung ihrer Dienstleistungsimporte nach den Grundsätzen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) einzugehen? Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass Entwicklungsländer vor allem dann von einer Liberalisierung ihrer Dienstleistungsimporte profitieren dürften, wenn dadurch der Wettbewerb auf der Angebotsseite tatsächlich intensiviert wird. Dies wird typischerweise für Produzentendienstleistungen gelten, etwa den inländischen und internationalen Gütertransport, Finanzdienstleistungen und Telekommunikation. Der Abbau von Marktzugangsbarrieren gegenüber Ausländern (auch für ausländische Direktinvestitionen) dürfte in solchen Branchen zu höherer Angebotsqualität oder niedrigeren Preisen führen und dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit nachgelagerter Industrien stärken. Unter diesen Umständen dürfte es vielfach für Entwicklungsländer zweckmäßig sein, sich im GATS-Rahmen zur Importliberalisierung zu verpflichten.

Weniger eindeutig ist die Lage bei Konsumentendienstleistungen, wo das Angebot vielfach einem Netzmonopol unterliegt (Wasser, Energie) oder die Nachfrage nach den Dienstleistungen der Daseinsfürsorge durch Armut begrenzt wird. In solchen Fällen wird oft eine sorgfältig abgestimmte Staatsintervention erforderlich sein, um ein nach Preis, Qualität und Menge gesellschaftlich vertretbares Angebot zu gewährleisten. In solchen Wirtschaftszweigen dürften Verpflichtungen der Entwicklungsländer, einen barrierefreien Marktzugang und ausländischen Anbietern eine Inländerbehandlung nach GATS zu gewährleisten, zumindest keine Priorität genießen. Im Übrigen unterliegen die meisten Dienstleistungsexporte der Entwicklungsländer, einschließlich elektronisch übermittelter Informations- und Kommunikationsdienstleistungen, keinen ausgeprägten Handelsbarrieren seitens importierender Industrieländer. Allerdings können nach dem GATS Dienstleistungsexporte auch durch den zeitweiligen Aufenthalt natürlicher Personen als Dienstleistungserbringer im Konsumland erbracht werden. Falls die

Verhandlungen der Doha-Runde in diesem Sinne zu Erleichterungen bei der temporären Arbeitsmigration aus Entwicklungsländern in Industrieländer führen würden, hätte dies erhebliche Einkommensgewinne der Entwicklungsländer zur Folge.

Der internationale Dienstleistungshandel war zudem Gegenstand von Analysen, die sich einerseits auf die Frage der Einheitlichkeit der EU-Handelspolitik als auch die Frage der Aussagefähigkeit von Wettbewerbsfähigkeitskennziffern wie „revealed comparative advantages“ (RCA) erstreckte. In dem einen Feld wurde verneint, dass die EU-Mitglieder bereits ein einheitliches Protektionsniveau gegenüber Drittländern aufrechterhalten. Die EU ist also noch keine Zollunion im Dienstleistungshandel. Im anderen Fall sind RCA-Messungen in ihrer Aussagekraft stark von der Erbringungsweise bei Dienstleistungen (Handel oder Direktinvestitionen) abhängig.

Eine weitere Studie quantifizierte anhand der Marktanteile von Entwicklungsländern an den US-Bekleidungsimporten die *Auswirkungen von Exporthemmnissen in Entwicklungsländern* wie schlechter physischer Infrastruktur und erschwertem Zugang zu Produzentendienstleistungen. Dazu wurden Informationen aus Unternehmensbefragungen kombiniert mit Schätzungen der Exportsteuer-Äquivalente der Einfuhrquoten nach dem WTO-Abkommen über Textilien und Bekleidung. Es zeigte sich, dass nicht nur die Quoten (wie erwartet), sondern auch Produktionskosten, die Qualität der Infrastruktur und Transportkosten die Exporte deutlich beeinflussten. Insofern kann die Liberalisierung von Infrastruktur- und Transportdienstleistungen in Entwicklungsländern die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exporte erhöhen; immerhin sinkt der Absatzpreis von Entwicklungsländerexporten um durchschnittlich 0,8 Prozent für jeden Tag, um den sich ihre Lieferzeit verkürzt.

Im Rahmen einer Analyse der *Handelseffekte der Anti-Dumping-Maßnahmen der Europäischen Union* wurden für das Jahr 2001 insgesamt 160 derartige Maßnahmen identifiziert, die sich auf Importe aus insgesamt 36 Ländern erstreckten. Mittels ökonometrischer Verfahren wurden diese Handelsströme mit einer Referenzgruppe von 50 weiteren Exporteuren ohne Anti-Dumping-Maßnahmen verglichen. Demnach verloren Exporteure, die von 1 bis 5 EU-Anti-Dumping-Verfahren betroffen waren, bis zu 7 Prozent ihrer potentiellen Exporte in die EU; die am stärksten betroffenen Exporteure (wie China, Indien und Taiwan) büßten über 15 Prozent ein. Diese hohen Schätzwerte lassen vermuten, dass die zunehmende Verbreitung von Anti-Dumping-Maßnahmen die während der letzten Jahrzehnte im GATT/WTO-Rahmen erzielten Liberalisierungsfortschritte unterminiert hat.

Arbeiten zur Modellierung und Quantifizierung der *Auswirkungen von regionaler Integration und Handelsliberalisierung* konzentrierten sich auf *Russland*. Im Vordergrund standen der geplante WTO-Beitritt, regionale Integrationsbestrebungen innerhalb der GUS und ein mögliches bilaterales Abkommen mit der Europäischen Union. Bei der Erstellung eines geeigneten berechenbaren allgemeinen Gleichgewichtsmodells (CGE) für Russland stellte die erforderliche Datenbasis eine besondere Herausforderung dar; in methodischer Hinsicht ging es darum, über CGE-Modelle der ersten Generation (vollständige Konkurrenz mit heterogenen Gütern) hinauszugehen und zunehmende Skalenerträge, unvollständige Konkurrenz und eine dynamische Struktur einzubeziehen. Die Simulationsergebnisse lassen vermuten, dass ein Freihandelsabkommen mit der EU oder eine GUS-Freihandelszone eine erhebliche Handelsliberalisierung mit entsprechenden positiven Wohlfahrtseffekten nach sich ziehen würde. Demgegenüber würde ein WTO-Beitritt – wenn das letzte russische Verhandlungsangebot für Zollbindungen zu Grunde gelegt wird – die russischen Einfuhrbarrieren nur geringfügig verringern; auch für die russischen Exporte wären beim Marktzugang in den Absatzländern nur geringfügige Verbesserungen zu erwarten, da die Masse der Exporte (Energieträger) schon heute niedrigen Zöllen unterliegt.

❍ Humankapital und Wachstum

In der Forschungsgruppe „Humankapital und Wirtschaftswachstum“ (Leiter: Erich Gundlach) wurde das mikroökonomische Forschungsprojekt *Bildungsinstitutionen und Schülerleistung* in Zusammenarbeit mit dem Ifo-Institut München abgeschlossen. Insgesamt gesehen hat das Projekt dazu beigetragen, den Stand der Forschung hinsichtlich des *Einflusses der schulischen Institutionen auf die Schülerleistung* zu verbessern. Im theoretischen Teil des Projekts wurde erstmals ein Modell entwickelt, das den Einfluss verschiedener schulischer Institutionen auf die Schülerleistung abbilden kann. Im empirischen Teil des Projekts konnte ein theoretisch begründeter Zusammenhang zwischen schulischen Institutionen und Schülerleistung nicht verworfen werden. Demnach beeinflussen schulische Institutionen wie etwa zentrale Prüfungen, die Verteilung von Verantwortlichkeiten zwischen Schulen und Schulverwaltung, der Einfluss von Eltern und Lehrern auf schulische Maßnahmen oder das Nebeneinander von privaten und staatlichen Schulen die durchschnittliche Schülerleistung, und zwar in einer aus dem entwickelten Modell vorhersehbaren Weise und in einem quantitativ bedeutsamen Umfang. Dieses Ergebnis bietet eine alternative Perspektive für die aktuellen Debatten zur Reform des Bildungssystems, die bislang überwiegend auf eine Diskussion zusätzlicher Bildungsausgaben fokussiert sind.

Die makroökonomische Forschung der Gruppe konzentrierte sich auf die Frage, ob internationale Einkommensunterschiede ganz überwiegend mit internationalen Unterschieden in den institutionellen Rahmenbedingungen eines Landes erklärt werden können, so wie das in einer Reihe von aktuellen Studien berichtet wird, oder ob nicht auch andere Faktoren, wie etwa die *Verbreitung spezifischer Tropenkrankheiten*, erklären können, weshalb die meisten armen Länder in der Nähe des Äquators liegen. Die *Bekämpfung von Malaria* ist beispielsweise in tropischen Ländern und insbesondere in Afrika südlich der Sahara ungleich schwieriger als in Regionen mit moderaten klimatischen Bedingungen, weil es sich in der Regel dort um für den Menschen gefährlichere Malariaerreger sowie um robustere und stärker auf Menschen spezialisierte Malariaüberträger handelt. Deshalb wurde anhand von Länderquerschnittsdaten untersucht, ob neben den institutionellen Rahmenbedingungen auch das Vorkommen von Malaria einen statistisch signifikanten und quantitativ relevanten negativen Einfluss auf das Entwicklungsniveau eines Landes hat. Die empirischen Ergebnisse der Studie belegen zunächst, dass die meisten der in der Literatur diskutierten Befunde nicht robust sind gegenüber alternativen Stichproben, Spezifizierungen und Instrumentierungen. Darüber hinaus erscheint es insgesamt gesehen schwierig, den unabhängigen Einfluss der beiden endogen Variablen „Institutionen“ und „Malaria“ auf das Entwicklungsniveau empirisch zu bestimmen, weil es zumindest derzeit an unabhängigen Instrumentvariablen mangelt. Festzuhalten bleibt aber, dass selbst dann, wenn ein substantieller Einfluss der Variablen „Institutionen“ als gegeben betrachtet wird, aus statistischer Sicht nicht verworfen werden kann, dass die Variable „Malaria“ einen bedeutenden eigenen negativen Einfluss auf das Entwicklungsniveau eines Landes hat. Dieser Befund steht somit im Gegensatz zu den Ergebnissen verschiedener Studien, in denen der Primat der institutionellen Rahmenbedingungen betont wird. Gleichzeitig stützt der Befund Thesen zu den Ursachen des Entwicklungsrückstands vieler tropischer Länder, wie sie in letzter Zeit insbesondere von Jeffrey Sachs vertreten wurden.

Im Zusammenhang mit der Suche nach weiteren wichtigen Determinanten von Wachstum und Entwicklung stellt sich auch die Frage, ob die schlechten institutionellen Rahmenbedingungen in manchen Ländern nicht Ursache, sondern zumindest zum Teil auch Folge der Armut sein könnten. In Kooperation mit einer Teilnehmerin des Advanced Studies Program wurde deshalb ein Forschungsprojekt begonnen, in dem geprüft werden soll, ob relativ arme Länder nur deshalb bei verschiedenen Indikatoren der institutionellen Rahmenbedingungen schlecht abschneiden, weil sie arm sind. Im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Weltentwicklungsziele (Global Millennium Goals) der Vereinten Nationen ist beispielsweise jüngst die These aufgestellt worden, dass viele Länder in Afrika südlich der Sahara keineswegs im Durchschnitt schlechtere institutionelle Rah-

menbedingungen aufweisen würden als andere Entwicklungsländer, wenn nur bei diesem Vergleich die jeweiligen Einkommensunterschiede angemessen berücksichtigt würden. Im Wesentlichen geht es bei diesem Projekt darum zu prüfen, ob sich die Hypothese einer *einkommensabhängigen Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen* gegenüber alternativen statistischen Verfahren als robust erweist. Falls diese Hypothese zutrifft, soll in einem weiteren Schritt versucht werden, andere wichtige Faktoren statistisch zu identifizieren, die Wachstum und Entwicklung einer Volkswirtschaft nachhaltig beeinflussen können.

- Stabilität und Strukturanpassung

Von dieser Forschungsgruppe (Leiter: Rainer Schweickert) wurden Arbeiten zur Geldpolitik in Schwellenländern, zur europäischen Integration aus der Perspektive der neuen Mitglieds- und Nachbarländer der EU und zur Strukturanpassung in Niedrigeinkommensländern durchgeführt. Zur *Geldpolitik in Schwellenländern* wurde die Forschung zu der Frage, welche Rolle der (reale) Wechselkurs bei der Definition der Geldpolitik in Ländern mit flexiblem Wechselkursregime tatsächlich spielt bzw. spielen sollte, fortgesetzt. In empirischen Untersuchungen wurde nachgewiesen, dass der Wechselkurs auch in Ländern, die zu frei flexiblen Wechselkursen übergegangen sind und offiziell Inflation Targeting praktizieren, eine bedeutende Rolle bei der Definition der Geldpolitik spielt. Dazu wurden auf Basis der generalisierten Reaktionsfunktion der Zentralbank die Zinspolitiken lateinamerikanischer, europäischer und asiatischer Schwellenländer mit Hilfe von vektor-autoregressiven Modellen untersucht. Unterstützt durch ein DAAD-Stipendium zur Teilnahme am PhD-Gastprogramm der Universidad Pompeu Fabra in Barcelona sollen in einem theoretischen Ansatz strukturelle Eigenschaften von Schwellenländern in ein dynamisches (NOEM-)Makromodell eingeführt werden, um so alternative monetäre Strategien zu simulieren.

Zur *europäischen Integration aus der Perspektive der neuen Mitglieds- und Nachbarländer der EU* wurde in Zusammenarbeit mit den Forschungsgruppen „Industrialisierung und Außenhandel“ sowie „Internationale Konjunktur“ die monetäre Integration der neuen EU-Mitgliedsländer nach der EU-Erweiterung analysiert. Es konnte gezeigt werden, dass die neuen Mitgliedsländer bereits erhebliche Fortschritte auf ihrem Weg in die Währungsunion gemacht haben. Auch die Befürchtung, das gleichzeitige Verfolgen von Inflations- und Wechselkurszielen im EWS II sei aufgrund wachstumsbedingter Aufwertung nicht möglich, erweist sich als unbegründet. Von den im Übergang zur Währungsunion verfolgten Wechselkursstrategien sind insbesondere die Ecklösungen erfolgreich. Die Beispiele Estland, Litauen und Bulgarien (Currency Boards) sowie Polen, Tschechische Republik und Ungarn (Inflation Targeting) zeigen, dass die Ein-

führung solcher Ecklösungen für die Wechselkurspolitik hilfreich sein kann, eine konsistente makroökonomische Strategie zu formulieren und durchzuhalten. Dies ist einer der Gründe dafür, dass von einem Beitritt zur Europäischen Währungsunion (EWU) letztlich keine zusätzlichen positiven Wirkungen zu erwarten sind. Für die alten Mitgliedsländer lässt sich nur schwer nachweisen, dass infolge der Bildung der EWU die Handelsströme signifikant gestiegen oder die langfristigen Zinsen gesunken sind. Wenn überhaupt, so wurden die Vorteile der monetären Integration schon im Vorfeld realisiert. Für die neuen Mitgliedsländer besteht der wesentliche Vorteil einer weiteren monetären Integration somit darin, die durch nationale Anstrengungen erreichte Stabilisierung abzusichern.

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Politische Wissenschaft an der Kieler Universität wurde im Rahmen einer vergleichenden Indikatoranalyse der Frage nachgegangen, *wie weit die südosteuropäischen Nachbarländer der EU in institutioneller Hinsicht noch von der EU entfernt sind.* Die Auswertung der Governance-Indikatoren der Weltbank ergab einen eindeutigen Rückstand der institutionellen Entwicklung in den osteuropäischen und noch deutlicher in den südosteuropäischen Ländern verglichen mit dem Standard, der von den westeuropäischen Ländern gesetzt wird. Dabei sind mit Ausnahme der Türkei grundsätzlich die legislativen Institutionen besser ausgebildet als die administrativen und judikativen. Dies weist auf Fortschritte in der Gesetzgebung und deutliche Rückstände bei der Umsetzung hin. Insgesamt ist die institutionelle Entwicklung in Bulgarien und Kroatien deutlich besser als in Rumänien und in der Türkei, die insbesondere bei den politischen und bürgerlichen Rechten relativ schlecht abschneidet. Ohne entscheidende Fortschritte bei den aktuellen und bei zukünftigen Beitrittsländern wird ein erhebliches institutionelles Gefälle innerhalb der EU entstehen. Für das Zusammenwachsen Europas, für die Kosten des politischen Einigungsprozesses und für die Perspektiven eines aufholenden Wachstums ergeben sich hieraus starke Belastungen. Der europäische Vergleich der Governance-Indikatoren liefert somit Argumente für ein vorsichtigeres Vorgehen beim Erweiterungsprozess.

Im Schwerpunkt *Strukturreformen in Niedrigeinkommensländern* nahm die Forschungsgruppe außerdem an einer von der Weltbank initiierten vergleichenden Länderstudie zu den Aussichten für armutsreduzierendes Wachstum teil. In Zusammenarbeit mit der Universität Göttingen sowie den Forschungsgruppen „Internationale Kapitalbewegungen“ und „Natürliche Ressourcen“ wurde im Rahmen dieses Forschungsprojekts eine Fallstudie für Bolivien durchgeführt. Unter Verwendung eines berechenbaren allgemeinen Gleichgewichtsmodells wurden dabei verschiedene Szenarien für die Entwicklung von Wachstum, Einkommensverteilung und Armut herausgearbeitet. Als wesentliches Ergebnis stellte sich heraus, dass in den städtischen Gebieten Boliviens nach Überwindung

der gegenwärtigen Rezession ein höheres Wachstum als in den 1990er Jahren und, damit verbunden, eine deutliche Verringerung der Armut möglich erscheint. Vorraussetzung hierfür ist allerdings, dass sich die geplanten Gasexporte, die derzeit aufgrund politischer Widerstände zum Teil gefährdet sind, realisieren lassen und dass auch die noch ausstehenden Reformen im Bereich des städtischen Arbeitsmarktes und des Steuersystems umgesetzt werden. Pessimistischer einzuschätzen ist die Lage für den ländlichen Raum, wo regelmäßig wiederkehrende externe Schocks eine positive Entwicklung erschweren und zudem spezifische wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Bereitstellung von Infrastruktur oder die Erleichterung des Kreditzugangs für Kleinbauern zumindest kurz- bis mittelfristig nur eingeschränkt wirksam sind.

Fortgeführt wurde in diesem Schwerpunkt die Forschung zu den *Ursachen der wirtschaftlichen Stagnation Afrikas südlich der Sahara.* Nachdem in früheren Arbeiten bereits gezeigt werden konnte, dass die weit verbreitete Diskriminierung der Landwirtschaft sich nachteilig auf die Ökonomien der Region ausgewirkt hat, wurden noch zwei weitere zentrale Entwicklungshemmnisse analysiert. Dabei handelt es sich zum einen um die institutionellen Rahmenbedingungen, deren Qualität – abgesehen von wenigen Ausnahmen wie Botswana und Mauritius – deutlich unter dem internationalen Durchschnitt liegt. Zum anderen spielen in den tropischen Ländern Afrikas südlich der Sahara geographische Nachteile – insbesondere eine geringe Bodenfruchtbarkeit und eine hohe Anfälligkeit gegenüber Krankheiten wie Malaria – eine wichtige Rolle. Beide Faktoren lassen sich nicht so direkt wie etwa die Agrarpolitik beeinflussen, sollten aber dennoch nicht als unabänderlich angesehen werden. So gibt es zum Beispiel Anhaltspunkte dafür, dass auch in Afrika so etwas wie eine „grüne Revolution“ möglich wäre, wenn Forschungsanstrengungen eng an die Probleme einzelner Standorte angepasst würden.

7. Konjunktur

Die Forschungsabteilung „Konjunktur“, die von Joachim Scheide geleitet wird, analysiert und prognostiziert die konjunkturelle Entwicklung in der Weltwirtschaft. Den Schwerpunkt bildet dabei die Diagnose für Deutschland, für den Euroraum und für die übrigen Industrieländer. Darüber hinaus werden in der Abteilung verschiedene Strategien der makroökonomischen Politik daraufhin untersucht, inwieweit sie das Wachstum und die Preisniveaustabilität fördern und zur Stabilisierung der Konjunktur beitragen.

Die Fortentwicklung der theoretischen Grundlagen für die Konjunkturforschung ist ein zentrales Anliegen; hinzu kommt die laufende Überprüfung und Verbesserung des empirischen Instrumentariums der Konjunkturanalyse, insbesondere durch den Einsatz moderner ökonometrischer Prognoseverfahren. Für die Konjunkturforschung und für die Analyse der öffentlichen Finanzen unterhält die Abteilung umfangreiche Datenbanken, die unter Hinzuziehung nationaler und internationaler, amtlicher und nichtamtlicher Quellen ständig aktualisiert werden.

Von der Abteilung werden vierteljährlich Konjunkturprognosen erstellt und in der Zeitschrift „Die Weltwirtschaft“ veröffentlicht. Darüber hinaus werden Aufsätze über Spezialthemen zu Aspekten der Konjunktur und der Wirtschaftspolitik publiziert. Im Frühjahr und im Herbst setzt die Abteilung jeweils besondere analytische Schwerpunkte aus weltwirtschaftlicher Sicht und im Hinblick auf die konjunkturelle Lage und die Wirtschaftspolitik im Euroraum. Die thematische Akzentuierung erfolgt auch aus Anlass der traditionellen Kieler Konjunkturgespräche, bei denen in- und ausländische Experten die konjunkturellen Perspektiven der Weltwirtschaft und aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik diskutieren. Ebenfalls im Frühjahr und im Herbst werden zusätzlich detaillierte Prognosen als Vorbereitung auf die Gemeinschaftsdiagnose der Konjunktur erarbeitet, die die sechs großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute im halbjährlichen Rhythmus im Auftrag der Bundesregierung vornehmen. Das gemeinschaftliche Gutachten, das neben der Prognose auch wirtschaftspolitische Empfehlungen enthält, wird regelmäßig der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Analyse der Wirtschaftspolitik und der Konjunktur im Euroraum spielt eine zentrale Rolle. Dabei arbeitet die Abteilung im Rahmen eines internationalen Netzwerks mit acht weiteren europäischen Wirtschaftsforschungsinstituten zusammen (CPB, Den Haag; DIW, Berlin; ESRI, Dublin; ETLA, Helsinki; NIESR, London; OFCE, Paris; Prometeia, Bologna; Wifo, Wien). Diese Gruppe mit dem Namen EUROFRAME erstellt gemeinsam Berichte zur Konjunkturlage in der Europäischen Union und kooperiert auch auf anderen Gebieten der makroökonomischen Forschung. Ferner ist die Abteilung regelmäßig auf den Konferenzen der Association d’Instituts Européens de Conjoncture Economique (AIECE) vertreten, einem großen Netzwerk europäischer Wirtschaftsforschungsinstitute.

❍ Grundlagen der Konjunkturforschung

Ein zentrales Thema für die Arbeit der Forschungsgruppe (Leiter: Kai Carstensen) war die Analyse und Nutzbarmachung von Echtzeitdaten, aufgegliedert in drei Projekte. Als Echtzeitdaten werden die zu einem bestimmten Zeitpunkt tatsächlich verfügbaren Daten bezeichnet. Zu einem späteren Zeitpunkt verfügbare Daten unterscheiden sich von Echtzeitdaten durch Revisionen und Korrekturen.

Daher sind insbesondere aktuelle, unrevidierte Echtzeitdaten mit Unsicherheit behaftet.

Im ersten Projekt wird an einem *ökonometrischen Modell zur Beschreibung der Revisionen von Echtzeitdaten* gearbeitet, um statistisch abgesicherte Kennzahlen des Revisionsprozesses zu erhalten. Zum einen würde dies ermöglichen, den Revisionsprozess zwischen verschiedenen Variablen und in unterschiedlichen Ländern zu vergleichen. Zum anderen könnten die Ergebnisse dazu verwendet werden, die spezifische Unsicherheit früher Veröffentlichungen in Prognosen oder in Echtzeitanalysen von Entscheidungsträgern zu berücksichtigen.

Im zweiten Projekt wurde ein *Indikator für Echtzeitprognosen* deutscher Variablen implementiert. Der Indikator extrahiert mit Hilfe eines Faktormodells relevante Information aus einer sehr großen Zahl von wichtigen Variablen und wird dann für ein einfaches Prognosemodell verwendet. Aufgrund der halbautomatischen Implementierung können im Prinzip täglich neue Prognosen mit relativ geringem Aufwand erstellt werden. Die Prognosegüte muss allerdings erst noch geprüft werden.

Im dritten Projekt wurde damit begonnen, einen *Echtzeitdatensatz der deutschen Fiskalpolitik* zu erstellen, um die fiskalischen Entscheidungsprozesse und insbesondere die Fiskalprognosen hinsichtlich ihrer Effizienz und Genauigkeit zu untersuchen. So stellen sich beispielsweise die Fragen, ob die Prognosen immer alle verfügbaren Informationen nutzen und ob systematische Prognosefehler zu beobachten sind, beispielsweise weil Budgetdefizite oder die konjunkturelle Entwicklung systematisch falsch eingeschätzt wurden.

Ein Projekt zu den *öffentlichen Investitionen in OECD-Ländern* wurde fortgesetzt. In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wird seit Ende der achtziger Jahre vermehrt debattiert, wie produktiv der öffentliche Kapitalstock ist. Bislang waren empirische Studien auf wenige Länder beschränkt, für die es offizielle Kapitalstockschätzungen gibt. Im Rahmen des Projekts wurden international vergleichbare Schätzungen des öffentlichen Kapitalstocks für 22 OECD-Länder für den Zeitraum 1960–2001 durchgeführt. Mit Hilfe dieser Daten wurde die Produktivität des öffentlichen Kapitalstocks mit verschiedenen ökonometrischen Schätzverfahren untersucht. Die auf Basis von Eingleichungsmodellen (Produktionsfunktionen) und von kointegrierten vektorautoregressiven Modellen gewonnenen Schätzergebnisse verdeutlichen, dass vom öffentlichen Kapitalstock in der Mehrheit der untersuchten OECD-Länder statistisch signifikante positive Effekte auf das Einkommen ausgehen. Im Auftrag der Europäischen Investitionsbank wird nun in Fortsetzung des Projekts untersucht, ob es in den Ländern der Europäischen Union Lücken in der Ausstattung mit öffentlichem Kapital gibt.

Eine Arbeit zur *Effizienzsteigerung von Einheitswurzeltests in kleinen Stichproben* wurde weitgehend abgeschlossen. Es ist in der Literatur bekannt, dass die Güte von Einheitswurzeltests stark von einer nicht überprüfbaren Annahme bezüglich der ersten Beobachtung einer Stichprobe abhängt. Mit Hilfe der exakten Verteilung der Teststatistiken konnte das Ausmaß des Güteverlustes in kleinen Stichproben untersucht und eine Methode zur Güteverbesserung vorgestellt werden.

Eine erneute Untersuchung der Auswirkungen der geldpolitischen Strategierevision vom Mai 2003 auf die *Reaktionsfunktion der Europäischen Zentralbank* (EZB) ergab, dass eine statistisch abgesicherte Änderung des tatsächlichen Verhaltens der EZB nicht beobachtbar ist. Tests auf Stabilität der Reaktionsfunktion konnten keinen signifikanten Strukturbruch feststellen unabhängig davon, ob die Funktion mit Hilfe von Echtzeitdaten oder mit revidierten Daten geschätzt wird.

❍ Deutsche Konjunktur

Die Forschungsgruppe (Leiter: Carsten-Patrick Meier) befasste sich mit der *Analyse und Prognose der Konjunktur in Deutschland*. Im Jahr 2004 setzte sich die Erholung der Konjunktur in Deutschland, die im Sommer des vorangegangenen Jahres eingesetzt hatte, fort. Die Impulse kamen zum überwiegenden Teil aus dem Ausland. Trotz der starken Aufwertung des Euro in den beiden Vorjahren nahm die Auslandsnachfrage in der ersten Jahreshälfte sehr rasch zu. Maßgeblich hierfür war der kräftige Aufschwung der Weltwirtschaft, insbesondere in den Vereinigten Staaten und in Asien. Als die Anregungen von dieser Seite in der zweiten Hälfte des Jahres nachließen, verlangsamte sich das konjunkturelle Fahrtempo in Deutschland wieder. Die Binnennachfrage war in der ersten Jahreshälfte rückläufig; später erholte sie sich etwas, ihr Anstieg vermochte aber den Rückgang der Auslandsnachfrage nur teilweise auszugleichen. Die Schwäche der Binnennachfrage war nicht zuletzt Reflex des geringen Wachstums des Produktionspotentials in Deutschland, infolgedessen die längerfristigen Einkommenserwartungen der privaten Haushalte gedämpft sind. Außerdem wurden die Verbraucher durch die weiterhin ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt verunsichert. Vor diesem Hintergrund ging die Senkung der Einkommenssteuer nicht mit der vielfach erhofften Beschleunigung der Binnennachfrage einher.

Verbessert wurde das *Prognosemodell für die deutschen Exporte*. Um der – nicht zuletzt aufgrund der Erweiterung der Europäischen Union – zunehmenden Bedeutung Osteuropas sowie dem hohen Wachstum in Asien Rechnung zu tragen, wurde das Modell erweitert. Die für Deutschland relevante Konjunktur im Ausland wird nunmehr durch 30 Länder approximiert. Zu den bisher berücksichtigten 18 Industrieländern kamen die 8 neuen mittel- und osteuropäischen Mit-

gliedsstaaten der Europäischen Union, Russland und die asiatischen Volkswirtschaften von China, Taiwan und Südkorea hinzu. Die einzelnen Produktionsindizes werden mit dem jeweiligen Anteil am deutschen Exporthandel gewichtet und in einem Index zusammengefasst. Dabei werden nunmehr zeitvariable Gewichte für die einzelnen Länder verwendet. Die Konsistenz der Prognose für die Industrieproduktion der 30 Handelspartner mit der Prognose für das Bruttoinlandsprodukt für diese Länder wird durch einzeln angepasste Schätzgleichungen sichergestellt.

Vor dem Hintergrund der deutlichen Aufwertung des Euro seit 2002 wurden die *Auswirkungen von Wechselkursänderungen auf die deutsche Konjunktur* mit einem neuen Modellansatz untersucht, der es erlaubt, Rückwirkungen zwischen Deutschland und dem übrigen Euroraum, zwischen Exporten und Importen und sowie direkte Einflüsse des Wechselkurses auf die Binnennachfrage zu berücksichtigen. Dazu wurde ein kleines strukturelles makroökonometrisches Modell der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage im Euroraum entwickelt, wobei der Euroraum analytisch in zwei Regionen unterteilt wurde, Deutschland und übriger Euroraum. Die wesentlichen Gleichungen des Modells wurden jeweils für die beiden Regionen getrennt spezifiziert und geschätzt, wobei insbesondere die unterschiedlichen Handelsverflechtungen der beiden Regionen und deren Auswirkungen auf die „regionalen“ effektiven Wechselkurse und ausländischen Konjunkturimpulse berücksichtigt wurden. Die Modellanalyse ergab, dass Deutschland stärker von einer effektiven Aufwertung des Euro betroffen ist als der übrige Euroraum. Eine dauerhafte Aufwertung um 10 Prozent verringert die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im ersten Jahr nach der Aufwertung in Deutschland um 0,8 Prozentpunkte, im übrigen Euroraum nur um 0,4 Prozentpunkte. Die geschätzten Auswirkungen sind damit etwas niedriger als in vergleichbaren Studien, auch wegen eines direkten Terms-of-Trade-Effekts auf die Binnennachfrage.

Sowohl in der wirtschaftspolitischen Diskussion als auch in der theoretischen Analyse findet das Arbeitsvolumen, also die Zahl der im Inland insgesamt geleisteten Arbeitsstunden zunehmend Beachtung. Aufgrund der zunehmenden Heterogenität der Arbeitskontrakte, insbesondere als Folge des steigenden Anteils an Teilzeitstellen, hat die zur Ermittlung des Arbeitseinsatzes traditionell im Vordergrund stehende Zahl der Erwerbstätigen an Bedeutung verloren. Vor diesem Hintergrund wurde mittels empirischer Methoden untersucht, ob sich die *Entwicklung des Arbeitsvolumens in Deutschland* durch die Lohnentwicklung erklären lässt. Dabei wurden drei Definitionen verwendet. Zunächst wurde die „Lohnzurückhaltung“ berechnet als Differenz zwischen der Zuwachsrate des Nettoinlandsprodukts und der Zuwachsrate des Arbeitnehmerentgelts je Stunde. Alternativ wurde diese Variable als Differenz zwischen der Zuwachsrate des

Nettoinlandsprodukts und der Zuwachsrate der Tarifverdienste mit und ohne Berücksichtigung der Lohnnebenkosten definiert. Regressionen auf Basis aller Definitionen ergaben einen positiven Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und der Zuwachsrate des Arbeitsvolumens. Dabei ist der Effekt der Lohnzurückhaltung auf Basis der Tarifverdienste kleiner als auf Basis der Effektivverdienste. Dies weist darauf hin, dass ein Teil der Tariflohnzurückhaltung durch die induzierte Lohndrift neutralisiert wird.

Vor dem Hintergrund einer annähernden Stagnation des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in den Jahren 2001–2003 stellte sich die Frage, ob es sich dabei vorwiegend um ein kurzfristiges, konjunkturelles Phänomen handelt oder ob die Ursache vorwiegend darin liegt, dass das Produktionspotential langsamer gewachsen ist. Ausgangspunkt der *Untersuchung der Wachstumsrate des Produktionspotentials in Deutschland* war eine Aufspaltung des realen Bruttoinlandsprodukts in die Komponenten „Produktion pro Stunde“ (Arbeitsproduktivität) und „Arbeitsvolumen“. Letzteres wurde wiederum in die Komponenten „geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen“, „Beschäftigungsquote“ (Verhältnis aus Erwerbstätigen und Erwerbspersonen), „Erwerbsbeteiligung“ sowie „Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter“ zerlegt. Mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters wurden die zyklisch bereinigten Werte für jede Komponente mit Ausnahme der „Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter“ ermittelt. Die Summe der daraufhin berechneten Wachstumsraten ergab die Wachstumsrate des Produktionspotentials. Auf Basis dieser Berechnungen zeigte sich ein Rückgang der Potentialrate von 2,0 Prozent im Jahr 1994 auf 1,2 Prozent im Jahr 2003. Während das niedrige Niveau der Rate insbesondere auf die konstant negative Zuwachsrate des Arbeitsvolumens zurückzuführen ist, resultiert der Rückgang vor allem aus dem Rückgang der Arbeitsproduktivität. Die negativen Zuwachsraten des Arbeitsvolumens lassen sich vor allem mit der Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen erklären, die seit Jahren kontinuierlich zurückgegangen sind. Die Abschwächung des Produktivitätswachstums resultiert vor allem aus der gesunkenen totalen Faktorproduktivität. In diesem Zusammenhang spielen insbesondere die Akkumulation von Humankapital, die institutionelle Ausgestaltung der Arbeits- und Gütermärkte sowie Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien eine Rolle. Im Hinblick auf die nächsten Jahre werden verschiedene Komponenten der „Agenda 2010“ dazu beitragen, das Arbeitsangebot zu erhöhen. Es ist allerdings zu erwarten, dass der Einfluss auf die Arbeitsnachfrage nicht entsprechend stark sein wird. Ein kritischer Wert wird die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen sein. Zwar ist bei den Vollzeitbeschäftigten ein Anstieg der Arbeitszeit zu erwarten. Gleichzeitig wird jedoch der Anteil der Teilzeitbeschäftigten weiter zunehmen. Die erwerbsfähige Bevölkerung wird nach einem mittleren Szenario zunächst voraussichtlich weiter

sinken. Alles in allem wird das Potentialwachstum bis zum Ende des Jahrzehnts voraussichtlich weiter bei etwa 1 Prozent liegen.

❍ Internationale Konjunktur

Diese Forschungsgruppe (Leiter: Klaus-Jürgen Gern) beschäftigte sich vor allem mit der *Analyse der Konjunktur in den Industrieländern*. Darüber hinaus wurde die wirtschaftliche Entwicklung in einer Anzahl von Schwellenländern in Asien und Lateinamerika sowie in den Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas untersucht. Verstärkte Aufmerksamkeit wurde außerdem der Analyse und Prognose der Weltrohstoffmärkte im Rahmen der Rohstoffgruppe der AIECE (Association d'Instituts Européens de Conjoncture Economique) gewidmet. Die Untersuchungen zeigten, dass die Weltwirtschaft in den ersten Monaten des Jahres 2004 weiter sehr kräftig expandierte, im weiteren Verlauf des Jahres aber an Schwung verlor. Ein Faktor war das Nachlassen wirtschaftlicher Impulse in den USA und die verstärkten Bemühungen, die wirtschaftliche Expansion in China zu dämpfen, wo sich die Konjunktur in einem ausgeprägten Boom befindet. Dämpfend wirkte darüber hinaus der Anstieg der Rohstoffpreise. So stiegen die Rohölpreise beschleunigt und erreichten immer neue Höchstmarken.

Angesichts dieser Entwicklung bildete die Abschätzung der *Auswirkungen des starken Anstiegs der Ölpreise* einen Schwerpunkt der Konjunkturanalyse. Ausgegangen wurde von einer Analyse der Marktsituation, die zum Ergebnis hatte, dass sich die Ölpreise vermutlich für längere Zeit auf einem deutlich höheren als dem bis in das Jahr 2004 allgemein zugrunde gelegten Niveau bewegen dürften. Über theoretische Überlegungen zu den Wirkungen eines Preisanstiegs vor allem auf Öl importierende und Öl exportierende Länder hinaus wurden quantitative Schätzungen der Auswirkungen auf Produktion und Inflation der Literatur entnommen und verglichen. Im Ergebnis stand das Urteil, dass ein Ölpreisanstieg in der beobachteten (und für die Prognose unterstellten) Größenordnung für sich genommen zwar spürbar ist, nicht zuletzt in vielen Schwellenländern, aber nicht so gravierend, dass die Weltwirtschaft deshalb in eine Rezession geraten würde. Eine ausgeprägte geldpolitische Restriktion, die nach früheren Ölpreisschüben zu einer solchen Entwicklung beigetragen hatte, ist angesichts der nahezu unveränderlich geringen Inflationserwartungen derzeit nicht wahrscheinlich.

Sorgen um die Nachhaltigkeit der weltwirtschaftlichen Expansion werden weiterhin durch das hohe und zunehmende Defizit in der Leistungsbilanz der USA genährt. Vor diesem Hintergrund wurden die *Bestimmungsgründe der Entwicklung der US-Leistungsbilanz* untersucht. Es wurde in einem ökonometrischen Ansatz gezeigt, dass die Wachstumsdifferenz zwischen den USA und den übrigen Industrieländern sowie der reale effektive Wechselkurs des Dollars bereits

ausreichen, um die Leistungsbilanzentwicklung der vergangenen 25 Jahre hinreichend gut zu erklären. Die ermittelte Langfristbeziehung impliziert, dass es erheblicher Veränderungen entweder des realen Wechselkurses oder des Wachstumsgefälles zwischen den USA und den übrigen Industrieländern bedarf, um das außenwirtschaftliche Defizit der USA nennenswert zu senken. Entsprechend würde eine Anpassung in der US-Leistungsbilanz wahrscheinlich mit erheblichen Auswirkungen auf die Weltkonjunktur einhergehen.

In der jüngeren Vergangenheit wurde verschiedentlich auf die Gefahr einer deflationären Entwicklung in großen Industrieländern wie den Vereinigten Staaten oder Deutschland hingewiesen. Zwar ist diese Sorge angesichts der allgemeinen Belebung der Weltkonjunktur und stark gestiegener Rohstoffpreise zunächst wieder in den Hintergrund getreten. Dennoch bleibt es lohnend zu untersuchen, inwieweit das Einsetzen eines deflationären Prozesses prognostizierbar ist. Vor diesem Hintergrund wurde analysiert, ob die *Deflation in Japan* hätte vorhergesehen werden können, was die Möglichkeiten erhöht hätte, den Rückgang des Preisniveaus mit geeigneten Maßnahmen zu verhindern. In einem ersten Schritt wurde die Prognosegüte einiger Variablen in verschiedenen Spezifikationen mit der eines einfachen autoregressiven Modells verglichen. Danach wurde ein dynamisches simultanes Modell geschätzt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Deflation sehr schwer vorherzusehen war, dies nicht so sehr, weil es zu einem Bruch in der Prognosegüte der Variablen gekommen war, sondern vor allem deshalb, weil der Informationsgehalt der meisten als Indikator für die zukünftige Preisentwicklung benutzten Variablen sowohl vor als auch nach dem Platzen der Blase an den Vermögensmärkten in Japan gering war. Ausnahmen sind lediglich Finanzmarktvariablen wie das Kreditvolumen und die Preiskomponente für Unterkunft.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Forschungsgruppe blieb die *Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum*. Dabei wurde die Kooperation mit anderen europäischen Forschungsinstituten fortgesetzt und in Vorbereitung des Projekts einer gemeinsamen Konjunkturprognose im Rahmen eines European Forecasting Networks intensiviert. Das Projekt des in Zusammenarbeit entwickelten Konjunkturindikators für den Euroraum, der den Produktionsanstieg bis zu zwei Quartale über die jeweils vorliegenden amtlichen Zahlen hinaus abzuschätzen erlaubt, wurde fortgeführt. Die Analyse der Geldpolitik nahm ebenfalls breiten Raum ein. Sie wurde unter Verwendung verschiedener Maßstäbe als deutlich anregend charakterisiert, eine Ausrichtung, die auch als angemessen eingeschätzt wurde. Angesichts der starken Aufwertung des Euro bis zum Frühjahr wurde die Frage analysiert, ob die EZB mit Devisenmarktinterventionen eingreifen sollte. Die empirische Evidenz zeigt, dass Interventionen in der Regel nicht erfolgreich sind, wenn es darum geht, den Trend einer Wechselkursentwicklung zu beeinflussen. Dies gilt insbesondere für sterilisierte Interventionen. Während nicht

sterilisierte Interventionen prinzipiell Wirkung entfalten können, so sind sie doch problematisch, weil es zum Konflikt mit dem Ziel der Preisniveaustabilität kommen kann. Der EZB ist demzufolge Zurückhaltung bei Devisenmarktinterventionen angeraten, zumal aus einer quantitativen Abschätzung mit Hilfe eines kleinen makroökonometrischen Modells hervorgeht, dass der Effekt einer Euroaufwertung nicht so groß ist wie vielfach unterstellt.

Die Analyse der Finanzpolitik im Euroraum stand weiterhin im Zeichen der Diskussion um den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Dabei wurde zum einen festgestellt, dass die Probleme einiger Länder bei der Einhaltung der Defizitgrenze von 3 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt nicht aus einem Konstruktionsfehler im Vertrag, sondern aus einer nicht ausreichend konsolidierungsorientierten Politik in der Vergangenheit resultieren. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass nicht die schwache Konjunktur für das Verletzen der Defizitregeln in verschiedenen Ländern maßgeblich war, sondern die Tatsache, dass das strukturelle Defizit entgegen den Absichten seit Ende der 1990er Jahre nicht zurückgeführt, sondern im Gegenteil angestiegen ist. Sollte der Stabilitäts- und Wachstumspakt seine bindende Rolle endgültig verlieren, hätte dies gravierende Nachteile, nicht zuletzt weil die Anreize für die neuen Mitgliedsländer, die Konvergenzkriterien zu erfüllen, stark vermindert würden.

Die neuen Mitgliedsländer der EU streben an, früher oder später den Euro einzuführen; drei Länder – Estland, Litauen und Slowenien – sind bereits dem EWS II beigetreten und haben so eine Voraussetzung zum Beitritt zur Währungsgemeinschaft erfüllt. In Zusammenarbeit mit der Abteilung IV wurde die *Problematik der monetären Integration der neuen Mitgliedsländer* untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die möglichen ökonomischen Gewinne einer Euroeinführung vor allem darin bestehen, dass Glaubwürdigkeit importiert wird und der Erfolg des Herstellens eines stabilen makroökonomischen Umfeldes abgesichert wird. Hinsichtlich der Stabilitätskriterien wurden bereits erhebliche Fortschritte gemacht. Zwar ist die Inflation in einigen Ländern noch zu hoch, und die Budgetdefizite bedürfen zum Teil noch einer deutlichen Reduzierung, doch erscheint es möglich, die Konvergenzziele auch innerhalb weniger Jahre zu erreichen. Der Vergleich unterschiedlicher Strategien, insbesondere die Aufgabe monetärer Autonomie im Rahmen eines Currency Boards versus Beibehalten einer nationalen Geldpolitik im Rahmen eines Inflation Targeting, ergab, dass es keinen grundsätzlich überlegenen Ansatz gibt.

In einem weiteren Projekt wurde begonnen, die *regionalen Inflationsdifferenzen innerhalb der EWU* zu untersuchen. Bestehende Studien zeigen, dass es bereits Anfang der 90er Jahre zu starken Preisanpassungen innerhalb der EU gekommen war; nach wie vor existieren aber zwischen einzelnen Ländern noch erhebliche Unterschiede im Preisniveau für verschiedene Gütergruppen. Zur Analyse der In-

flationsdifferenzen wird ein allgemeines Gleichgewichtsmodell mit Preisrigiditäten und unterschiedlichen Präferenzen verwendet. Mit diesem Modell sollen die Auswirkungen regionaler Produktivitäts- und Staatsausgabenschocks untersucht und quantifiziert werden, inwieweit sie zu den Inflationsdifferenzen innerhalb der Europäischen Währungsunion beitragen. Hieraus sollen dann Schlussfolgerungen für die Wirksamkeit der Geldpolitik der EZB und der nationalen Finanzpolitik gezogen werden. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, ob eine Koordination der Fiskalpolitik zwischen den Mitgliedsländern notwendig ist.

Schließlich wurden die Forschungen zur Immobilienpreisentwicklung fortgesetzt. In vielen Industrieländern erreicht die *Immobilienpreisvolatilität* ein Ausmaß, das die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet, insbesondere weil die Stabilität der Finanzmärkte bedroht ist und die Vermögenssituation der privaten Haushalte bei einem Rückgang der Immobilienpreise in eine Schieflage geraten könnte. Die Möglichkeiten der Geldpolitik, auf die Immobilienpreise einzuwirken, sind allerdings begrenzt, da sie ohnehin schon vor der Aufgabe steht, mit nur einem Instrument, dem Zinssatz, sowohl die Verbraucherpreisentwicklung zu kontrollieren als auch die gesamtwirtschaftliche Produktion zu stabilisieren. Vor diesem Hintergrund wurde ein Projekt begonnen, in dem ein alternativer Ansatz geprüft werden soll, der am Design der Hypothekenmärkte ansetzt, da dieses entscheidend ist für die Transmission von Nachfrageschüben in steigende Preise und einem Bubble-Burst-Szenario Vorschub leisten kann. Ein internationaler Vergleich der Immobilienpreisvolatilität einerseits und der Hypothekenmarktinstitutionen andererseits soll Aufschluss darüber geben, inwieweit die Preisvolatilität durch Einflussnahme auf Parameter wie Beleihungsgrenzen, Eigenkapitalentnahme und/oder das Verhältnis von fest zu variabel verzinslichen Hypotheken begrenzt werden kann.

❍ Öffentliche Finanzen

Die Forschungsgruppe „Öffentliche Finanzen“ (Leiter: Alfred Boss) hat die Untersuchungen zur *Subventionspolitik in Deutschland* fortgesetzt. Sie betrafen vor allem die Steuervergünstigungen. Es wurde aufgezeigt, welche Probleme bei der Abgrenzung und Messung der Steuervergünstigungen im Detail auftreten. Zudem wurden das Ausmaß und die Struktur der Steuervergünstigungen (hinsichtlich der begünstigten Branchen bzw. ihrer Zwecke) für die Jahre 1998–2008 dargestellt. Es zeigte sich, dass Mindereinnahmen des Staates infolge von Steuervergünstigungen in den nächsten Jahren deutlich abnehmen werden, wenn es bei dem Steuerrecht, wie es derzeit für die Jahre 2004–2008 kodifiziert ist, bleibt.

Die Forschungsgruppe hat auch Vorschläge für eine *Reform der Einkommensteuer in Deutschland* analysiert, die von Seiten der Wissenschaft oder von politischen Parteien ins Gespräch gebracht worden sind. Alle Vorschläge zielen darauf ab, die Steuersätze deutlich zu verringern und die Steuervergünstigungen zu reduzieren oder gar abzuschaffen und letztlich das Steuerrecht zu vereinfachen. Die Vorschläge wurden unter Effizienzgesichtspunkten bewertet. Zudem wurden die finanziellen Auswirkungen der Einführung alternativer Steuertarife (u.a. der von F. Merz, H. O. Solms bzw. P. Kirchhof vorgeschlagenen Tarife) mithilfe einer Fortschreibung der Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik errechnet. Auch die Konsequenzen für das gesamte Einkommensteueraufkommen wurden geschätzt. Es zeigte sich, dass es möglich ist, die Grenzsteuersätze für alle Steuerpflichtigen – wie vorgeschlagen – zu senken, ohne dass das Steueraufkommen wesentlich sinkt; es müssen dann allerdings alle Steuervergünstigungen gestrichen werden. Es wird freilich nicht für wahrscheinlich gehalten, dass es in absehbarer Zeit zu einer radikalen Einkommensteuerreform kommen wird; dagegen sprechen die Widerstände verschiedener Interessengruppen.

8. Querschnittsthemen

Am Institut für Weltwirtschaft werden einige zentrale Fragestellungen abteilungsübergreifend bearbeitet. Der Darstellung dieser Querschnittsthemen und der Zuordnung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die daran forschen, dient die folgende tabellarische Aufstellung. Es handelt sich hierbei nur um große Themengebiete, bei denen in nennenswertem Umfang eine abteilungsübergreifende Zusammenarbeit stattfindet; dies bedeutet nicht, dass damit das gesamte Forschungsspektrum des Instituts umfassend dargestellt ist.

Themengebiet	F I	F II	F III
Internationaler Handel	Foders, Klodt, Schrader, Stehn	Deke, Klepper, Wiebelt	Laaser
Wachstumsprozesse in der Weltwirtschaft	Stolpe	Klepper, Peterson, Wiebelt	Bode, Dohse
Arbeitsmärkte	Christensen		Soltwedel
Innovation und Technologie	Klodt, Stolpe	Deke	Bode, Dohse
Institutionelle Regelungen der Weltwirtschaft	Foders, Stehn	Deke, Henke	
Integrationsvertiefung und -erweiterung in West- und Mitteleuropa	Foders, Schrader, Stehn		Bode, Krieger-Boden, Laaser, Sichelschmidt, Soltwedel
Europäische Währungsunion			
Finanzmärkte und Währung	Stolpe		
Regulierung und Märkte		Henke, Klepper	Bickenbach, Laaser, Sichelschmidt, Soltwedel, Wolf
Soziale Sicherung		Lay	
Einkommensverteilung	Schrader, Stolpe	Lay, Wiebelt	

F IV	F V	Präsidium/ IRA
Langhammer, Spinanger	A. Kamps	
Gundlach	C. Kamps	
Spatz	Oskamp	Brown, Lehment, Snower
Gundlach		Mundhenke, Schertler
Langhammer, Nunnenkamp, Spinanger	Scheide	Stolz
Schweickert, Vinhas de Souza	Gern, C. Kamps	
Schweickert	Benner, Carstensen, Gern, Meier, Scheide, C. Kamps	Lehment, Pierdzioch, Yener
Hammermann, Nunnen-kamp, Schweickert	Carstensen, A. Kamps, C. Kamps, Meier, Scheide	Lehment, Pierdzioch, Schertler, Stolz, Yener
	Boss, Rosenschon, Sander	Merkl, Mundhenke
Thiele Spatz	Boss, Gern, Rosenschon	Brown, Merkl, Snower

9. Kooperationen mit anderen Forschern und Forschungseinrichtungen

Das Institut für Weltwirtschaft ist bestrebt, seine weltweiten wissenschaftlichen Kontakte zu intensivieren und seine Position als ein Zentrum der internationalen Wirtschaftsforschung auszubauen. Um den Austausch mit Ökonomen aus anderen Ländern zu vertiefen, besteht seit 2001 ein internationales Forschungsnetzwerk des Instituts. Renommierte Ökonomen haben im Rahmen dieses Netzwerkes die Funktion eines International Research Fellows übernommen.

Aufgabe der International Research Fellows ist es, die weltweite Verbreitung der am Institut gewonnenen Forschungsergebnisse zu fördern und der Institutsforschung durch gezielte Beratung, gemeinsame Projekte sowie Lehr- und Forschungsaufenthalte in Kiel zusätzliche Impulse zu geben. Als International Research Fellows konnten bislang gewonnen werden:

Alberto Alesina
David Audretsch
Richard Baldwin
Scott Barrett
Geert Bekaert
Willem Buiter
Ricardo Caballero
Alan V. Deardorff
Paul De Grauwe
Michael Dooley
Gunter Dufey
Bernard Dumas
Sebastian Edwards
Barry Eichengreen
Wilfred Ethier
Martin Feldstein
Jeffrey A. Frankel
Jordi Galí
Hans Genberg
David Greenaway
Ricardo Hausmann
Geoffrey Heal
Elhanan Helpman
Dale Henderson
Arye L. Hillman
Richard Layard
Donald Lessard
Richard M. Levich
Assar Lindbeck
Karl-Göran Mäler
Catherine L. Mann
Richard Marston
Bennett T. McCallum
Peter Neary
Damien J. Neven
Maurice Obstfeld
Roberto Perotti
Richard Pomfret
James Riedel
Dani Rodrik
Andrew Rose
Gilles Saint-Paul
André Sapir
Richard Schmalensee
Guido Tabellini
Niels Thygesen
Ingo Walter
Jeffrey G. Williamson
Holger C. Wolf
Charles Wyplosz

Das Institut für Weltwirtschaft hat im Jahr 2004 wie immer vor allem bei der halbjährlichen Gemeinschaftsdiagnose der Konjunktur, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit erfolgte, eng mit den anderen großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten zusammengearbeitet. Im Rahmen der europäischen Konjunkturprognose kooperiert das Institut für Weltwirtschaft mit dem CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (Den Haag), dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin), dem irischen Economic

and Social Research Institute (Dublin), dem ETLA Research Institute of the Finnish Economy (Helsinki), dem National Institute for Economic and Social Research (London), dem Observatoire Français des Conjonctures Economiques (Paris), dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wien) und Prometeia (Bologna).

Weitere Kooperationspartner im Inland und Ausland waren:

— die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover (R. Soltwedel)
— die Banco Nationale d'Italia, Rom (J. Stehn)
— die Bank of Finland, Helsinki (L. Vinhas de Souza)
— die Bulgarian Academy of Sciences, Sofia (E. Bode, C. Krieger-Boden, R. Soltwedel)
— Cambridge Econometrics, Cambridge (G. Klepper, S. Peterson)
— das Center for Economic and Social Research (CASE), Warschau (L. Vinhas de Souza)
— das Center of European Integration Studies (ZEI), Bonn (E. Bode, C. Krieger-Boden, R. Soltwedel)
— das Center for Strategic and International Studies (CSIS), Washington (P. Nunnenkamp)
— das Center for Research in International Economics (CREI), Barcelona (R.J. Langhammer, R. Schweickert)
— das Centre d'Economie et d'Ethique pour L'Environnement et le Développement (C3ED), Guyancourt (G. Klepper, S. Peterson)
— das Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internatonales (CEPII), Paris (R.J. Langhammer)
— das Centre for International Climate and Environmental Research, Oslo (G. Klepper, S. Peterson)
— das Centre International de Recherche sur l'Environnement et le Développement (CIRED), Norgent sur Marne (G. Klepper, S. Peterson)
— das Centro de Estudios Económicos Tomillo S.L. (CEET), Madrid (G. Klepper, S. Peterson)
— das Centro Europa Ricerche der Universität Rom „La Sapienza" (M. Stolpe)
— das Centro de Investigación y Docencia Económicas (CIDE), Mexico-City (P. Nunnenkamp)
— das Centrum für Angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität (CAP), München (J. Stehn)
— das Climate Network Europe (CNE), Brüssel (G. Klepper, S. Peterson)
— das Colégio de México, Mexico-City (R. Soltwedel)

— die Consumer Unity and Trust Society (CUTS), Jaipur (Indien) (P. Nunnenkamp)
— das Department of Economics der Stockholm University (G. Klepper, S. Peterson)
— die Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main (C. Pierdzioch, S. Stolz, L. Vinhas de Souza)
— das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (C. Pierdzioch, A. Schertler, S. Stolz)
— das Economic and Social Research Institute (ESRI), Dublin (E. Bode, C. Krieger-Boden, R. Soltwedel)
— das Energy Research Centre of the Netherlands (ECN), Petten (G. Klepper, S. Peterson)
— die Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen, Bad Neuenahr-Ahrweiler (G. Klepper)
— die European Investment Bank (EIB), Luxemburg (C. Kamps)
— das European University Institute, Florenz (R.J. Langhammer, R. Schweickert)
— die Fondazione Eni Enrico Mattei (FEEM), Venedig (G. Klepper, S. Peterson)
— die Indiana University at Bloomington (D. Dohse)
— das Institut für Afrikakunde, Hamburg (J. Lay)
— das Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER), Universität Stuttgart (G. Klepper, S. Peterson)
— das Institute for Environmental Studies, Free University of Amsterdam (IVM) (G. Klepper, S. Peterson)
— das Institut für Europäische Politik (IEP), Bonn (J. Stehn)
— das Instituto Nacional de Estadística, La Paz, Bolivien (J. Spatz)
— das Institute for International and Development Economics (IIDE), Rotterdam (D. Spinanger)
— das Instituto de Investigaciones Socio-Económicas, La Paz, Bolivien (J. Spatz)
— das Institut für Umweltsystemforschung, Universität Osnabrück (G. Klepper, S. Peterson)
— das Institut für politische Wissenschaft der Kieler Universität (J. Lay, M. Lücke, M. Wiebelt)
— das Institute of World Economics (IWE), Budapest (E. Bode, C. Krieger-Boden, R. Soltwedel)
— das Institute of South-East Asian Studies, Singapur (R.J. Langhammer)
— das Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe (G. Klepper, S. Peterson)
— die Inter-American Development Bank, Washington, D.C. (R.J. Langhammer, R. Schweickert)

— die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt), Berlin (P. Nunnenkamp)
— die Johannes-Gutenberg-Universität, Mainz (S. Stolz)
— das Lodz Institute for Forecasting and Economic Analyses (LIFEA), Lodz (G. Klepper, S. Peterson)
— das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg (G. Klepper)
— das National Economic Research Institute (neri), Peking (R. Soltwedel)
— das National Institute of Economic and Social Research, London (C. Pierdzioch, A. Schertler, S. Stolz)
— die New Economic School (NES), Moskau (L. Vinhas de Souza)
— das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien (G. Klepper, S. Peterson)
— die Österreichische Nationalbank, Wien (C. Merkl, L. Vinhas de Souza)
— das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, Potsdam (O. Deke, G. Klepper)
— die Purdue University (GTAP), West Lafayette, Indiana (D. Spinanger)
— die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule, Aachen (M. Wiebelt)
— das SUERF—The European Money and Finance Forum, Wien (S. Stolz, L. Vinhas de Souza)
— das Swiss Banking Institute der Universität Zürich (K. Carstensen)
— die Tilburg University, Tilburg, Niederlande (C. Pierdzioch, A. Schertler, S. Stolz)
— die Unidad de Análisis de Politicas Sociales y Económicas, La Paz, Bolivien (J. Spatz)
— die United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), Genf (P. Nunnenkamp)
— die United Nations University, Comparative Regional Integration Studies (UNU-CRIS), Brügge (L. Vinhas de Souza)
— die United Nations University, Institute for New Technology in Maastricht (M. Stolpe)
— die Universitá Tor Vergata, Rom (J. Stehn)
— die Universität Gent, (C. Pierdzioch, A. Schertler, S. Stolz)
— die Universität Göttingen (J. Lay, J. Spatz, R. Thiele, M. Wiebelt)
— die Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät (F. Foders)
— die Universität Leipzig (J. Lay)
— die Universität „Luigi Bocconi“, Mailand (E. Bode, C. Krieger-Boden, R. Soltwedel)
— die Universität Pompeu Fabra, Barcelona (F. Hammermann)

— die Universität Tübingen (K. Carstensen, C. Pierdzioch, S. Yener, A. Schertler, S. Stolz)
— die Université Libre de Bruxelles (K. Carstensen)
— die University Association of Contemporary European Studies (UACES), London (L. Vinhas de Souza)
— die University of Maryland, IRIS Center (L. Vinhas de Souza)
— die University of Oxford, Finance and Trade Policy Research Centre (M. Stolpe)
— die University of Thessaly, Volos (E. Bode, C. Krieger-Boden, R. Soltwedel)
— die University of Warwick, Coventry (M. Stolpe)
— die Utrecht School of Economics, Utrecht, Niederlande (S. Stolz)
— die Weltbank, Washington (M. Lücke, J. Lay, D. Spinanger, L. Vinhas de Souza)
— die Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung, Koblenz (F. Foders, C. Pierdzioch)
— das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim (G. Klepper, S. Peterson)

Die Zusammenarbeit mit anderen Forschungsinstituten hat in einigen Fällen eine feste institutionelle Form gefunden. So ist das Institut für Weltwirtschaft Mitglied der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (ARGE). Das Institut ist weiterhin Mitglied in der Association d'Instituts Européens de Conjoncture Economique (AIECE), im Verein „Deutsches Forschungsnetz" und im Deutschen Bibliotheksverband (DBV).

Das Institut entsendet regelmäßig Gastforscher als Kiel Institute Fellows an das National Bureau of Economic Research (NBER) nach Cambridge, Mass.

10. Wissenschaftliche Beratung und Mitarbeit in Organisationen

Zahlreiche Wissenschaftler des Instituts haben 2004 in nationalen und internationalen Gremien und Organisationen beratend mitgewirkt:

Alfred Boss gehört dem Arbeitskreis „Steuerschätzungen" beim Bundesministerium der Finanzen in Berlin an. Anlässlich einer Tagung des Arbeitskreises „Finanzwissenschaft" beriet er das Bundesministerium der Finanzen bei der Abschätzung der sektoralen Wirkungen von Steuervergünstigungen.

Dirk Dohse ist Mitglied im Ausschuss „Regionaltheorie und Regionalpolitik des Vereins für Socialpolitik". Er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des

Masterstudienganges MUMAT der ökonomischen Fakultät der Universitá Cattolica del Sacro Cuore in Piacenza. Er beriet die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Fragen der Innovationspolitik und zum Aufbau Ost sowie den Wirtschaftsrat Deutschland der CDU in Fragen der Technologie- und Clusterpolitik.

Herbert Giersch ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Christophe Kamps gehört dem Arbeitskreis „Finanzwissenschaft" beim Bundesministerium der Finanzen in Berlin an.

Gernot Klepper ist Kollegiat der Europäischen Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Er ist Mitglied und stellvertretender Vorsitzender in dem „Nationalen Komitee für Global Change Forschung" (NKGCF) der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und er ist Mitglied des „High-level Network of Environmental Economists" bei dem Umweltdirektorat der EU und der Europäischen Umweltagentur.

Henning Klodt wurde zum Mitglied des Impulskreises „Wissensträger Mensch" der Innovationsinitiative „Partner für Innovation" der Bundesregierung berufen. Er beriet das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Rahmen eines Strategieworkshops in Bonn zu den ordnungspolitischen Perspektiven der Telekommunikation. Er beriet den wirtschaftspolitischen Arbeitskreis der FDP-Bundestagsfraktion auf ihrer Klausurtagung in Huckelrieden zum Thema „Innovation und Wettbewerb".

Rolf J. Langhammer ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Deutschen Übersee-Institut in Hamburg und gehört dem Editorial Board der Zeitschriften „ASEAN Economic Bulletin" und „Journal of the Asia Pacific Economy" an. Außerdem ist er Mitglied der Expertenkommission der Bertelsmann-Stiftung zur Erarbeitung eines Ranking für Entwicklungs- und Transformationsprozesse.

Jann Lay beriet die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und die Weltbank.

Matthias Lücke beriet im Auftrag der Weltbank das äthiopische Handels- und Industrieministerium im Hinblick auf den geplanten Beitritt Äthiopiens zur Welthandelsorganisation (WTO).

Peter Nunnenkamp gehört dem Wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift „Lateinamerika Analysen" sowie dem Panel externer Gutachter des Research Bulletins der pakistanischen Zentralbank (State Bank of Pakistan) an. Er beriet die UNCTAD bei der Vorbereitung des World Investment Directory für Lateiname-

rika sowie des World Investment Reports 2004. Für die Fritz Thyssen Stiftung war er als Gutachter tätig.

Joachim Scheide war Sachverständiger bei diversen Ausschüssen des Bundestages. Er folgte einer Einladung des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu einer Diskussion über die konjunkturelle Entwicklung und beriet das Finanzministerium von Schleswig-Holstein über die voraussichtliche Zinsentwicklung. Er wurde zum Präsidenten der „Association d'Instituts Européens de Conjoncture Economique" (AIECE), Brüssel, gewählt und ist Mitglied des Advisory Board der Blekinge Institute of Technology (Schweden).

Hartmut Schröder ist Mitglied des Vorstandes des IT-Anwenderkreises Norddeutschland, der in Zusammenarbeit mit der IHK zu Kiel, dem Multimediacampus Kiel und der Industrie pro Jahr 6 Vortragsveranstaltungen zur Beratung und Weiterbildung in allen Fragen der Informationstechnologie veranstaltet. Außerdem ist er stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises IT der Leibniz-Gemeinschaft und Mitglied der Facharbeitsgruppe Technische Infrastruktur des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV).

Rainer Schweickert hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in einer Roundtable-Diskussion zum „Post-Washington-Consensus" und zu einem G20-Konsens für nachhaltiges Wirtschaftswachstum beraten.

Horst Siebert ist Mitglied der Eminent Persons Group of the Van Lennep Subsidies Initiative, Jelle Zijlstra Research Fellow at the Netherlands Institute for Advanced Studies in Wassenaar und Professor in International Economics an der Johns Hopkins University in Bologna. Im Jahr 2004 war er Mitglied der Group of Economic Analysis der Europäischen Kommission, die dem Präsidenten der EU-Kommission Romano Prodi direkt zugeordnet ist. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Ferner ist er Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der Thyssen Stiftung, Fellow der European Economic Association und Mitglied des Boards des Aspen Italia. Er ist Mitglied des Advisory Committees des Claremont-Bologna International Economic Policy Forums, der Academia Scientarium et Artium Europeae in Salzburg, der Joachim Jungius-Gesellschaft und des Präsidiums der Asia Pacific Gesellschaft. Außerdem ist er Mitglied im Kuratorium des Deutschen Museums München und in der Jury zur Vergabe des Postbank Finance Awards 2003/2004. Weiterhin ist er im Editorial Board der Zeitschriften „Journal of Policy Reform", „Environmental and Resource Economics", des „International Yearbook of Environmental and Resource Economics: A Survey of Current Issues" und Mitglied im Herausgeberrat der „Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht" und der Zeitschrift „Perspektiven der Wirtschaftspolitik" des Vereins für Social-

politik. Des Weiteren ist er Mitglied im Advisory Board „Macroeconomics and Monetary Economics Abstracts“ der Social Science Electronic Publishing, Inc. (SSEP), USA, und von „International Finance“, „European Economics Abstracts“ und „Macroeconomic Abstracts“.

Dennis J. Snower ist Fellow am Centre for Economic Policy Research (CEPR), am Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), bei CESifo und im Euro Area Business Cycle Network (EABCN). Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Fakultät für angewandte Volkswirtschaftslehre der Cambridge University, des Instituts für höhere Studien Wien (IHS) und des Nereus (Networked Economics Resources for European Scholars).

Julius Spatz gehört dem Editorial Board der Zeitschrift „Revista Latino Americana de Desarollo Económicas“ an. Er beriet die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

Dean Spinanger ist Mitglied des Akademischen Rats des Centre Français d’Etudes et de Recherches sur les Zones de Liberté Economique sowie des Direktoriums des Institute for International and Development Economics in Rotterdam. Er beriet die Weltbank bezüglich der WTO-Handelsrunde im Bereich des Textil- und Bekleidungsabkommens (nicht zuletzt im Hinblick auf die Konsequenzen für Kambodscha) sowie die Purdue University in West Lafayette, Indiana, für das Global Trade Analysis Project (GTAP). Er war Berater verschiedener Behörden in Hongkong in Handelsfragen und beriet die OECD zu den Auswirkungen einer Liberalisierung des Textil- und Bekleidungshandels. Der Asian Development Bank und der UNCTAD war er Ratgeber in Fragen des Handels mit Textilien und Bekleidung und der Auswirkungen von Chinas WTO-Beitritt. Er beriet außerdem als International Public Policy Expert die Heritage Foundation.

Jürgen Stehn ist „Distinguished Member“ der Villa Mondragone International Economic Association und beriet in dieser Funktion die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Rom „Tor Vergata“ in weltwirtschaftlichen Forschungsfragen. Er beriet die Landesregierung Schleswig-Holstein als Mitglied einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Vereinfachung der amtlichen Wirtschaftsstatistik befasst.

Horst Thomsen ist Mitglied des Beirats für Wissenschaftliche Bibliotheken beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein. Außerdem ist er Mitglied der Verbundleitung des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV). Er gehört dem Sprecherrat des Arbeitskreises Bibliotheken und Informationseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft an und ist Mitglied im Interdisziplinären Verbund der Serviceeinrichtungen (IVS) und der Sektion B (Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften) der Leibniz-Gemeinschaft. Er ist Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Zentrale

Fachbibliotheken. Ebenfalls ist er Mitglied des Gutachtergremiums im DFG-Förderprogramm „Leistungszentren für Forschungsinformation“. Seit 2004 ist er Mitglied im Beirat der Virtuellen Fachbibliothek Pädagogik.

Lúcio Vinhas de Souza ist gewähltes Vorstandsmitglied beim UACES (University Association of Contemporary European Studies) für den Zeitraum 2003–2006. Außerdem ist anerkannter Gutachter für Projekte, die nach GDN (Global Development Network)-Welt Bank Beihilfe beantragt werden, geführt durch die CERGE-EI, Charles Universität, Prag.

Manfred Wiebelt gehört dem Editorial Board der Zeitschrift „Revista Latino Americana de Desarollo Económicas“ an und hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) beraten.

11. Zusammenstellung der Forschungsaufträge und Forschungsvorhaben

❍ Im Jahr 2004 abgeschlossene Forschungsprojekte und Gutachten

Gemeinschaftsdiagnose der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute im Frühjahr 2004

J. BENNER, A. BOSS, K.-J. GERN, C. KAMPS, A. KAMPS, C.-P. MEIER, F. OSKAMP, J. SCHEIDE, R. SCHMIDT für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, zusammen mit DIW, HWWA, ifo, IWH, RWI

Gemeinschaftsdiagnose der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute im Herbst 2004

J. BENNER A. BOSS, K.-J. GERN, A. KAMPS, C.-P. MEIER, F. OSKAMP, J. SCHEIDE für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, zusammen mit DIW, HWWA, ifo, IWH, RWI

Schooling Institutions and Student Performance

E. GUNDLACH gemeinsam mit dem Ifo-Institut, München für die Volkswagenstiftung

Open Source Software im Wettbewerb

H. KLODT, J. MUNDHENKE für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Pro-poor Growth in Uganda

J. LAY für die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und die Weltbank

Operationalizing Pro-poor Growth: Country Case Study Bolivia

J. LAY, J. SPATZ, R. THIELE, M. WIEBELT für die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Weltbank

Challenges and Opportunities for Developing Countries from the Liberalization of International Trade in Services

M. LÜCKE, D. SPINANGER für das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Verteilungseffekte von Steuerungsinstrumenten zur Krisenbewältigung in Entwicklungsländern: Konzeptionelle Fundierung und Fallanalyse der Strukturanpassung in Bolivien

P. NUNNENKAMP, J. SPATZ für die Volkswagenstiftung

Modellexperiment IV (MEXIV): Längerfristiger Beitrag der deutschen Energiewirtschaft zum europäischen Klimaschutz

S. PETERSON für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, im Rahmen der Forums für Energiemodelle zusammen mit 12 weiteren deutschen Forschungsinstitutionen aus dem Bereich der Klima- und Energiemodellierung

European Financial Markets, Venture Capital, and High-Tech Firms

A. SCHERTLER, M. STOLPE für die Europäische Kommission zusammen mit dem Institut für Neue Technologie der Universität der Vereinten Nationen in Maastricht, dem Zentrum für Finanzwirtschaft und Handelspolitik der Universität Oxford, dem Zentrum für Europaforschung der Universität Rom und der Business School der Universität Warwick in Coventry

Makroökonomische Stabilisierung und Wachstum in Schwellenländern

R. SCHWEICKERT, R. THIELE für das Bundesministerium für Finanzen

Post Transition Macro Questions

L. VINHAS DE SOUZA für IRIS/USAID, zusammen mit der New Economic School (NES) in Moskau und dem International Center for Economic Growth (ICEG) in Budapest

❍ Forschungsprojekte und Gutachten in Bearbeitung

Gemeinschaftsdiagnose der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute

J. BENNER, A. BOSS, K.-J. GERN, A. KAMPS, C.-P. MEIER, F. OSKAMP, J. SCHEIDE für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, zusammen mit DIW, HWWA, ifo, IWH, RWI

The Impact of European Integration and Enlargement on Regional Structural Change and Cohesion (EURECO)

E. BODE, D. DOHSE, C. KRIEGER-BODEN, R. SOLTWEDEL für das 5. Rahmenprogramm der EU-Forschungsförderung, zusammen mit dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn; Universität Luigi Bocconi, Mailand; Economic and Social Research Institute (ESRI), Dublin; University of Thessaly, Trikala, Griechenland; Institute of World Economics in the Hungarian Academy of Sciences, Budapest; Bulgarian Academy of Sciences, Sofia

Wirtschaftliches Potenzial von Kennzeichen für Verbraucher- und Umweltschutzzwecke

J.M. HENKE, G. KLEPPER für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Modelling the Transition to Sustainable Economic Structures (TranSust)

G. KLEPPER, S. PETERSON für die Europäische Union im Rahmen des 5. Rahmenprogramms gemeinsam mit 10 europäischen Forschungsinstitutionen

Regionale Schwerpunkte der Handelsintegration in einer erweiterten Europäischen Union

H. KLODT, C.-F. LAASER, K. SCHRADER für die Fritz Thyssen Stiftung

Putting Development Back into the Doha Agenda: Poverty Impacts of a WTO Agreement. Case Study for Brazil

J. LAY für die Weltbank

Vollbeschäftigungsszenario 2010: notwendige gesamtwirtschaftliche Bedingungen zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung in Deutschland bis zum Jahr 2010

C.-P. MEIER für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Modellexperiment V (MEXV): Innovation und moderne Energietechnik

S. PETERSON für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, im Rahmen des Forums für Energiemodelle zusammen mit 13 weiteren deutschen Forschungsinstitutionen aus dem Bereich der Klima- und Energiemodellierung

Volatility in the Global Economy: The Role of Financial Markets

C. PIERDZIOCH, S. YENER für die Fritz Thyssen Stiftung

EUROFRAME Indicator

J. SCHEIDE zusammen mit anderen europäischen Wirtschaftsforschungsinstituten (EUROFRAME)

Monetary Policy in Selected CIS Countries

L. VINHAS DE SOUZA für die University Association for Contemporary European Studies, zusammen mit der United Nations University-Comparative Regional Integration Studies (UNU-CRIS) und der Bank of Finland Institute of Transition (BOFIT).

❍ Weitere Forschungsvorhaben

BICKENBACH, F., Die Allokation regulierungspolitischer Kompetenzen für die Netzinfrastrukturindustrien in der EU.

BODE, E., Quantifizierung der Ausstrahlungseffekte von Städten.

CARSTENSEN, K., Einheitswurzeltests in kleinen Stichproben.

CARSTENSEN, K., Analyse von Echtzeitdaten.

DEKE, O., Instrumente der internationalen Biodiversitätspolitik.

DOHSE, D., Agglomeration und Wachstum in wissensbasierten Gesellschaften.

FODERS, F., Internationale Faktormobilität.

GERN, K.-J., Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft.

HAMMERMANN, F., Empirische Analyse der Geldpolitik in Schwellenländern mit flexiblen Wechselkursen.

HENKE, J.M., Information als umweltpolitisches Instrument.

KAMPS, A., Empirische Analyse zur Deflation in Japan.

KLEPPER, G., Kohlenstoffmanagement.

KLEPPER, G., S. PETERSON, Analyse internationaler Klimapolitik.

KLEPPER, G., S. PETERSON, Modellierung von technischem Fortschritt in Energie-Ökonomie-Modellen.

KLODT, H., Strukturwandel und Strukturpolitik.

LANGHAMMER, R.J., Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen.

LAY, J., Rohstoffbasierte Entwicklung in Zentralasien und im Kaukasus.

LAY, J., Makro-Mikro-Modelle zur Analyse der Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf Verteilung und Armut.

LÜCKE, M., Rohstoffbasierte Entwicklung in Zentralasien und im Kaukasus.

LÜCKE, M., Arbeitseinkommen aus dem Ausland und Wirtschaftsentwicklung in Moldawien.

MUNDHENKE, J., Geistige Eigentumsrechte im Software-Sektor.

NUNNENKAMP, P., Determinanten und Effekte ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländern.

NUNNENKAMP, P., Verteilung bilateraler und multilateraler Entwicklungshilfe.

PIERDZIOCH, C., International Financial Markets and Macroeconomic Dynamics: A NOEM Perspective.

ROSENSCHON, A., Erfassung und Beurteilung der Subventionen in Deutschland nach Wirtschaftssektoren und Gebietskörperschaften

SCHRADER, K., Intraindustrieller Handel und Strukturwandel.

SCHRADER, K., Arbeitsmarktpolitik im internationalen Vergleich.

SCHWEICKERT, R., Vergleichende Indikatoranalyse zur europäischen Integration.

SCHWEICKERT, R., Monetäre Integration in Europa.

SICHELSCHMIDT, H., Infrastrukturpolitik der Europäischen Union.

SPATZ, J., Determinanten und Effekte ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungsländern.

SPINANGER, D., Auswirkungen von Chinas WTO-Beitritt auf Anrainerstaaten.

STEHN, J., Verteilungswirkungen des intraindustriellen Handels.

STOLPE, M., Technologiewandel im Gesundheitswesen.

STOLPE, M., Die Finanzierung junger Technologieunternehmen.

STOLZ, S., Prozyklikalität im deutschen Bankensektor.

STOLZ, S., Die Rolle von Kapitalregulierung für das Verhalten von Banken.

THIELE, R., Agrarangebot in Niedrigeinkommensländern.

VINHAS DE SOUZA, L., Außenhandelsliberalisierung in Osteuropa.

VINHAS DE SOUZA, L., Geld- und Kreditpolitik in ausgewählten GUS-Ländern.

WIEBELT, M., Nachhaltige Entwicklung.

WIEBELT, M., Modellierung von Mikro-Makro-Interaktionen in CGE-Modellen.

WOLF, H., Effizienzmessung und Vergleich im Flughafensektor.

III. Dokumentationsdienste

1. Bibliothek

Die Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften (ZBW), die von Horst Thomsen geleitet wird, ist die größte wirtschaftswissenschaftliche Bibliothek in Deutschland und weltweit die größte Spezialbibliothek ihres Fachgebiets. Ihre Aufgabe ist es, wirtschaftswissenschaftliche Spezialliteratur aus allen Ländern zu sammeln, zu erschließen und allen nationalen und internationalen Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung zu stellen. Daneben nimmt die Bibliothek mit dem Nachweis von Aufsätzen aus Zeitschriften und Sammelwerken Dokumentationsaufgaben wahr. Der Bestand enthält außer Printmedien eine große Zahl elektronischer Veröffentlichungen. Im Rahmen ihrer überregionalen Informations- und Literaturversorgungsfunktion bietet die Bibliothek vielfältige Dienstleistungen an.

In Angelegenheiten der Serviceaufgaben wird die ZBW von ihrem Fachbeirat unterstützt, der Anregungen für die zukünftige Arbeit gibt. Dem Fachbeirat gehören an:

Dr. Klaus Franken, Direktor der Universitätsbibliothek Konstanz (Vorsitzender),

Dr. Elisabeth Niggemann, Generaldirektorin der Deutschen Bibliothek,

Reinhard Rutz, Deutsche Forschungsgemeinschaft,

Professor Dr. Wolf Schäfer, Helmut-Schmidt-Universität – Universität der Bundeswehr Hamburg.

❍ Evaluierung

Der Ausschuss Forschungsförderung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat im Februar 2004 auf der Grundlage des Bewertungsberichts des Senats der Leibniz-Gemeinschaft die uneingeschränkte Weiterförderung der ZBW für sieben Jahre beschlossen.

Der Bibliothek wurde im Bewertungsbericht bestätigt, dass sie „[...] insgesamt gesehen über eine zukunftsorientierte und tragfähige Entwicklungsstrategie [verfügt], die konsequent weiterverfolgt werden sollte.“

❍ Bestandsentwicklung

Die Bibliothek hat zum Jahresende einen Bestand von etwa 2,7 Millionen Bänden erreicht, der auf 50 km Regallänge untergebracht ist. Im Berichtsjahr wurden etwa 40 000 Buchbinderbände erworben. Der Bestand an Monographien wurde um etwa 30 000 Bände erweitert. Die Bibliothek hält über 19 000 laufende Zeitschriften, davon 43 % in elektronischer Form.

❍ Bereitstellung von Informationsdienstleistungen

Die Literatur der ZBW wird im Gemeinsamen Bibliotheksverbund (GBV) erfasst und in der lokalen Online-Datenbank *ECONIS*, die im Internet unter *http://zbwopc4.zbw.ifw-kiel.de:8080/* angeboten wird, sowie den GBV-Datenbanken *Gemeinsamer Verbundkatalog (GVK), Gemeinsamer Verbundkatalog inklusive Online Contents (GVK Plus)* und *Online Ressourcen (OLR)* nachgewiesen.

In ECONIS wurden insgesamt etwa 660 000 Titel neu nachgewiesen; damit umfasst ECONIS rund 2 Millionen Literaturnachweise. Etwa 550 000 Titelreferenzen wurden im Rahmen der Retrokonversion des Kartenkatalogs, der Bestände vor 1986 nachweist, erstellt.

Auf Basis der ECONIS-Datenbank werden die weiteren Online-Informationsdienstleistungen angeboten:

- In der Internet-Bibliographienserie ECONIS-Select werden Literaturnachweise zu mehr als 50 Themen dokumentiert, z.B. zu „Hartz IV“ und „Zur Politik des IMF“.
- Monatlich werden Online-Neuerwerbungslisten ausgewählter Monographien und Zeitschriften auf der Homepage veröffentlicht.
- Die Liste der mehr als 1 600 ausgewerteten Zeitschriften wurde aktualisiert und steht weiterhin online zur Verfügung.

In der von der Gesellschaft für Betriebswirtschaftliche Information (GBI) herausgegebenen Online-Datenbank *wiso-plus Wiwi* waren ca. 1,3 Millionen Titel der *ECONIS* verzeichnet. Die *wiso*-Datenbank umfasst mehrere Einzeldatenbanken und ist die größte wirtschaftswissenschaftliche Literaturdatenbank in Deutschland.

❍ Dokumentlieferung

Ein Schwerpunkt der Dokumentlieferung war im Berichtsjahr der Ausbau der Bereitstellung elektronischer Volltexte. Im Bereich der digitalen Literaturversorgung hat die ZBW am Ende des Berichtsjahres auf ihrem Dokumentenserver

ZBW Opus wirtschaftswissenschaftliche Arbeitspapiere von 64 wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen für die überregionale Nutzung angeboten. Bereits mehr als 58 000 Links zu im Internet verfügbaren Publikationen sind in der Datenbank ECONIS vorhanden. Mit der Onlineversion *WISOnet Plus* werden digitalisierte Volltexte aus dem Projekt *EconDoc* bereitgestellt.

Über die *Elektronische Zeitschriftenbibliothek (EZB)* hat die Bibliothek im Berichtsjahr den Volltextzugriff auf mehr als 8 300 wirtschaftswissenschaftlich relevante Zeitschriften ermöglicht. Die EZB ist ein überregionaler Service der Universitätsbibliothek Regensburg zur effektiven Nutzung wissenschaftlicher Volltextzeitschriften.

Als weiteren Service für die elektronische Volltextversorgung stellt die Bibliothek elektronische Datenbanken, z.B. *Business Source Premier* von EBSCO und *JSTOR*, zur Verfügung, die Aufsätze aus wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften beinhalten.

Bei der Kundenversorgung durch Dokumentlieferdienste konnte die Bibliothek weiterhin erhebliche Zuwächse verzeichnen. Sie ist Lieferbibliothek für Zeitschriftenaufsätze und Monographien im Rahmen von *subito* und *GBVdirekt* und nimmt an der elektronischen *GBV Online-Fernleihe* teil.

❍ Öffentlichkeitsarbeit

Nach den Erfolgen der letzten Jahre war die Bibliothek wieder auf verschiedenen Veranstaltungen mit einem Messestand vertreten. Die meisten Auftritte erfolgten im Rahmen eines Gemeinschaftsstandes der drei Zentralen Fachbibliotheken. International präsentierte die Bibliothek ihr Dienstleistungsangebot erstmals auch auf dem *European Economic Association Annual Congress* in Madrid. Bei allen Messeauftritten wurde besonderer Wert auf die Information zu Projekten und zu Dienstleistungen im Bereich der digitalen Informationsversorgung gelegt.

❍ Kooperation und Projekte

Die ZBW hat weiterhin intensive Beziehungen zu bibliothekarischen und wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen gepflegt. Insbesondere hat die Bibliothek eng mit den anderen zwei Zentralen Fachbibliotheken, der Technischen Informationsbibliothek/ Universitätsbibliothek Hannover (TIB/UB) und der Deutschen Zentralbibliothek für Medizin (ZBMed) kooperiert und gemeinsame Vorhaben in einem Kooperationsvertrag schriftlich fixiert. Mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) wurde ein Vertrag über Datenlieferungen geschlossen.

Im Rahmen des DFG-Projekts *Virtuelle Fachbibliothek Wirtschaftswissenschaften – EconBiz* ist ein wesentlicher Baustein eines gemeinsamen Dienstleistungsangebots der Projektpartner Universitäts- und Stadtbibliothek Köln (USB) und ZBW entstanden. Das Portal für Wirtschaftswissenschaften ist im Internet unter *http://www.econbiz.de/* zugänglich und wird kontinuierlich ausgebaut. Im Mittelpunkt des Projekts steht der Fachinformationsführer für hochwertige Internetquellen aus dem Bereich Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften, der von der ZBW und einer Vielzahl von Kooperationspartnern bearbeitet wird. Neu hinzugekommen ist im Berichtsjahr ein Online-Kalender für wirtschaftswissenschaftliche Veranstaltungen. In der Vorbereitungsphase befindet sich ein Communication Center für virtuelle Fachauskünfte.

In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Informationsverbund *EconDoc* (Economic Online Documents) haben die Projektpartner GBI, HWWA, USB Köln und ZBW bislang mehr als 2,2 Millionen Zeitschriftenartikel als Referenzen bereitgestellt. Nahezu 200 Wirtschaftszeitschriften wurden online unter *http://www.econdoc.de/* verfügbar gemacht. Die ZBW bietet zusätzlich zum Zugriff über die EconDoc-Homepage den direkten Zugang zu ausgewählten Volltexten über ihre Datenbank *ECONIS*.

Mit dem Projekt *Nereus* (Networked Economics Resources for European Scholars) soll ein europäisches Portal für die Wirtschaftswissenschaften geschaffen werden. Partner der ZBW sind die Bibliotheken der London School of Economics and Political Science, der Université Libre de Bruxelles, der Universiteit van Tilburg, der Erasmus Universiteit Amsterdam und des University College Dublin.

In dem gemeinsamen Projekt *SSG-Zeitschriftendigitalisierung* von zwölf Sondersammelgebietsbibliotheken ist die ZBW für den Bereich Wirtschaftswissenschaften am Aufbau eines Angebots von retrospektiv digitalisierten Zeitschriftenbeständen beteiligt. Sie betreut die Digitalisierung von renommierten Fachzeitschriften aus dem Gebiet Volkswirtschaft. Die Volltextdatenbank *DigiZeitschriften* wurde im Berichtsjahr im Rahmen eines Probeabonnements Bibliotheken und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt.

Mit dem *Pilotprogramm zur Förderung der Bereitstellung elektronischer Zeitschriften* wurde eine Dokumentliefermöglichkeit für eine Reihe von lizenzpflichtigen, rein elektronischen Zeitschriften angeboten.

Das Projekt *Crosskonkordanz STW-SWD – Entwicklung und Implementierung eines Crosswalks zwischen dem Standard-Thesaurus Wirtschaft (STW) und dem Bereich Wirtschaft der Schlagwortnormdatei (SWD) zur Steigerung der Effektivität des Retrievals in den Wirtschaftswissenschaften* hat die ZBW unter Feder-

führung der Deutschen Bibliothek (DDB) gemeinsam mit dem HWWA, der USB Köln und dem Gemeinsamen Bibliotheksverbund (GBV) bearbeitet. Ziel des Projekts war die Verknüpfung des Bereichs Wirtschaft der Schlagwortnormdatei mit dem Standardthesaurus Wirtschaft, um die inhaltliche Suche in verteilten Datenbanken zu ermöglichen. Das Projekt wurde im August 2004 erfolgreich abgeschlossen.

In dem Projekt *AutIndex* wurde kooperativ mit dem Institut der Gesellschaft zur Förderung der angewandten Informationsforschung an der Universität des Saarlandes (IAI) und dem HWWA ein Verfahren entwickelt, das digital verfügbare Texte sprachtechnologisch auswertet und Begriffe aus dem *Standard-Thesaurus Wirtschaft* vorschlägt. Das Projekt wurde im Berichtsjahr abgeschlossen.

2. Wirtschaftsarchiv

Seit November 2001 bietet das Wirtschaftsarchiv (Leiter: Bernhard Klein) zusammen mit der Pressedokumentation des HWWA-Instituts (Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv) die Referenzdatenbank ECONPRESS an. Darin werden Presseartikel nachgewiesen, die von den Lektorinnen und Lektoren beider Einrichtungen ausgewählt und indexiert werden. Die Datenbank wird über das Internet unter *http://www.hwwa.de:81/* weltweit angeboten und enthält inhaltliche und bibliographische Angaben zu den Artikeln.

Das Archiv arbeitet bei der Erstellung der Referenzdatenbank eng mit der Pressedokumentation des HWWA-Instituts zusammen. Über 100 Quellen werden arbeitsteilig ausgewertet. Die ausgewählten Artikel werden gemäß einer auf dem Standard-Thesaurus Wirtschaft der Bibliotheken basierenden Klassifikation in Hamburg und Kiel gleichartig beschlagwortet. Seit Mitte des Jahres 2000 wurden die Signaturen und weitere Merkmale der Artikel in ECONPRESS gespeichert und für die Internetrecherche aufbereitet. Die so entwickelte Referenzdatenbank ermöglicht es nun allen an Presseinformationen Interessierten, über die Homepages des Instituts für Weltwirtschaft und des HWWA Artikel zu recherchieren und per E-Mail zu bestellen. Die Artikel, die aus bedeutenden nationalen und internationalen Zeitungen und Zeitschriften ausgewählt werden, decken 29 Sachgebiete ab:

Volkswirtschaft	Bank und Kredit
Geld- und Finanzmärkte	Versicherungswesen
Außenwirtschaft	Immobilienwirtschaft, Grund u. Boden
Öffentliche Finanzen	Öffentliche Verwaltung (einschl. Militär)
Arbeit	Nonprofit-Sektor, wirtschaftliche

Betriebswirtschaft
Landwirtschaft
(einschl. Forstwirtschaft, Fischerei)
Energiewirtschaft und Wasser
Rohstoffwirtschaft und Bergbau
Industrie
Handwerk
Dienstleistungen
Handel
Verkehrswesen
Information und Kommunikation
Interessenvertretungen
Bildung, Erziehung und Unterricht
Gesundheit und Gesundheitswesen
Sozialwesen
Kultur
Forschung und Wissenschaft
Natur und Umwelt
Recht
Politik
Gesellschaft

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, gezielt nach Firmen, Körperschaften und Personen zu suchen.

Dieses Angebot an Presseinformationen ist direkt auf die Bedürfnisse von Wirtschaftswissenschaftlern, Studierenden der Volks- und Betriebswirtschaft und anderen an wirtschaftlichen Zusammenhängen Interessierten zugeschnitten. Die feine, etwa 700 Einzelgebiete umfassende Klassifikation ermöglicht eine schnelle und zielgerichtete Suche nach Artikeln aus einem überaus vielfältigen Quellenpool. Neben bekannten europäischen und nordamerikanischen Zeitungen und Zeitschriften werden auch Berichte aus südamerikanischen, ost- und nordeuropäischen, südostasiatischen und afrikanischen Quellen angeboten. Da die Schlagworte und die Klassifikation auf dem Standard basieren, der bei den wissenschaftlichen Bibliotheken im Institut für Weltwirtschaft und HWWA-Institut Verwendung findet, stellt der Nachweis von Presseartikeln eine aktuelle Ergänzung der Bibliotheksbestände dar.

Seit Mitte des Jahres 2004 werden Teile der Datenbank auch in der von der Gesellschaft für Betriebswirtschaftliche Informationen (GBI) in einer „FITT ECONPRESS“ genannten Datenbank angeboten. Artikel aus etwa 30 Quellen können so im Rahmen von Recherchen bei GBI ermittelt und im Volltext angezeigt werden. Die Volltextanzeige ist allerdings kostenpflichtig. Umgekehrt kann nun auch von einer Trefferliste, die eine Recherche in ECONPRESS ergeben hat, direkt über einen Link die GBI Datenbank geöffnet werden. Auch dies ermöglicht die Anzeige eines Volltextes aus bestimmten Quellen zu den von GBI erhobenen Kosten.

Sämtliche Altbestände werden weiterhin angeboten, so dass das Archivmaterial auch für wirtschaftshistorisch Interessierte eine wichtige Quelle darstellt. Sammlungen, die von 1920 bis zum Jahr 2000 angelegt wurden, stehen auf Mikrofilm oder in Papierform zur Verfügung.

IV. Lehre

1. Lehrtätigkeit an Universitäten und anderen Hochschulen

Auch 2004 betätigten sich zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts in der Lehre. Dennis Snower übernahm zum 1. Oktober den Lehrstuhl für Theoretische Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und hielt Vorlesungen und Seminare im Hauptstudium. Ferner hielten an der Christian-Albrechts-Universität Vorlesungen, Übungen, Kolloquien und Seminare: Joachim Benner, Alessio J.G. Brown, Kai Carstensen, Björn Christensen, Federico Foders, Annette Kamps, Jörn Kleinert, Rolf J. Langhammer, Jann Lay, Harmen Lehment, Christian Merkl, Frank Oskamp, Christian Pierdzioch, Joachim Scheide, Andrea Schertler und Michael Stolpe. Federico Foders hielt Vorlesungen an der Universität zu Köln, Erich Gundlach lehrte an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg und an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Bernhard Klein lehrte an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung in Altenholz, Gernot Klepper hielt Vorlesungen an der International Management School in Malente. Oliver Lorz hielt Vorlesungen an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen und an der Universität Konstanz, Horst Siebert hielt Vorlesungen an der Johns Hopkins University in Bologna. An der Fachhochschule Kiel lehrten Bernhard Klein, Paul J. Kramer und Manfred Salden.

2. Postgraduiertenprogramm

Seit 1984 bietet das Institut ein zehnmonatiges englischsprachiges Postgraduiertenstudium in internationalen Wirtschaftsbeziehungen an. Das „Advanced Studies Program in International Economic Policy Research" richtet sich an junge Wirtschaftswissenschaftler mit abgeschlossenem Hochschulstudium sowie an Ökonomen mit mehrjähriger Berufserfahrung, die sich mit dem neuesten Stand der internationalen Wirtschaftsforschung vertraut machen wollen.

International renommierte Wissenschaftler unterrichten ihr Fachgebiet in zumeist zweiwöchigen Intensivkursen, die jeweils mit einem schriftlichen Examen abgeschlossen werden. Ergänzend dazu werden aktuelle Themen und spezifische Aspekte der Wirtschaftsforschung und -praxis in eintägigen Seminaren vertiefend diskutiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Advanced Studies verfassen

zudem zwei Arbeitspapiere, deren Ergebnisse auf einer speziellen Konferenz vorgestellt und in einer eigenen Publikationsreihe veröffentlicht werden.

Alle Kurse des Programms werden für eine begrenzte Zahl von Teilnehmern auch einzeln angeboten. Angesprochen werden sollen hierdurch insbesondere Nachwuchskräfte von Unternehmen und Institutionen, die sich über die neuesten internationalen Entwicklungen auf ihrem Fachgebiet informieren wollen.

Mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben das Programm inzwischen mit dem Advanced Studies Certificate erfolgreich abgeschlossen und weiterführende Positionen in internationalen Organisationen, Notenbanken und Ministerien, Unternehmen und Verbänden, Universitäten und Forschungsinstituten übernommen.

Im August 2004 begann das einundzwanzigste Ausbildungsjahr. Die 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen aus 13 Ländern (Bolivien, Dänemark, Deutschland, Estland, Indien, Indonesien, Italien, Mexiko, Norwegen, Peru, Polen, Slowakische Republik, Spanien). Der erste Programmabschnitt umfasste die Kurse

Macroeconomics in Open Economies I (Philip Lane, Trinity College Dublin),

Macroeconomics in Open Economies II (Maurice Obstfeld, University of California at Berkeley),

Economic Growth and Development (Fabrizio Zilibotti, Institute for International Economic Studies, Stockholm),

Monetary and Fiscal Policy in the EU (Paul De Grauwe, Katholische Universität Löwen),

Monetary Policy: Theory and Practice (Athanasios Orphanides, Federal Reserve Board, Washington).

Hinzu kam ein Spezialkurs „Empirical Methods in Macroeconomics“, der von Kai Carstensen und Björn Christensen (Institut für Weltwirtschaft) gehalten wurde.

Für den zweiten Programmabschnitt im Jahr 2004/05 sind folgende Kurse vorgesehen:

International Trade (Keith Maskus, University of Colorado at Boulder),

European Economic Integration (Marius Brülhart, Universität Lausanne),

Labour-Market Economics (Giuseppe Bertola, Universität Turin),

Exchange-Rate Economics (Menzie Chinn, University of Wisconsin-Madison),

Macroeconomics for Developing Countries (Andrés Velasco, Harvard University).

Die Ausschreibung für das im August 2005 beginnende nächste Programm ist inzwischen angelaufen. Für die Kurse des Programms 2005/06 konnten verpflichtet werden: Holger Wolf (Georgetown University, Washington), Richard Levich (New York University), Lawrence Christiano (Northwestern University), Roel Beetsma (Universität Amsterdam), Ronald MacDonald (University of Strathclyde), Dennis Snower (Institut für Weltwirtschaft), James Markusen (University of Colorado at Boulder), Richard Baldwin (The Graduate Institute for International Studies, Genf), William Easterly (New York University).

3. Gastvorlesungen und Vorträge an Universitäten

Gastvorlesungen und Vorträge hielten Kai Carstensen im Statistisch-ökonometrischen Seminar und am Agrar- und Ernährungsökonomischen Kolloquium der Universität Kiel; Federico Foders an der Universität Konstanz; Erich Gundlach an der Universität Aarhus, an der Universität Frankfurt a.M. und an der Technischen Universität Dresden; Christophe Kamps im Statistisch-ökonometrischen Seminar der Universität Kiel, am Economic and Social Research Institute (ESRI) in Dublin und bei der European Investment Bank (EIB) in Luxemburg; Oliver Lorz an der Universität Kassel; Peter Nunnenkamp an der Universität Flensburg; Christian Pierdzioch an der Universität Hannover; Gernot Klepper an der Hochschule in St. Gallen und der Universität in Hamburg; Henning Klodt an der Universität Kiel; Rolf J. Langhammer an der Universität Frankfurt a.M. und an der Universität Erlangen-Nürnberg; Jann Lay an der Graduate Research School an der Stellenbosch University Südafrika; Matthias Lücke an der Universität Frankfurt a.M. und im Applied Economic Policy Course des Joint Vienna Institute; Joachim Scheide an der Freien Universität Berlin; Andrea Schertler an der Deutschen Bundesbank; Lúcio Vinhas de Souza an der Deutschen Bundesbank; Michael Stolpe im Agrar- und Ernährungsökonomischen Kolloquium der Universität Kiel.

V. Konferenzen

1. Konferenzen und andere Veranstaltungen des Instituts

Die traditionelle *Kieler-Woche-Konferenz* des Instituts für Weltwirtschaft fand am 21. und 22. Juni 2004 zum Thema „Labor Mobility and the World Economy“ statt. Mehr als dreißig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt diskutierten darüber, ob und unter welchen Voraussetzungen Herkunfts- und Gastländer von Migration profitieren, welche Zusammenhänge es zwischen Migration und internationalem Kapitalverkehr gibt, ob es in einer globalisierten Weltwirtschaft Alternativen zur Migration gibt, welche Anpassungen in den Systemen der Sozialen Sicherung in den Gast- und Herkunftsländern erforderlich sind und ob eine Harmonisierung der Einwanderungspolitik in den 25 Mitgliedsländern der Europäischen Union Vorteile im Vergleich zu den herkömmlichen nationalstaatlichen Politikansätzen bringen würde. Keynote Speaker war Jeffrey G. Williamson (Harvard University), der einen Vortrag zum Thema „International Migration: Long-Run Trends and Challenges for Economic Policy“ hielt. Das Institut begrüßte als weitere Teilnehmer der Konferenz unter anderem die folgenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler:

Jutta Allmendinger (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und Universität München), Frank Barry (University College Dublin), Holger Bonin (IZA Bonn), Johannes Bröcker (Universität Kiel), Herbert Brücker (DIW Berlin), Gil Epstein (Bar-Ilan University), Gabriel Felbermayr (Universität Linz), David Greenaway (University of Nottingham), Timothy Hatton (Australian National University), Sanjay Jain (University of Virginia), Jörn Kleinert (Universität Tübingen), Wilhelm Kohler (Universität Linz), Doris König (Bucerius Law School, Hamburg), Per Lundborg (FIEF Stockholm und Universität Göteborg), Martin Paldam (Universität Aarhus), Stefania Pasquetti (Europäische Kommission), Joaquim Ramos Silva (Technische Universität Lissabon), Gerald Willmann (Universität Kiel), Holger Wolf (Georgetown University, Washington) und Kar-yiu Wong (University of Washington). Das Institut wurde durch Federico Foders, Henning Klodt, Rolf J. Langhammer, Harmen Lehment und Joachim Scheide vertreten.

Im März und September fanden die 69. und 70. *Kieler Konjunkturgespräche* statt. Die Veranstaltung im März trug den Titel „Towards a More Balanced Growth in the World Economy“, die Veranstaltung im September war mit „World Economy: Is the Party Already Over?“ betitelt. Mehr als einhundert Ex-

perten aus Europa, Japan und den USA analysierten die konjunkturelle Lage der Weltwirtschaft und diskutierten die zukünftige Entwicklung in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern.

Am 6. und 7. Mai 2004 war das Institut Gastgeber der *Frühjahrstagung der Association d'Instituts Européens de Conjoncture Economique* (AIECE). Vertreter von 38 europäischen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie mehrerer internationaler Organisationen (IWF, EU, EZB, Eurostat, OECD und UN) analysierten Fragen der konjunkturellen Entwicklung sowie längerfristige Implikationen der EU-Osterweiterung. Das Institut wurde durch Klaus-Jürgen Gern, Frank Oskamp und Joachim Scheide vertreten; letzterer wurde zum neuen Präsidenten der AIECE gewählt.

Anlässlich des *20. Jubiläums des Advanced Studies Program* veranstaltete das Institut am 27. und 28. März 2004 eine Konferenz zum Thema „The World Economy: Perspectives for the 21st Century", an der zahlreiche Alumni des Advanced Studies Program teilnahmen. Es referierten Rolf J. Langhammer (Institut für Weltwirtschaft), Anne-Marie Gulde (Internationaler Währungsfonds) und Christian Ketels (Institute for Strategy and Competitiveness, Harvard Business School). Sebastian Edwards (University of California at Los Angeles) hielt die Anniversary Lecture über „Current Account Adjustment in the World Economy".

Am 26. Juni 2004 wurde die *Bernhard-Harms-Medaille* an Professor Dr. Dr. h.c. Helmut Hesse und an Professor Dr. Dr. h.c. Otmar Issing verliehen. Mit dieser Medaille werden Persönlichkeiten geehrt, die sich um das Institut für Weltwirtschaft und um die weltwirtschaftliche Forschung in der Tradition von Bernhard Harms, dem Institutsgründer, verdient gemacht haben. Nach der Laudatio von Rolf J. Langhammer folgten die Festvorlesungen „Globalisierung – Chance oder Niedergang?" von Helmut Hesse und „Globalisierung – Zerrbild und Wirklichkeit" von Otmar Issing.

Im August wurde Professor Maurice Obstfeld von der Universität Berkeley in Kalifornien mit dem *Bernhard-Harms-Preis* ausgezeichnet. Maurice Obstfeld ist der 21. Preisträger des seit 1965 vergebenen Preises, der derzeit mit 25 000 Euro dotiert ist. Maurice Obstfelds Forschungen konzentrieren sich auf Probleme der internationalen Finanzmärkte und auf internationale Makroökonomie. Ziel seiner Arbeiten auf diesem Gebiet ist, diejenigen ökonomischen Größen zu identifizieren und zu erklären, die zu einer Integration internationaler Finanz- und Kapitalmärkte beitragen. Seine Forschungsergebnisse sind in zahlreichen Artikeln in renommierten internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht worden; seine Lehrbücher gehören zu den internationalen Standardwerken auf ihrem Gebiet. Anlässlich der Preisverleihung am 27. August

2004 durch Rolf J. Langhammer hielt Maurice Obstfeld eine Festvorlesung mit dem Titel „External Adjustment“.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken und Dokumentationsstellen der Ost-, Ostmittel- und Südosteuropaforschung (ABDOS) e.V. und der Südosteuropa-Gesellschaft München (SOG) veranstaltete die Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft Kiel (ZBW), vom 24. bis 26. Mai 2004 die 33. ABDOS-Tagung zum Thema *„Die erweiterte Europäische Union und Südosteuropa: Stand und Perspektiven der Informationsvermittlung*“. Thematische Schwerpunkte der Tagung waren die Europäische Integration und Informationslandschaft, Osteuropa-Portale sowie internationale Kooperation bei dem Informations- und Literaturaustausch. Die ZBW war vertreten durch Frauke Siefkes, Olena Dolud, Susanne Schäfers und Birgit Fingerle.

In einer Reihe weiterer Workshops war ebenfalls Osteuropa der thematische Schwerpunkt. Am 5. und 6. Februar 2004 veranstaltete das Institut gemeinsam mit dem International Center for Economic Growth – European Center (IGEC-EC) in Budapest einen Workshop zum Thema *„Economic and Political Relations after the EU Enlargement: The Visegrad Countries and Russia, Ukraine, Belarus and Moldova“*. Zusammen mit der New Economic School veranstaltete das Institut in Moskau am 4. Juni 2004 einen Workshop zum Thema *„Analysis of Monetary and Trade Policy Questions for the Russian Federation“*, und am 12. und 13. Juli 2004 organisierte das Institut gemeinsam mit der United Nations University – Comparative Regional Integration Studies (UNU-CRIS) in Brügge (Belgien) einen Workshop über „Monetary Policy in Selected CIS Countries“. Das Institut war jeweils mit einem Vortrag von Lúcio Vinhas de Souza („Monetary Policy Rules for Russia“) vertreten.

Im Rahmen des *Euro-Latin Study Network on Integration and Trade (ELSNIT),* das von der Inter-American Development Bank initiiert wurde und bei dem das Institut gemeinsam mit Centre de Recerca en Economia International (CREI), dem Robert Schuman Centre for Advanced Studies (RSC) und dem Centre d’Etudes Prospectives et d’Informations Internationales (CEPII) dem Steering Commitee angehört, fanden zwei Konferenzen statt. Am 27. und 28. April 2004 wurden auf einer vom Instituto para la Integracion de America Latina y el Caribe (INTAL) in Buenos Aires organisierten Konferenz die Ergebnisse der ersten ELSNIT Jahrestagung vorgestellt. Dabei präsentierten die Steering Committee Mitglieder Policy Papiere zu den von ihnen vorbereiteten Themenbereichen. Das Institut war mit einem Vortrag von Rolf J. Langhammer zum Thema „EU-Enlargement and the Adjustment Process“ vertreten; das Papier wurde zusammen mit Rainer Schweickert verfasst. Außerdem fand am 29. und 30. Oktober 2004

die zweite ELSNIT Jahrestagung am RSC in Florenz statt. Das Institut organisierte dabei gemeinsam mit CEPII die Sitzung zu empirischen Aspekten von Integration and Handel. Außerdem fanden Sitzungen zu makroökonomischen und institutionellen Aspekten von Integration und Handel statt, die von CREI bzw. vom RSC organisiert wurden. In den drei Sitzungen wurden jeweils sechs vom Steering Committee ausgesuchte Papiere vorgetragen und diskutiert. Das Institut wurde durch Rolf J. Langhammer und Rainer Schweickert vertreten.

Gemeinsam mit SUERF – The European Money and Finance Forum veranstaltete das Institut am 27. und 28. Februar 2004 einen Workshop zum Thema „*Banking Risks in International Markets*“. Die elf Vorträge beschäftigten sich mit internationalen Aktivitäten von Banken und die sich daraus ergebenden Risiken für die Stabilität des Bankensystems. Die Zusammensetzung des Workshops aus internationalen Wissenschaftlern, Zentralbankern und Privatbankern regte zu interessanten Diskussionen an. Das Institut wurde durch Claudia Buch, Christian Pierdzioch, Andrea Schertler und Stéphanie Stolz vertreten.

Gemeinsam mit der Deutschen Bundesbank und der Universität Tübingen veranstaltete das Institut am 8. und 9. Oktober 2004 einen Workshop zu dem Thema „*Multinationals and International Integration*“. Auf dem Workshop diskutierten zahlreiche international renommierte Wissenschaftler aus dem In- und Ausland unter anderem über die Rolle multinationaler Unternehmen für den intraindustriellen Handel, die Determinanten ausländischer Direktinvestitionen sowie die Bedeutung multinationaler Unternehmen für den internationalen Konjunkturzusammenhang. Ferner wurden die Rolle multinationaler Unternehmen für die Entwicklung internationaler Aktienmärkte und die daraus folgenden Implikationen für die optimale Portfoliodiversifikation von Investoren diskutiert. Das Institut wurde durch Rolf J. Langhammer, Claudia Buch sowie durch Jörn Kleinert, einem ehemaligen Mitarbeiter der Forschungsabteilung I, vertreten.

Als Teil des Forschungsprojektes „European Financial Markets, Venture Capital, and High-Tech Firms“ veranstaltete das Institut am 23. Februar 2004 einen internationalen Workshop zu dem Thema „*European Integration, Financial Systems and Corporate Performance*“. In diesem Workshop wurden sowohl makroökonomische als auch mikroökonomische Fragen diskutiert, insbesondere zum Einfluss der Finanzmärkte auf das Wirtschaftswachstum im europäischen Binnenmarkt, zum Einfluss der europäischen Geldpolitik auf das Investitionsverhalten privater Unternehmen, zu den Auswirkungen nationaler Arbeitsmarkt- und Finanzmarktregulierungen auf unternehmerische Investitionsentscheidungen, zur empirischen Bedeutung von Finanzierungsrestriktionen bei der Einführung neuer Technologien und zur Entwicklung des europäischen Marktes für Venture Capital. Das Institut wurde durch Christian Pierdzioch, Andrea Schertler und Michael

Stolpe (Vortrag „Europe's Entry into the Venture Capital Business: Efficiency and Policy") vertreten.

Gemeinsam mit dem Center for Information and Network Economics der Ludwig-Maximilians-Universität München und dem Ifo-Institut München veranstaltete das Institut am 30. und 31. August 2004 zum vierten Mal in Folge den „*Kiel-Munich Workshop on the Economics of Information and Network Industries*". In den Beiträgen der rund 20 Teilnehmer aus dem In- und Ausland ging es unter anderem um die theoretische Analyse von Marktversagen und Regulierungsaufgaben in der Telekommunikation und der Energiewirtschaft sowie um die Modellierung von Wettbewerbsprozessen im e-business. Tagungsort war das Kloster Seeon bei München. Das Institut wurde durch Henning Klodt vertreten.

Gemeinsam mit dem IT-College Putbus und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit veranstaltete das Institut am 8. und 9. Juli 2004 einen Workshop zum Thema „*Open Source Software*" in Putbus auf Rügen. Am ersten Tag stand das ökonomische Potential von Open Source Software, insbesondere dessen Bedeutung für Wettbewerb und Innovationen auf Softwaremärkten, im Mittelpunkt, am zweiten Tag wurden Rahmenbedingungen und Markthemmnisse analysiert. Etwa dreißig Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wissenschaft und Praxis diskutierten über die Bedeutung von Open Source Software und einen möglichen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf. Das Institut wurde durch Henning Klodt und Jens Mundhenke vertreten.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) veranstaltete das Institut am 17. Dezember 2004 einen Workshop, bei dem verschiedene aktuelle wirtschaftspolitische Probleme aus dem Blickwinkel privater Unternehmen und aus der Sicht der Wissenschaft beleuchtet wurden, darunter die Themen Wachstumsperspektiven für Deutschland, Arbeitsmarktreform, EU-Erweiterung und Zuwanderungspolitik. Das Institut wurde durch Alfred Boss, Björn Christensen, Hugo Dicke, Federico Foders, Joachim Scheide und Jürgen Stehn vertreten.

Anlässlich der Kieler Woche wurde wieder eine *Vortragsreihe* (21.–24. Juni 2004) organisiert, um die Forschungsaktivitäten des Instituts einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. Es referierten Björn Christensen über „Arbeitslosigkeit in Deutschland: Ursachen und Lösungswege", Sonja Peterson über „Europäischer Emissionshandel: Effiziente Klimapolitik oder Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit?", Joachim Scheide über „Wirtschaftspolitik in Deutschland: Aufbruch oder Stillstand?" und Matthias Lücke über „Die Welthandelsordnung nach Cancun: Droht eine Nord-Süd-Konfrontation?".

Im Rahmen der *Staff-Seminare* referierten im Jahr 2004 am Institut Ulrich Wagner (Yale University) über „Testing the Pollution Havens Hypothesis for the German Manufacturing Sector“, Filip Abraham (Universität Leuven) über „EU-Enlargement towards Central and Eastern European Countries“, Yelena Kalyuzhnova (University of Reading) über „EU Interests in the Caspian Sea Region“, Ron Boschma (Universität Utrecht) über „The Spatial Formation of the Automobile Industry in Great Britain 1968–1985“ und Philip Lane (University College Dublin) über „Financial Globalization and Exchange Rates“.

Ende November besuchte außerdem Nobelpreisträger Robert Mundell das Institut für Weltwirtschaft und hielt einen Vortrag über „The Case for a World Currency“.

Seit Oktober 2004 organisiert das Institut für Weltwirtschaft gemeinsam mit dem Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität das *Erich-Schneider-Seminar*. Einer Einladung nach Kiel folgten im abgelaufenen Jahr David Goldbaum (Rutgers University Newark) mit einem Vortrag „On the Possibility of Informationally Efficient Markets“, Dennis J. Snower (IfW) über „A Reappraisal of the Inflation-Unemployment Tradeoff“, Axel Börsch-Supan (Universität Mannheim) über „Life Cycle Risks“, Salvatore Barbaro (Universität Mainz) über „Shilling, Squeezing, Sniping: Explaining Late Bidding in Online Second-price Auctions“, Marzia Romanelli (Universität Pisa) über „Reforming the Italian Pension System in the 21st Century: A Micro-Simulation Approach“ und Daniel Phaneuf (University of North Carolina Raleigh) über „Differing Values of Time for Nonmarket Valuation: A Theoretical and Empirical Comparison“.

2. Beteiligung an auswärtigen Konferenzen

Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts wurden auch im Jahr 2004 wieder zu nationalen und internationalen Konferenzen eingeladen, um ihre Forschungsergebnisse zu präsentieren und ihre Erfahrungen weiterzugeben:

BODE, E., 43rd Annual Meeting of the Western Regional Science Association in Wailea (Vortrag „Output Effects of Agglomeration Externalities“).

BODE, E., 4th Congress on Proximity Economics: Proximity, Networks and Coordination in Marseille (Vortrag „Productivity Effects of Agglomeration Externalities“).

BODE, E., 44th European Congress of the European Regional Science Association in Porto (Vortrag „Agglomeration Externalities in Germany“).

BOSS, A., Tagung „Hayek-Tage 2004“ der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft und der Friedrich A. von Hayek-Stiftung in Freiburg.

BOSS, A., Tagung „Duale Einkommensteuer: Modell für eine grundlegende Steuerreform“ des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des Max-Planck-Instituts für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht der Justus-Liebig-Universität Gießen in Frankfurt am Main.

BOSS, A., Roundtable „Tax Competition“ des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Heritage Foundation und dem Center for Freedom and Prosperity in Berlin (Vortrag „The Taxation of Capital Income: Is Harmonization Desirable?“).

BOSS, A., Kolloquium „Föderalismusreform als wirtschaftspolitische Chance“ der Friedrich-Naumann-Stiftung in Berlin (Vortrag „Steuerwettbewerb“).

CARSTENSEN, K., Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden (Vortrag „Stock Market Downswing and the Stability of Money Demand in the Euro Area“).

CARSTENSEN, K., Statistische Woche in Frankfurt am Main (Vortrag „Assessing and Improving the Performance of Nearly Efficient Unit Root Tests in Small Samples“).

CHRISTENSEN, B., XV. Malenter Symposium „Youth Employment, Empowerment and Participation: Securing the Future“ in Lübeck.

DOHSE, D., 19th Congress of the European Economic Association and Econometric Society European Meeting in Madrid (Vortrag „The Impact of Location on Firm Growth“).

DOHSE, D., DRUID Summer Conference 2004 „Industrial Dynamics, Innovation and Development“ in Kopenhagen (Vortrag „Concentration, Co-Agglomeration and Spillovers – The Geography of New Market Firms in Germany“).

DOHSE, D., Internationaler Workshop „Cluster Policies and Local Development“ der Universitá Cattolica del Sacro Cuore in Piacenza (Vortrag: „Cluster-Based Technology Policy – The German Experience“).

DOHSE, D., Jahrestagung des Ausschusses für Regionaltheorie und Regionalpolitik des Vereins für Socialpolitik in Kiel (Vortrag „Measuring and Testing Localization – Where Do We Stand?“).

FODERS, F., Göttinger Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ der Georg-August-Universität in Göttingen (Vortrag „Long-Run Determinants of Immigration to Germany 1974–1999: A Ricardian Approach“).

FODERS, F., Konferenz „Structural Change and Exchange Rate Dynamics in the Context of EU Eastern Enlargement“ der Universität Wuppertal (Comment zu „The Absence of Technology Spillovers from FDI in Transition Economies“).

FODERS, F., Tagung „Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa“ des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holsteins im Bildungszentrum Tannenfelde (Vortrag „Stand der Reformen in Polen“).

FODERS, F., Seminar „Europa-Lateinamerika: Zwischen globalen und nationalen Interessen“ der Gustav-Heinemann Bildungsstätte in Malente (Vortrag „Erweiterung der amerikanischen Freihandelszone: Vorbild EU?“).

GERN, K.-J., Workshop „Presidential and Congressional Elections 2004 in the United States: Politics, Economics and Transatlantic Implications“ des Council on Foreign Relations und der Deutschen Bank Research in Berlin (Comment zu Peter Hooper „Towards Recovery: The US Economic Outlook“).

GERN, K.-J., 7. Jahrestagung Energie der Berlin-Brandenburgischen Akademie für Wohnungswirtschaft (BBA) in Berlin (Festvortrag „Auswirkungen des Energiepreisanstiegs auf die Weltwirtschaft“).

GIERSCH, H., Wirtschaftspolitisches Symposium der Herbert-Giersch-Stiftung „Herausforderungen des demographischen Wandels für die neuen Bundesländer“ in Berlin.

GIERSCH, H., Magdeburg Workshop der Herbert-Giersch-Stiftung „Labour Market Imperfections, Unemployment, and Growth“ in Schloss Wendgräben.

GUNDLACH, E., 9th International Convention der East Asian Economic Association in Hongkong (Vortrag „The Primacy of Institutions Reconsidered: The Effects of Malaria Prevalance in the Empirics of Development“).

GUNDLACH, E., Fortbildung „Bildungsökonomie für alle“ der GTZ Eschborn (Vortrag „Neuere Erkenntnisse der empirischen Wachstums- und Entwicklungsforschung“).

GUNDLACH, E., Workshop des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Bonn (Vortrag „Investition in Humankapital“).

HAMMERMANN, F., UACES Conference in Birmingham (Vortrag „Evaluating the Role of the Exchange Rate in Inflation Targeting Regimes of Emerging Market Economies“).

HAMMERMANN, F., IXth Spring Meeting of Young Economists in Warschau (Vortrag „Evaluating the Role of the Exchange Rate in Inflation Targeting Regimes of Emerging Market Economies“).

HAMMERMANN, F., 6. Göttinger Workshop Int. Wirtschaftsbeziehungen (Vortrag „A VAR Analysis of Monetary Policy in Poland and Chile: Do Exchange Rates Matter?“) in Göttingen.

HAMMERMANN, F., 7. Entwicklungspolitisches Seminar des Vereins für Entwicklungsökonomische Forschungsförderung in Weimar.

HAMMERMANN, F., Review of Economic Studies Meeting 2004 an der Humboldt-Universität Berlin.

HENKE, J.M., 2. Fachkongress für Biokraftstoffe „Kraftstoffe der Zukunft 2004“ der Landesvertretung Niedersachsen in Berlin (Vortrag „Bioethanol und globale Marktentwicklung für Biokraftstoffe“).

HENKE, J.M., PhD Summer Academy „Creating and Transforming Markets for Sustainability“ der Universität St. Gallen (Vortrag „Information as an Environmental Policy Instrument“).

HENKE, J.M., Workshop „Innovationen bei der Bioethanolerzeugung und ihre Auswirkungen auf Energie- und Treibhausgasbilanzen“ der Meó Consulting Team für die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe im Auftrag des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft in Köln.

HENKE, J.M., Workshop „Marktanalyse Nachwachsende Rohstoffe“ der Meó Consulting Team für die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe im Auftrag des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft in Köln.

HENKE, J.M., Internationaler Kongress „E-World, Energy & Water“ in Essen (Vortrag „Kraftstoffe auf biologischer Basis im Vormarsch. Globale Sicht: Zukunftschancen und Zukunftsrisiken“).

KAMPS, A. IX. Spring Meeting of Young Economists in Warschau (Vortrag „Could Deflation in Japan Have Been Foreseen?“).

KAMPS, C., Jahrestagung der European Economic Association in Madrid (Vortrag „The Dynamic Effects of Public Capital: VAR Evidence for 22 OECD Countries“).

KAMPS, C., Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden (Vortrag „The Dynamic Effects of Public Capital: VAR Evidence for 22 OECD Countries“).

KAMPS, C., Jahrestagung des International Institute of Public Finance in Mailand (Vortrag „The Dynamic Effects of Public Capital: VAR Evidence for 22 OECD Countries“).

KAMPS, C., 1st EUROFRAME Conference on Economic Policy Issues in the European Union in Paris (Vortrag „The Dynamic Effects of Public Capital: VAR Evidence for 22 OECD Countries“).

KLEPPER, G., Symposium der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe im Auftrag des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft in Berlin.

KLEPPER, G., Nationales Kolloquium des Nationalen Komitees für Global Change Forschung (NKGCF) zur Global Change Forschung in Berlin (Moderation der Podiumsdiskussion „A New Paradigm for Global Change Research“).

KLEPPER, G., Umweltpolitischer Salon des Auswärtigen Amtes in Berlin (Vortrag „Die Konkretisierung des Stabilisierungsziels der Klimarahmenkonvention“).

KLEPPER, G., Symposium „Warnsignal Klima“ der Universität Hamburg (Vortrag „Mögliche Folgen der Wasserknappheit für die Weltwirtschaft“).

KLEPPER, G., Workshop zur Global Change Forschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Bonn.

KLEPPER, G., Rundgespräch der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Konsummuster, Ressourcenverbrauch und Globaler Wandel“ in Bonn.

KLEPPER, G., Tagung „Wirtschaftswachstum oder Klimaschutz?“ der Evangelischen Akademie in Loccum (Vortrag „Wirtschaftliche Entwicklung und deren klimapolitische Relevanz“).

KLEPPER, G., Workshop der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Anwendungsorientierung der Global Change Forschung“ in Berlin (Vortrag „Nutzen und Kosten proaktiver Strategien“).

KLEPPER, G., Tagung „Untersuchung der Biokraftstoffproduktion und des Biokraftstoffmarktes in Brasilien“ der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe im Auftrag des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft in São Paulo (Vortrag „Energie- und Treibhausgasbilanzen für Ethanol“).

KLEPPER, G., Network of World Class Economist Meeting der European Environment Agency (EEA) in Brüssel.

KLEPPER, G., XXII MIT Global Change Forum und 6th FEEM Climate Policy Workshop der Fondazione Eni Enrico Mattei in Venedig.

KLEPPER, G., Workshop des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) „Sustainability Impact Assessment – Herausforderungen für die ökologisch-ökonomische Modellbildung“ in Berlin (Vortrag „Integrierte ökologisch-ökonomische Modelle im Klimaschutz“).

KLEPPER, G., 34th ISC-Symposium „Wachstum ohne Grenzen?“ der ISC-Foundation in St. Gallen (Vortrag „No Limits to Growth? – No Limits to Growth!“).

KLEPPER, G., Workshop „Sozialwissenschaftliche Forschung zum globalen Wandel“ des Geographischen Insituts der Universität Bonn.

KLEPPER, G., Workshop „Integrated Assessment of Sustainable Development“ des Abdus Salam International Centre for Theoretical Physics in Triest (Vortrag „Marginal Abatement Costs in General Equilibrium – The Role of World Energy Prices“).

KLEPPER, G., Workshop „Ökobilanzen für Ethanol“ des meó Consulting Team in Hannover (Vortrag „Energie- und Treibhausgasbilanz für Ethanol“).

KLODT, H., Tagung „Dienstleistungsstandort Niedersachsen“ des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik in Hannover (Vortrag „Der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft – Ausprägung, Ursachen und Perspektiven“).

KLODT, H., Podiumsdiskussion „Globalisierung – Traum oder Albtraum?“ der Theatergesellschaft in Kiel (Podiumsteilnehmer).

KLODT, H., Konferenz „The Transition to Market-guided Reform in the Democratic People’s Republic of Korea“ des Korea Institute for Future Strategies in Bonn (Vortrag „The Transition to Market-guided Economies in Post-Socialist Countries: Experiences, Lessons, and Implications for the Democratic People’s Republic of Korea“).

KLODT, H., 33. Gespräch der List Gesellschaft „50 Jahre List Gesellschaft – Was hat uns List heute noch zu sagen?“ in Frankfurt am Main (Vortrag „EU-Osterweiterung: Anpassungsdruck für die deutsche Wirtschaft?“).

KLODT, H., Sitzung „Effizienz und Wettbewerb“ der Arbeitsgruppe Wettbewerb des Wirtschaftspolitischen Ausschusses im Verein für Socialpolitik in Münster.

KLODT, H., Jahrestagung „Institutionelle Grundlagen effizienter Wirtschaftspolitik“ des Wirtschaftspolitischen Ausschusses im Verein für Socialpolitik in Münster.

KLODT, H., J. MUNDHENKE, Workshop „Open Source Software“ des IT-College Putbus, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Instituts für Weltwirtschaft in Putbus (Vortrag „Die Bedeutung von Open Source Software für Wettbewerb und Innovation“).

KRIEGER-BODEN, C., 44th European Congress „Regions and Fiscal Federalism“ der European Regional Science Association (ERSA) in Porto (Vortrag „Regional Structural Change and Cohesion in the Process of European Integration: A Comparison of French, German, Portuguese and Spanish Regions“).

KRIEGER-BODEN, C., Regionalwissenschaftliche Konferenz der IHK Halle-Dessau in Halle/Saale (Vortrag „Regionalpolitische Ansätze und ihre Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung“).

KRIEGER-BODEN, C., Konferenz „New Economic Geography – Closing the Gap between Theory and Empirics“ des HWWA, der Utrecht School of Economics und der Universität Groningen in Hamburg (Comment zu Matthieu Crozet and Parmina Koenig „The Cohesion vs Growth Tradeoff: Evidence from EU Regions“).

KRIEGER-BODEN, C., 2nd Workshop des EURECO-Projektes „The Impact of European Integration and Enlargement on Regional Structural Change and Cohesion“ in Volos (Vortrag „Country Studies on Spain, France, and Germany“).

LAASER, C.-F., 33. Wissenschaftliche Tagung der ABDOS e.V. „Die erweiterte Europäische Union und Südosteuropa – Stand und Perspektiven der Informationsvermittlung“ in Kiel (Vortrag „Neue Partner in Europa“).

LAASER, C.-F., 43. Sitzung des Fachausschusses Seeschifffahrtsstraßen, Hafen und Schiff der HTG/STG in der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord in Kiel (Vortrag „Der Weg der Baltischen Staaten in den Europäischen Binnenmarkt – Die Ostsee als Integrationsmotor“).

LAASER, C.-F., Sitzung des Ständigen Fachausschusses des Deutschen Nautischen Vereins von 1868 e.V. in Hamburg (Vortrag „Der Weg der Baltischen Staaten in den Europäischen Binnenmarkt – Die Ostsee als Integrationsmotor“).

LAASER, C.-F., Tagung „Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa“ des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holsteins im Bildungszentrum Tannenfelde (Vortrag „Die baltischen Staaten: Von der UdSSR in die EU“).

LAASER, C.-F., Tagung „Lebensraum Stadt: Zivilisation oder Barbarei?“ des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holsteins und der Hermann Ehlers Akademie in Kiel.

LANGHAMMER, R.J., Konferenz des „Euro-Latin Study Network on Integration and Trade“ der Inter-American Development Bank in Buenos Aires.

LANGHAMMER, R.J., Jahrestagung 2004 „Neuere Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit“ des Ausschusses Entwicklungsländer des Vereins für Sozialpolitik in Köln.

LANGHAMMER, R.J., Wissenschaftliche Tagung „Reformstau in Europa?“ der ARGE in Berlin.

LANGHAMMER, R.J., Jahrestagung 2004 „Marktwirtschaft und Risiko“ des Ausschusses für Entwicklungsländer des Vereins für Socialpolitik in Dresden.

LANGHAMMER, R.J., 5th World Knowledge Forum, KDI School Session on National Growth Strategies to Achieve $20,000 per capita GDP in Seoul (Vortrag „The German Economic Sclerosis: Cyclical, Structural, Surmountable?“).

LANGHAMMER, R.J., XV Malente Symposium „Youth Employment, Empowerment and Participation: Securing the Future“ der Dräger-Stiftung in Lübeck.

LANGHAMMER, R.J., Second Annual Conference of the Euro-Latin Study Network on Integration and Trade (ELSNIT) der Inter-American Development Bank in Florenz (als Steering Committee Mitglied).

LANGHAMMER, R.J., Workshop „Integration in Asia and Europe: Historical Dynamics, Political Issues and Economic Perspectives“ der Universität Wuppertal.

LAY, J., World Bank Annual Bank Conference on Development Economics (ABCDE) „Doha, Monterrey and Johannesburg: Are We on Track?“ in Brüssel.

LAY, J., 7th Annual Conference on Global Economic Analysis „Trade, Poverty, and the Environment“ der Purdue University in Washington, D.C.

LORZ, O., Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden (Vortrag „On the Endogenous Allocation of Decision Powers in Federal Structures“).

LORZ, O., Jahrestagung des International Institute of Public Finance in Mailand (Vortrag „On the Endogenous Allocation of Decision Powers in Federal Structures“).

LORZ, O., Konferenz „Research in International Economics and Finance“ in Paris (Vortrag „On the Endogenous Allocation of Decision Powers in Federal Structures“).

LORZ, O., Göttingen Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ (Vortrag „On the Endogenous Allocation of Decision Powers in Federal Structures“).

LÜCKE, M., Arbeitsforum „Wirtschaftsentwicklung in Belarus“, Deutsch-Belarussische Partnerschaftskonferenz des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Minsk.

LÜCKE, M., Internationaler Politikdialog „Export Competitiveness – Verbesserung der Exportfähigkeit von Entwicklungsländern“ der InWEnt und UNCTAD in Bonn.

MEIER, C.-P., Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden (Vortrag „Assessing Macroeconomic Forecast Uncertainty: An Application to the Risk of Deflation in Germany“).

MERKL, C., 3rd Annual Conference „Forecasting Financial Markets and Economic Decision-Making“ in Lodz (Vortrag „A Preliminary Evaluation of Monetary Policy Rules for Russia“).

MERKL, C., Workshop der volkswirtschaftlichen Studienabteilung der Österreichischen Nationalbank in Wien (Vortrag „Die Effekte der Kapitalregulierung auf den Transmissionsmechanismus der Geldpolitik“).

MERKL, C., UACES 34th Annual Conference and 9th Research Conference „The European Union: New Neighbours, New Challenges“ in Birmingham (Vortrag „An Evaluation of Monetary Policy Rules for Russia“).

MUNDHENKE, J., Konferenz „Kommerzielle Software und Open Source Software – Ein kompakter Überblick aus Wissenschaft und Praxis“ des Bundesverbandes Digitale Wirtschaft in Berlin (Vortrag „Open Source Software im Wettbewerb“).

MUNDHENKE, J., Konferenz „Open Source Software im Professionellen Einsatz“ des IT-College in Putbus (Vortrag „Die Bedeutung von Open Source Software für Wettbewerb und Innovation“).

MUNDHENKE, J., Workshop „Open Source Software“ des IT-College Putbus, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Instituts für Weltwirtschaft in Putbus (Vortrag „Open Source Software im Wettbewerb: Rahmenbedingungen und Markthemmnisse“).

NUNNENKAMP, P., International Seminar „FDI Policies and Regulation: How to Foster Economic Development?“ der Consumer Unity and Trust Society (CUTS Centre for Competition, Investment & Economic Regulation) in Genf (Vortrag „How to Promote Development-Friendly FDI: An Agenda for Policy Changes“).

NUNNENKAMP, P., Kongress für Unternehmen und Wissenschaft „Zukunftsaussichten der deutschen Automobil- und Automobilzulieferindustrie“ der Ruhr-Universität Bochum (Vortrag „Internationale Wertschöpfungsketten und Absatzmärkte: Das Beispiel der deutschen Automobilindustrie“).

NUNNENKAMP, P., XXI International Scientific Conference „Regional and Global Development in the Modern World Economy“ der Wroclaw University of Economics in Breslau (Vortrag „How to Promote Development-Friendly FDI: An Agenda for Policymakers in Developing and Transition Countries“).

NUNNENKAMP, P., Seminar für Sicherheitspolitik 2004 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin (Vortrag „Verteilungspolitische Herausforderungen der Globalisierung: Die Rolle von IWF und Weltbank“).

NUNNENKAMP, P., International Conference „Institutions and Development Performance“ des Arab Planning Institute in Beirut (Vortrag „Why Economic Growth Has Been Weak in Arab Countries. The Role of Exogenous Shocks, Economic Policy Failure and Institutional Deficiencies“).

NUNNENKAMP, P., International Seminar „Socially Responsible Investment for Development Financing Institutions“ der Association of Development Financing Institutions in Asia and the Pacific (ADFIAP) in Hongkong (Vortrag „New Paradigm, Latest Fad, or Ingenious Plot? A View on CSR and SRI-related Issues from Developed Markets“).

NUNNENKAMP, P., Trilaterale Konferenz „Perspektiven der EU-Russland-Beziehungen nach der EU-Erweiterung“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin (Impulsreferat „Zum ordnungspolitischen Spannungsverhältnis von Staat und Wirtschaft“).

NUNNENKAMP, P., Workshop „New Issues in Regional Monetary Coordination“ des Institute for Ibero-American Studies in Hamburg (Discussant „Chances and Limits of South-South Monetary Coordination“).

NUNNENKAMP, P., Seminar „Globalization and Regionalism: Liberal Stocktaking of Chances and Risks“ der internationalen Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach (Vortrag „Globalization and Regionalism: Economic Alternatives or Complementary Concepts?“).

NUNNENKAMP, P., International Expert Meeting „Discussing Recent Evaluation Results of the Independent Evaluation Office of the IMF“ der InWEnt in Berlin.

NUNNENKAMP, P., Fachkongress „Globalisierung gestalten: Herausforderungen für die deutsche Entwicklungsforschung und -politik“ des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn (Panelteilnehmer „Schwellenländer als Partner bei der Gestaltung der Globalisierung“).

NUNNENKAMP, P., Seminar „Challenges Facing the Arab Entrepreneurs in the Globalization Era“ der Friedrich-Naumann-Stiftung und des Arab Forum for Young Entrepreneurs in Kairo (Vortrag „Globalization – Opportunities for Economic Growth in the Arab World“).

NUNNENKAMP, P., Konferenz „Development Aid: Why and How? – Towards Strategies for Effectiveness“ der Agence Française de Développement und des European Development Research Network in Paris.

NUNNENKAMP, P., Seminar „Die internationalen Finanz- und Handelsorganisationen und Global Governance“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (Vortrag „Die internationalen Finanzkrisen der 90er Jahre: Auswirkungen für Weltbank und IWF“).

NUNNENKAMP, P., Second International HWWA-Conference on Public Choice and Development „The Political Economy of Aid“ des HWWA in Hamburg (Vortrag „Targeting Aid to the Needy and Deserving: Nothing But Promises?“).

PETERSON, S., Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden (Vortrag „The EU Emissions Trading Scheme – Allowance Prices, Trade Flows, Competitiveness Effects“).

PETERSON, S., International Conference on „Input-Output and General Equilibrium: Data, Modeling and Policy Analysis“ der ECOMOD und der International Input-Output Association (IIOA) in Brüssel (Vortrag „The EU Emissions Trading Scheme – Allowance Prices, Trade Flows, Competitiveness Effects“).

PETERSON, S., Annual Meeting of the International Energy Workshop des Energy Modeling Forum (EMF), der International Energy Agency (IEA) und des International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) in Paris (Vortrag „The EU Emissions Trading Scheme – Efficient Climate Policy or a Danger for the European Competitiveness?“).

PIERDZIOCH, C., Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden (Vortrag „The Effects of the Foreign Exchange Market Interventions of the Bank of Japan on the $/Yen Exchange Rate Volatility“).

PIERDZIOCH, C., S. YENER, Workshop on Computational Finance in Kiel (Vortrag „On the Hump-Shaped Output Effect of Monetary Policy in an Open Economy“).

SCHEIDE, J., Review of Economic Studies Meeting 2004 an der Humboldt-Universität Berlin.

SCHEIDE, J., EUROFRAME-Konferenz „Fiscal Policies in the European Union“ bei der OFCE in Paris (Vortrag „What Is a Good Fiscal Policy?“).

SCHEIDE, J., Treffen des Advisory Board in Blekinge Institute of Technology und Konferenz (Vortrag „Germany – A Drag for Euroland’s Economy“.)

SCHEIDE, J., Tagung der europäischen Konjunkturinstitute (AIECE) bei der EU in Brüssel.

SCHEIDE, J., Hermann Ehlers Akademie in Kiel (Vortrag „Wirtschaftspolitik in Deutschland: Kommt der kranke Mann Europas wieder auf die Beine?“).

SCHERTLER, A., Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden (Vortrag „European Venture Capital Markets: Sources of Funds and Investment Characteristics“)

SCHRADER, K., Tagung „Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa“ des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holsteins im Bildungszentrum Tannenfelde (Vortrag „Mittel- und Osteuropa im Transformationsprozess“).

SCHRÖDER, H., Tagungen der Facharbeitsgruppe „Technische Infrastruktur“ des GBV in Göttingen, Illmenau, Hannover und Hamburg.

SCHRÖDER, H., Tagung des Arbeitskreises IT der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin (Vortrag „Neukonzeption des Intranets der WGL“ und „Reorganisation der Soft- und Hardwaredatenbank“).

SCHRÖDER, H., Tagung des Arbeitskreises IT der Leibniz-Gemeinschaft im Forschungsinstitut Senckenberg in Frankfurt am Main (Vortrag „Das Intranet der WGL, Präsentation der neuen Wissensdatenbank“).

SCHWEICKERT, R., Second Annual Conference of the Euro-Latin Study Network on Integration and Trade der Inter-American Development Bank, des Robert Schuman Centre for Advanced Studies (RSC), des Center for Research in International Economics (CREI), des Centre d’Etudes Prospectives et d’Informations Internationales (CEPII) und des Instituts für Weltwirtschaft in Florenz.

SCHWEICKERT, R., International Policy Dialogue „Searching for Alternatives – Beyond the Washington Consensus“ von InWEnt/BMZ in Berlin (Vortrag „Fiscal and Monetary Policy – Appropriated Instruments for a Growth Policy?“).

SCHWEICKERT, R., Tagung „Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa“ im Bildungszentrum Tannenfelde (Vortrag „EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens – Utopie oder Realität?“).

SIEBERT, H., Seminar des Dipartamento di Scienze Economiche der Universität Bologna in Bologna (Vortrag „Why We Need the Stability Pact“).

SIEBERT, H., Alumni Conference „Regionalism versus Multilateralism: A False Choice?“ der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS), Johns Hopkins University Bologna in Bologna.

SIEBERT, H., Konferenz „Die Zukunft deutscher Unternehmen im globalen Wettbewerb“, Baden-Badener Unternehmer-Gespräche in Baden-Baden (Vortrag „Zukunftsszenarien der globalen Weltwirtschaft“).

SIEBERT, H., Seminar des Ministers der Russischen Föderation für wirtschaftliche Entwicklung und Handel in Moskau (Vortrag „Der Kobra Effekt – Über institutionelle Anreize“).

SIEBERT, H., Seminar des Leontief Instituts in St. Petersburg (Vortrag „Der Kobra Effekt – Über institutionelle Anreize“).

SIEBERT, H., Paneldiskussion der Wirtschaftswissenschaftlichen Nobelpreisträger an der Universität Konstanz und auf der Insel Mainau.

SIEBERT, H., Konferenz „Changes of Governance in Europe, Japan, and the U.S. – Corporations, State, Markets, and Intermediaries“ des Max Planck Institute for Foreign Private and Private International Law und des Japan-German Center Berlin in Berlin (Vortrag „Corporatist versus Market Approaches to Governance“).

SIEBERT, H., Konferenz „EMU and Economic Governance“ der EU-Kommission, zugleich Meeting der Group of Policy Advisers der European Commission in Brüssel.

SIEBERT, H., Panel Discussion „The Future of the European Union“ der NYU Stern School of Business in Paris.

SIEBERT, H., Tagung „Rheingauer Gespräche“ des Hessischen Ministerpräsidenten auf Schloss Johannisberg (Vortrag „Ein höherer Wachstumspfad von 3 Prozent plus – In Deutschland unmöglich?“).

SIEBERT, H., Kamingespräch der FAZ und der Ludwig-Erhard-Stiftung in Berlin (Vortrag „Wie gelangt Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad?“).

SIEBERT, H., 12. Schönhauser Gespräche „Deutschland altert – Die demographische Herausforderung annehmen“ des Bundesverbandes Deutscher Banken in Berlin (Vortrag „Deutschland altert – Die wirtschaftlichen Folgen“).

SOLTWEDEL, R., Konferenz der europäischen Verkehrsminister „ECMT Roundtable 128“ bei der OECD in Paris.

SOLTWEDEL, R., Internationale Konferenz „Urban Impacts of the Information Society: Facts, Fiction and Policies“ in Den Haag (Vortrag „Urban Specialization in the Information Age – Empirical Findings for Germany“).

SOLTWEDEL, R., Konjunkturgespräch der IHK Nord Westfalen „Weg vom Trend – mehr Wachstum für die Region“ in Münster (Vortrag „Zunehmende Bedeutung der Metropolen in der Wissensgesellschaft?“).

SOLTWEDEL, R., Deutsch-schweizerische Kooperation der Akademie für Raumplanung und Landesentwicklung in Bern (Vortrag „Volkswirtschaftlich effiziente Infrastrukturen und Akzeptanz für Marktwirtschaftliche Instrumente in der Raumplanung (MIR) durch verschiedene Akteursgruppen“).

SOLTWEDEL, R., Tagung der Sozialforschungsstelle Dortmund „Fokus-Gruppe Deutschland: Cluster! Politik?“ in Dortmund (Vortrag „Innovative Cluster – Zauberwort der regionalen Wirtschaftspolitik?“).

SOLTWEDEL, R., Workshop Wirtschaftsethik DIE FURCHE – Veranstaltungsreihe zu Fragen der Wirtschaftsethik des Instituts Austria perspektiv der Österreichischen Wirtschaft in Wien (Vortrag „Bleibt im internationalen Standortwettbewerb die Moral auf der Strecke?“).

SOLTWEDEL, R., Internationale Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung „Soziale Marktwirtschaft und harmonische Entwicklung“ in Peking (Vorträge „Regional- und Strukturförderung – Zur Angleichung regionaler Lebensverhältnisse“, „Ökonomie und Natur: Umweltverträgliches Wirtschaften als Problem von Wirtschaft und Politik“).

SOLTWEDEL, R., 1. Volkswirtschaftliches Kolloquium der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände „Aufbau Ost – Blühende Landschaften oder Mezzogiorno Mitteldeutschland?“ in Berlin.

SOLTWEDEL, R., Seminare der Konrad-Adenauer-Stiftung „El díalogo social México – Union Europea“ in México City (Vorträge „Der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Unternehmen in Deutschland“, „Soziale Marktwirtschaft im verschärften internationalen Standortwettbewerb“).

SPATZ, J., OECD Forum „Die Internationale Perspektive für Wachstum und Beschäftigung“ in Berlin.

SPATZ, J., World Bank Annual Bank Conference on Development Economics (ABCDE) „Doha, Monterrey and Johannesburg: Are We on Track?“ in Brüssel.

SPATZ, J., Workshop „Operationalizing Pro-poor Growth“ von Weltbank, AFD, DFID, BMZ, GTZ und KfW in Eschborn (Koautor „Operationalizing Pro-poor Growth – Country Case Study: Bolivia“).

SPATZ, J., XV. Malenter Symposium der Dräger-Stiftung „Youth Employment, Empowerment and Participation: Securing the Future“ in Lübeck.

SPINANGER, D., Jahrestagung der American Economic Association in San Diego (Comment zu „Phase 3 of the MFA Phaseout: Who Will Be the Dominant Players?“).

SPINANGER, D., EU-LDC Network Annual Conference „Multilateralism at Risk“ in Brüssel (Leiter der Session „Trade – A Developing Country Perspective“).

SPINANGER, D., „The Annual Workshop“ beim Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung in Wien (Comment zu „The Challenge to the EU by a Rising Chinese Economy“).

SPINANGER, D., Konferenz der Central Bank of Finland „Increased Interdependence of Greater China – Prospects and Pitfalls“ in Helsinki (Vortrag „The Rise of China – Implications for Europe“).

SPINANGER, D., Konferenz des French Institute of International Relations (ifri) „European Governance and European Opinions on Trade and Sustainable Development“ in Paris (Vortrag „Trade and Social Standards: What’s Next After the World Commission on the Social Dimension of Globalization?“)

SPINANGER, D., GTAP Konferenz bei der Weltbank in Washington (Vorträge „Trading Apparel: Developing Countries in 2005“ und „Liberalizing Quotas on Textile and Clothing: Has the ATC Actually Worked?“).

SPINANGER, D., Anti-Dumping-Konferenz zum 100-jährigen Bestehen von Anti-Dumping-Gesetzen der University of Nottingham in Nottingham (Vortrag „Trade Effects of the Anti-Dumping in the EU“).

SPINANGER, D., Luxemburger Finanzforum der Deutschen Bank Luxembourg S.A. in Luxemburg (Vortrag „Chinas Rolle in der Weltwirtschaft: Die Gefahren sind unsere Chancen“).

SPINANGER, D., Konferenz der Foreign Trade Association (FTA) on „Textile Trade After 2004: Competition or New Dirigisme?“ in Brüssel (Vortrag „The Dangers Ahead: What Comes After 31.12.04?“).

SPINANGER, D., Konferenz der East-Asian Economic Association (Leiter der Session „Regional Economies and Distribution in China“ und Comment zu „The Determinants of Export Propensity: The Case of Manufacturing Industries of Guangdong, China“).

SPINANGER, D., Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung „Completing the First Three Years of Chinese WTO-Membership – Stock Taking of the Present

Situation and the Challenges Ahead“ in Shanghai (Vortrag „The Question of Tariff and Non-Tariff Measures in Doha“).

STEHN, J., Konferenz „Prozeß und Perspektiven der Europäischen Einigung“ der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin (Vortrag „Die EU: Fit für die Osterweiterung?“).

STEHN, J., Seminar „Exportmanagement“ der Südwestfälischen IHK in Hagen (Vortrag „Die Entwicklung der deutschen Exportmärkte“).

STEHN, J., Workshop „Exploring the Potential of an Enlarged EU“ der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh (Vortrag „The Future of Trade Integration in the EU“).

STOLZ, S., IfW-SUERF Workshop „Banking Risks in International Markets“ in Kiel (Vortrag „Does Capital Regulation Matter for Bank Behavior? Evidence for German Savings Banks“).

STOLZ, S., 7. Konferenz der Schweizerischen Gesellschaft für Finanzmarktforschung in Zürich (Vortrag „Does Capital Regulation Matter for Bank Behavior? Evidence for German Savings Banks“).

STOLZ, S., Jahrestagung der European Financial Management Association in Basel (Vortrag „Does Capital Regulation Matter for Bank Behavior? Evidence for German Savings Banks“).

STOLZ, S., Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Finanzwirtschaft in Tübingen (Vortrag „Does Capital Regulation Matter for Bank Behavior? Evidence for German Savings Banks“).

STOLZ, S., 25. SUERF Colloquium in Madrid (Vortrag „Does Charter Value Matter for Banks’ Capital Buffer? Evidence for EU Banks“).

THIELE, R., Jahrestagung des Ausschusses Entwicklungsländer des Vereins für Socialpolitik in Köln (Korreferat zu „The Macroeconomic Effects of Foreign Aid“).

THIELE, R., 7. Entwicklungspolitisches Seminar des Vereins für Entwicklungsökonomische Forschungsförderung in Weimar (Vortrag „Die wirtschaftliche Stagnation Afrikas: Ursachen und Möglichkeiten der Überwindung“).

THOMSEN, H., Verbundkonferenz des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV).

VINHAS DE SOUZA, L., 25th SUERF Colloquium des Instituto de Estudios Superiores de la Empresa (IESE) in Madrid (Vortrag „Financial Liberalization and Business Cycles: The Experience of the New EU Member States in The Baltics and Central Eastern Europe“).

VINHAS DE SOUZA, L., UACES 34th Annual Conference and 9th Research Conference „The European Union: New Neighbours, New Challenges“ in Birmingham (Vortrag „Monetary Policy Rules for Russia“).

VINHAS DE SOUZA, L., Annual Conference der „Money, Macro and Finance Research Group“ an der Cass Business School in London (Vortrag „Financial Liberalization and Business Cycles: The Experience of the New EU Member States in The Baltics and Central Eastern Europe“).

VINHAS DE SOUZA, L., First Meeting of the UACES Study Group on „Monetary Policy in Selected CIS Countries“ (UNU-CRIS) in Brügge (Vortrag „Monetary Policy Rules for Russia“).

VINHAS DE SOUZA, L., USAID/IRIS Regional Think Tank Conference in Kranjska Gora (Vortrag „Final Report on the Project ‘Analysis of Monetary and Trade Policy Questions for the Russian Federation’“).

VINHAS DE SOUZA, L., Workshop „Analysis of Monetary and Trade Policy Questions for the Russian Federation“ der New Economic School in Moskau (Vortrag „Monetary Policy Rules for Russia“).

VINHAS DE SOUZA, L., World Bank „Annual Bank Conference on Development Economics in Europe (ABCDE)“ in Brüssel (Vortrag „A Wider Europe: Trade Relations between an Enlarged EU and the Russian Federation“).

VINHAS DE SOUZA, L., Workshop on Transition Economics der Bank of Finland in Helsinki (Vortrag „Monetary Policy Rules for Russia“).

VINHAS DE SOUZA, L., Konferenz des International Center for Economic Growth – European Center (ICEG-EC) „Economic and Political Relations after the EU Enlargement: The Visegrad Countries and Russia, Ukraine, Belarus and Moldova“ in Budapest (Vortrag „Monetary Policy Rules for Russia“).

WIEBELT, M., Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Dresden (Vortrag „Prospects for Pro-poor Growth in Bolivia: A CGE Analysis“).

WIEBELT, M., Roundtable Workshop on Pro-poor Growth der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main (Discussant „Quantitative Tools in Pro-poor Growth Analysis“).

WIEBELT, M., Workshop „Operationalizing Pro-Poor Growth“ von Weltbank, AFD, DFID, BMZ, GTZ und KfW in Eschborn (Koautor „Operationalizing Pro-poor Growth – Country Case Study: Bolivia“).

WIEBELT, M., Rundgespräch „Megastädte und globaler Wandel“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Bonn.

WOLF, H., GARS-Workshop „How to Make Slot Markets Work“ in Berlin (Vortrag „The Auctioning of Airports Slots – A View from the Perspective of Transaction Costs Economics“).

WOLF, H., World Conference der Air Transport Research Group in Istanbul (Vortrag „Institutional Obstacles of an Efficient Air Transport Infrastructure Policy“).

VI. Veröffentlichungen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Forschungsabteilungen haben auch im Jahr 2004 ihre Ergebnisse einem größeren Leserkreis in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik präsentiert. Sie nutzten dabei die verschiedenen Publikationsreihen des Instituts, publizierten aber auch in externen Zeitschriften und bei anderen Verlagen.

Die Publikationen in eigenen Reihen wurden in der Gruppe „Redaktion“ (Leiter: Dietmar Gebert) redaktionell bearbeitet. Darüber hinaus wurden Manuskripte redigiert, die von auswärtigen Wissenschaftlern auf der Kieler-Woche-Konferenz des Instituts vorgetragen oder von der Zeitschrift „Review of World Economics/ Weltwirtschaftliches Archiv“ nach Durchlaufen eines Referee-Prozesses angenommen worden waren.

Insgesamt wurde im Jahr 2004 eine Vielzahl von Manuskripten veröffentlicht: 5 Kieler Studien, 9 Kieler Diskussionsbeiträge sowie jeweils 4 Hefte der Zeitschriften „Die Weltwirtschaft“ und „Review of World Economics/Weltwirtschaftliches Archiv“. Außerdem publizierte das Institut den Konferenzband „Macroeconomic Policies in the World Economy“ und die Bernhard-Harms-Vorlesung „External Adjustment“ von Maurice Obstfeld.

1. Veröffentlichungen in eigenen Publikationsreihen

Kurze Zusammenfassungen der hier aufgeführten Publikationen erschienen im Jahr 2004 in den Kieler Kurzberichten und auch, soweit ausländische Leser stärker angesprochen werden sollten, in den englischsprachigen Kiel Reports. Weitere Informationen über die nachstehend aufgeführten Publikationen sind zusammen mit den Publikationen des Vorjahrs im *Publikationsverzeichnis 2003–2004* enthalten.

Darüber hinaus ist das Institut für Weltwirtschaft unter *http://www.ifw-kiel.de* im Internet präsent. Die umfangreiche Homepage enthält sowohl Informationen über die Forschungstätigkeit als auch über die Organisation und die Serviceeinrichtungen des Instituts. Des Weiteren ist es möglich, die Zusammenfassungen der Institutsveröffentlichungen oder auch einzelne Forschungsarbeiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als vollständiges Dokument herunterzuladen und auszudrucken. Besonders oft wurden die aktuellen Analysen zur Konjunktur sowie Informationen zu neuen Publikationen des Instituts für Weltwirtschaft abge-

fragt. Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahr pro Monat gut 300 000 Zugriffe auf die Internetseiten registriert.

❍ Kieler Studien

BOSS, A., K.-J. GERN, C.-P. MEIER und J. SCHEIDE, Mehr Wachstum in Europa durch eine Koordination makroökonomischer Politik? Zur Kombination von Geld- und Lohnpolitik sowie zur Steuerharmonisierung in der EU.

BUCH, C.M., Globalization of Financial Markets. Causes of Incomplete Integration and Consequences for Economic Policy.

KAMPS, C., The Dynamic Macroeconomic Effects of Public Capital. Theory and Evidence for OECD Countries.

KLEINERT, J., The Role of Multinational Enterprises in Globalization.

STRAUSS, H., Demand and Supply of Aggregate Exports of Goods and Services. Multivariate Cointegration Analyses for the United States, Canada, and Germany.

❍ Beiträge in Konferenzbänden des IfW

SCHEIDE, J., Macroeconomic Policy Coordination in Europe – An Agnostic View. In H. Siebert (ed.), Macroeconomic Policies in the World Economy. Berlin: Springer-Verlag.

❍ Review of World Economics/Weltwirtschaftliches Archiv

Diese vierteljährlich erscheinende Zeitschrift enthält Artikel von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus aller Welt, die in ihren vorwiegend empirischen Beiträgen Fragestellungen aus dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen untersuchen. Diese umfassen den Handel mit Gütern und Dienstleistungen, Währungssysteme und Wechselkurse, die internationale Handelspolitik, den Kapitalverkehr und die Migration von Arbeitskräften, die wirtschaftliche Entwicklung in einzelnen Ländern und die internationale Koordination der Wirtschaftspolitik.

Bei der Herausgabe der Review of World Economics/Weltwirtschaftliches Archiv wird das Institut von seinem International Advisory Board beraten. Diesem gehörten im Jahr 2004 folgende Professoren an:

Alberto F. Alesina (Harvard University, Cambridge, Mass.), Richard E. Baldwin (Graduate Institute of International Studies, Genf), Paul De Grauwe (University of Louvain), Barry Eichengreen (University of California at Berkeley), Francesco

Giavazzi (Bocconi University, Mailand), David Greenaway (University of Nottingham), Elhanan Helpman (Harvard University, Cambridge, Mass., und Tel Aviv University), Arye L. Hillman (Bar-Ilan University, Ramat Gan, Israel), J. Peter Neary (University College, Dublin), Maurice Obstfeld (University of California at Berkeley), Richard Pomfret (University of Adelaide), Niels Thygesen (University of Copenhagen), Holger C. Wolf (Georgetown University, Washington), Charles Wyplosz (Graduate Institute of International Studies, Genf).

Artikel von Wissenschaftlern des IfW:

NUNNENKAMP, P., und J. SPATZ, Intellectual Property Rights and Foreign Direct Investment: A Disaggregated Analysis.

❍ Die Weltwirtschaft

Jedes Heft dieser Vierteljahresschrift enthielt die Diagnose und Prognose der Konjunktur in Deutschland und in anderen für die Weltkonjunktur wichtigen Ländern. Außerdem wurden wirtschaftspolitische Einzelthemen aufgegriffen, vor allem solche, die Europa betrafen: das Europäische Emissionshandelssystem, die Zuwanderungspolitik in Europa und die Wettbewerbsaufsicht in der EU. Daneben ging es um Arbeitsmarktprobleme in Deutschland, um die Wachstumseffekte von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern und um die wettbewerbsrechtliche Problematik der Open-Source-Software.

BENNER, J., K.-J. GERN, C. KAMPS, A. KUHN, B. SANDER und J. SCHEIDE, Weltwirtschaft im Aufschwung.

BENNER, J., K.-J. GERN, A. KUHN, F. OSKAMP, B. SANDER und J. SCHEIDE, Konjunktur in den Industrieländern bleibt aufwärts gerichtet.

BENNER, J., K.-J. GERN, A. KAMPS, F. OSKAMP, B. SANDER und J. SCHEIDE, Weltkonjunktur überschreitet Höhepunkt.

BENNER, J., K. CARSTENSEN, K.-J. GERN, F. OSKAMP und J. SCHEIDE, Euroland: Konjunktur verliert wieder an Fahrt.

BENNER, J., K.-J. GERN, F. OSKAMP, B. SANDER und J. SCHEIDE, Abgeschwächter Produktionsanstieg in den Industrieländern.

BOSS, A., A. KUHN, C.-P. MEIER, F. OSKAMP, B. SANDER, J. SCHEIDE und R. SCHMIDT, Deutsche Konjunktur: Gedämpfte Erholung.

BOSS, A., A. KUHN, C.-P. MEIER, F. OSKAMP, B. SANDER, J. SCHEIDE und R. SCHMIDT, Konjunkturerholung in Deutschland setzt sich in mäßigem Tempo fort.

BOSS, A., A. KAMPS, C.-P. MEIER, F. OSKAMP, B. SANDER und J. SCHEIDE, Deutschland: Konjunktur flaut schon wieder ab.

BOSS, A., C.-P. MEIER, F. OSKAMP, B. SANDER und J. SCHEIDE, Spürbare Verlangsamung der Konjunktur in Deutschland.

FODERS, F., Zuwanderungspolitik in Europa: Begrenzung, Steuerung oder Förderung der Migration?

GERN, K.-J., C. KAMPS, C.-P. MEIER und J. SCHEIDE, Verhaltener Aufschwung in Euroland.

KLEPPER, G., und S. PETERSON, Das Europäische Emissionshandelssystem – Effiziente Klimapolitik oder Gefahr für die europäische Wettbewerbsfähigkeit?

KLODT, H., Strukturwandel und Arbeitsmarktprobleme in Deutschland.

KLODT, H., Mehr Arbeitsplätze durch Auslandsinvestitionen.

LEHMENT, H., und F. OSKAMP, Gesamtwirtschaftliche Bedingungen für einen Anstieg des Arbeitsvolumens in Deutschland.

MUNDHENKE, J., Chancen und Risiken von Softwarepatenten: Eine Bewertung der geplanten EU-Richtlinie über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen.

NUNNENKAMP, P., Wachstumseffekte von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern: Warum hohe Erwartungen häufig enttäuscht werden.

SCHWEICKERT, R., und A. GAWRICH, Institutionelle Entwicklung in Europa – Wie weit sind die südosteuropäischen Länder?

SCHWEICKERT, R., und I. ŠIKULOVÁ, Der Weg der Slowakei in die Europäische Union – Vom Spätstarter zum Starreformer?

STEHN, J., Wettbewerbsaufsicht in der EU: Zentralisierung oder Dezentralisierung?

❍ Kieler Diskussionsbeiträge

Die Diskussionsbeiträge analysierten die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in Euroland und Deutschland und erörterten vor allem entwicklungspolitische Themen.

BENNER, J., K. CARSTENSEN, K.-J. GERN, F. OSKAMP und J. SCHEIDE, Euroland: Recovery Will Slow Down.

DOHSE, D., Regionale Verteilung innovativer Aktivitäten in Ostdeutschland.

GERN, K.-J., C. KAMPS, C.-P. MEIER und J. SCHEIDE, Moderate Upswing in Euroland.

GERN, K.-J., F. HAMMERMANN, R. SCHWEICKERT und L. VINHAS DE SOUZA, European Monetary Integration after EU Enlargement.

KAMPS, C., C.-P. MEIER und F. OSKAMP, Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland bleibt schwach.

LÜCKE, M., und D. SPINANGER, Liberalizing International Trade in Services: Challenges and Opportunities for Developing Countries.

NUNNENKAMP, P., und R. THIELE, Strategien zur Bekämpfung der weltweiten Armut: Irrwege, Umwege und Auswege.

NUNNENKAMP, P., Why Economic Growth Has Been Weak in Arab Countries: The Role of Exogenous Shocks, Economic Policy Failure and Institutional Deficiencies.

SCHWEICKERT, R., und R. THIELE, From Washington to Post-Washington? Consensus Policies and Divergent Developments in Latin America and Asia.

❍ Kieler Arbeitspapiere

Die im Jahre 2004 erschienenen Arbeitspapiere behandelten ein breites Spektrum an Themen. Diese reichten von steuer-, geld- und konjunkturpolitischen Themen und solchen des Finanzmarktes bis zu gesundheits-, umwelt-, entwicklungs- und verteilungspolitischen Themen. In vielen Arbeitspapieren wurden auch methodische Probleme aufgegriffen. Alle Arbeitspapiere stehen als PDF-Datei unter der Internet-Adresse *http://www.ifw-kiel.de/pub/kap/kap.htm* zum Downloaden zur Verfügung.

BADE, F.-J., C.-F. LAASER und R. SOLTWEDEL, Urban Specialization in the Internet Age – Empirical Findings for Germany.

BOSS A., Radikale Steuerreform in Deutschland?

BOSS, A., und T. ELENDNER, Vorschläge zur Steuerreform in Deutschland: Was bedeuten sie? Was „kosten“ sie?

BOSS, A., und A. ROSENSCHON, Steuervergünstigungen in Deutschland: Eine Aktualisierung.

CARSTENSEN, K., und R. COLAVECCHIO, Did the Revision of the ECB Monetary Policy Strategy Affect the Reaction Function?

DEKE, O., Financing National Protected Area Networks Internationally – The Global Environment Facility as a Multilateral Mechanism of Transfer.

DEKE, O., Internalizing Global Externalities from Biodiversity – Protected Areas and Multilateral Mechanisms of Transfer.

DEKE, O., Der Preis des „Grünen Goldes“ – Informationen und Informationsdefizite über den Marktwert genetischer Ressourcen.

DÖPKE, J., und C. PIERDZIOCH, Politics and the Stock Market – Evidence from Germany.

ESANOV, A., C. MERKL und L. VINHAS DE SOUZA, A Preliminary Evaluation of Monetary Policy Rules for Russia.

GUNDLACH, E., The Primacy of Institutions Reconsidered: The Effects of Malaria Prevalence in the Empirics of Development.

KAMPS, C., The Dynamic Effects of Public Capital: VAR Evidence for 22 OECD Countries.

KIZYS, R., und C. PIERDZIOCH, Business Cycle Fluctuations and International Financial Integration.

KLEPPER, G., und S. PETERSON, The EU Emissions Trading Scheme: Allowance Prices, Trade Flows, Competitiveness Effects.

KOETTER, M., T. NESTMANN, S. STOLZ und M. WEDOW, Structures and Trends in German Banking.

KONCHYN, V., Komparative Wettbewerbsposition der Ukraine in den Produktions- und Handelsbeziehungen im Weltwirtschaftssystem und mit dem sich erweiternden Europa.

LAASER, C.-F., und K. SCHRADER, The Baltic States' Integration into the European Division of Labour.

LANGHAMMER, R.J., China and the G-21: A New North-South Divide in the WTO After Cancún?

LAY, J., und T.O. MAHMOUD, Bananas, Oil, and Development: Examining the Resource Curse and Its Transmission Channels by Resource Type.

LAY, J., R. THIELE und M. WIEBELT, Pro-Poor Growth in Bolivia: Accounting for External Shocks and Policy Reforms.

LORZ, O., und G. WILLMANN, On the Endogenous Allocation of Decision Powers in Federal Structures.

LÜCKE, M., und D. SPINANGER, Liberalisierung des internationalen Handels mit Dienstleistungen: Herausforderungen und Chancen für Entwicklungsländer.

LÜCKGE, H., und S. PETERSON, The Role of CDM and JI for Fulfilling the European Kyoto Commitments.

MEIER, C.-P., Investigating the Impact of an Appreciation of the Euro in a Small Macroeconometric Model of Germany and the Euro Area.

NUNNENKAMP, P., G. CANAVIRE und L. TRIVEÑO, Targeting Aid to the Needy and Deserving: Nothing But Promises?

PETERSON, S., The Contribution of Economics to the Analysis of Climate Change and Uncertainty: A Survey of Approaches and Findings.

PIERDZIOCH, C., Feedback Trading and Predictability of Stock Returns in Germany, 1880–1913.

PIERDZIOCH, C., Productivity Shocks and Delayed Exchange-Rate Overshooting.

PIERDZIOCH, C., und S. YENER, On the Hump-Shaped Output Effect of Monetary Policy in an Open Economy.

PIERDZIOCH, C., und S. YENER, On the Welfare Effects of Monetary Policy When Households Try to Keep Up with the Rest of the World.

SCHERTLER, A., Sources of Funds and Specialization Patterns of European Venture Capital Investments.

SCHRADER J.-V., Erneute EU-Agrarreform: Umbau statt Abbau von Subventionen.

SCHWEICKERT, R., und R. THIELE, Makroökonomische Stabilisierung und Wirtschaftswachstum in Lateinamerika: Was bringt die Debatte über den Washington-Konsens?

SIEBERT, H., Germany in the European Union: Economic Policy under Ceded Sovereignty.

SIEBERT, H., Economic and Political Governance in Germany's Social Market Economy.

SIEBERT, H., Germany's Capital Market and Corporate Governance.

SIEBERT, H., Germany's Fiscal Policy Stance.

STOLPE, M., Europe's Entry into the Venture Capital Business: Efficiency and Policy.

STOLPE, M., Die Erstellung medizinischer Leistungen – Entscheidungstheoretische Grundlagen und gesundheitspolitischer Handlungsbedarf.

STOLPE, M., Non-Market Interaction in Primary Equity Markets: Evidence from France and Germany.

WIEBELT, M., GEM-PIA: A Real-Financial General Equilibrium Model for Poverty Impact Analysis – Technical Description.

2. Externe Veröffentlichungen

Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts publizierten im Jahr 2004 bei fremden Verlagen und in externen Zeitschriften. Bei Zeitschriften werden im Folgenden solche mit und ohne Refereeprozess unterschieden.

❍ Monographien und Sammelwerke

BODE, E., D. DOHSE, C.-F. LAASER, H. SICHELSCHMIDT und R. SOLTWEDEL (zusammen mit DIW, IAB, IWH und ZEW), Zweiter Forschungsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Halle (Saale): IWH.

DOLUD, O., Nichtmonetäre Transaktionen in der ukrainischen Landwirtschaft: Determinanten, Spezifika und Folgen. Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe. Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO), Halle (Saale): IAMO.

HENKE, J.M., KLEPPER, G., N. SCHMITZ et al. (Hrsg.), Innovationen bei der Bioethanolerzeugung und ihre Auswirkungen auf Energie- und Treibhausgasbilanzen. Forschungsbericht der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe. Münster: Landwirtschaftsverlag.

KLEPPER, G., et al., Konkretisierungsstrategien für Art. 2 der UN-Klimarahmenkonvention. Bad Neuenahr-Ahrweiler: Europäische Akademie zur Erforschung von Folgen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen.

KLODT, H., Towards a Global Competition Order. Sankt Augustin: Academia.

SIEBERT, H., The German Economy. Beyond the Social Market. Princeton: Princeton University Press.

❍ Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften

Mit Refereeprozess

BENNER, J., und C.-P. MEIER. Prognosegüte alternativer Frühindikatoren für die Konjunktur in Deutschland. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik.

BODE, E., The Spatial Pattern of Localized R&D Spillovers: An Empirical Investigation for Germany. Journal of Economic Geography.

BOSS, A., und T. ELENDNER, Vorschläge zur Steuerreform in Deutschland: Was bedeuten sie? Was „kosten“ sie? Zeitschrift für Wirtschaftspolitik.

CARSTENSEN, K., und G. HANSEN, Inflationäre Schocks in Deutschland: Eine Common Trends Analyse. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik.

CARSTENSEN, K., und F. TOUBAL, Foreign Direct Investment in Central and Eastern European Countries: A Dynamic Panel Analysis. Journal of Comparative Economics.

CHRISTENSEN, B., Anspruchslohn und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

CHRISTENSEN, B., Der Einfluss der Agenda 2010 auf die Arbeitslosigkeitsdauer. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik.

CHRISTENSEN, B., Reservationslöhne und Arbeitslosigkeitsdauer. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik.

DOHSE, D., Germany's New Economy – Making a Face at Expectations. Economic Trends.

FODERS, F., Long-Run Determinants of Immigration to Germany 1974–1999: A Ricardian Approach. European Review of Economics and Finance.

HENKE, J.M., G. KLEPPER, N. SCHMITZ, Tax Exemption for Biofuels in Germany: Is Bio-Ethanol Really an Option for Climate Policy? International Journal of Energy.

KLEPPER, G., und S. PETERSON, The EU Emissions Trading Scheme – Allowance Prices, Trade Flows, Competitiveness Effects. European Environmental Journal.

KLEPPER, G., und S. PETERSON, Trading Hot Air: The Influence of Permit Allocation Rules, Market Power, and the US Withdrawal from the Kyoto Protocol. Environmental and Resource Economics.

KLODT, H., Border Effects in Passenger Air Traffic. Kyklos.

LANGHAMMER, R.J., Halving Poverty by Doubling Aid: Is There Reason for Optimism? The World Economy.

LANGHAMMER, R.J., Revealed Comparative Advantages in Service Trade of the US, EU, and Japan. What Do They Tell Us? Journal of World Investment and Trade.

LORZ, O., und S. NASTASSINE, Political Participation of Mobile Citizens and the Size of the Welfare State. CESIfo Economic Studies.

LORZ, O., Unemployment, Social Transfers, and International Capital Mobility. Finanzarchiv.

LORZ, O., Time Consistent Optimal Redistribution Policy in an Overlapping Generations Model. Journal of Public Economic Theory.

NUNNENKAMP, P., To What Extent Can Foreign Direct Investment Help Achieve International Development Goals? The World Economy.

NUNNENKAMP, P., und J. SPATZ, Foreign Direct Investment and Economic Growth in Developing Countries: How Relevant Are Host-Country and Industry Characteristics? Transnational Corporations.

PIERDZIOCH, C., Capital Mobility and the Effectiveness of Fiscal Policy in Open Economies. Journal of Macroeconomics.

PIERDZIOCH, C., Financial Market Integration and Business Cycle Volatility in a Monetary Union. Scottish Journal of Political Economy.

PIERDZIOCH, C., Home Bias, Capital Mobility, and Macroeconomic Volatility. Oxford Economic Papers.

PIERDZIOCH, C., Noise Trading and Delayed Exchange Rate Overshooting. Journal of Economic Behavior and Organization.

PIERDZIOCH, C., Capital Mobility, Consumption Substitutability, and the Effects of Monetary Policy in Open Economies. German Economic Review.

PIERDZIOCH, C., und G. STADTMANN, The Effectiveness of the Interventions of the Swiss National Bank – An Event-Study Analysis. Swiss Journal of Economics and Statistics.

PIERDZIOCH, C., M. FRENKEL und G. STADTMANN, On the Determinants of „Small“ and „Large“ Foreign Exchange Market Interventions: The Case of the Japanese Interventions in the 1990s. Review of Financial Economics.

PIERDZIOCH, C., M. FRENKEL und G. STADTMANN, The Accuracy of Press Reports Regarding the Foreign Exchange Interventions of the Bank of Japan. Journal of International Financial Markets, Institutions, and Money.

PIERDZIOCH, C., M. FRENKEL und G. STADTMANN, Wie entschlossen intervenieren Zentralbanken am Devisenmarkt? Neue empirische Evidenz für die Bank of Japan. Kredit und Kapital.

PIERDZIOCH, C., M. FRENKEL und G. STADTMANN, The Effects of Japanese Foreign Exchange Market Interventions on the Yen/U.S. Dollar Exchange Rate Volatility. International Review of Economics and Finance.

PIERDZIOCH, C., M. FRENKEL und G. STADTMANN, Japanese and U.S. Interventions in the Yen/U.S. Dollar Market: Estimating the Monetary Authorities' Reaction Functions. Quarterly Review of Finance and Economics.

PIERDZIOCH, C., M. FRENKEL und G. STADTMANN, Modeling the Intensity of Foreign Exchange Intervention Activity. Economics Letters.

PIERDZIOCH, C., C.M. BUCH und J. DÖPKE, Der Rückgang konjunktureller Schwankungen in Deutschland: Bessere Geldpolitik oder nur Glück gehabt? Zeitschrift für Wirtschaftspolitik.

PIERDZIOCH, C., C.M. BUCH und J. DÖPKE, Business Cycle Volatility in Germany. German Economic Review.

ROSENSCHON, A., Ist die Finanzpolitik der Bundesländer nachhaltig? Zeitschrift für Wirtschaftspolitik.

SCHERTLER, A., Explaining Cross-Country Variations in Venture Capital Investments: Theory and Empirical Evidence. Kredit und Kapital.

SIEBERT, H., Why the German Labor Market Is Failing. International Journal of Comparative Labour Law and Industrial Relations.

SIEBERT, H., Alemania: Un País de Inmigración. Revista Asturiana de Economia.

SNOWER, D.J., und M. KARANASSOU, Unemployment Invariance. German Economic Review.

SPATZ, J., The Impact of Structural Reforms on Wages and Employment: The Case of Formal and Informal Workers in Bolivia. Revista Latino Americana de Desarrollo Económico.

SPINANGER, D., Regulated Efficiency, World Trade Organization Accession, and the Motor Vehicle Sector in China. World Bank Economic Review (Koautor: J. Francois).

Ohne Refereeprozess

DICKE, H., und H.H. GLISMANN, Vom Elend der Konjunkturprognosen. Research Notes.

FODERS, F., Argentinien und der Internationale Währungsfonds. Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

GUNDLACH E. (mit L. Wößmann), Family Background, Schooling Resources, and Institutional Features: What Determines Student Performance in East Asian Countries? East Asian Economic Perspectives.

KLODT, H., Innovationsoffensive: Aufbruch in die Vergangenheit? Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt).

KLODT, H., Der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft: Ausprägung, Ursachen und Perspektiven. Statistische Monatshefte.

LAASER, C.-F., und K. SCHRADER. Die baltischen Staaten in der europäischen Arbeitsteilung. Die baltischen Staaten (Sonderheft von Der Bürger im Staat).

NUNNENKAMP, P., Zielgerichtete Entwicklungshilfe? Internationale Politik.

NUNNENKAMP, P., Der Automobilstandort Deutschland unter Wettbewerbsdruck. Ifo-Schnelldienst.

PIERDZIOCH, C., G. STADTMANN und J. WEIGAND, Internationale Wettbewerbsfähigkeit am Beispiel der CEE Länder. Das Wirtschaftsstudium (WISU).

PIERDZIOCH, C., M. FRENKEL und G. STADTMANN, Spekulative Übertreibungen auf Finanzmärkten: Ein Beispiel zum Zusammenwirken von rationalen und irrationalen Spekulanten. Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt).

PIERDZIOCH, C., C.M. BUCH und J. DÖPKE, Globalisierung und Konjunkturzyklen. Wirtschaftsdienst.

PIERDZIOCH, C., C.M. BUCH und G. STADTMANN, Portfoliodiversifikation und die Volatilität internationaler Kapitalströme. Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt).

PIERDZIOCH, C., und G. STADTMANN, Bank Runs und Bankenkrisen. Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt).

SCHWEICKERT, R., How Far Away Is Europe? Institutional Development in Europe's Balkan and Black Sea Neighbours. Intereconomics.

SICHELSCHMIDT, H., Neue Bundesländer: Fortschritte bei der Verkehrsanbindung. Internationales Verkehrswesen.

❍ Beiträge in Sammelwerken

Internationale Sammelwerke mit refereeähnlichem Prozess

DOHSE, D., C. KRIEGER-BODEN und R. SOLTWEDEL, European Labor Markets and EMU. In P. King und S. King (eds.), International Economics and International Economic Policy: A Reader. Boston, Mass.: Mc Graw-Hill/Irwin (4. Auflage).

GUNDLACH, E. (mit L. Wößmann), Bildungsressourcen, Bildungsinstitutionen und Bildungsqualität: Makroökonomische Relevanz und mikroökonomische Evidenz. In U. Backes-Gellner und P. Moog (Hrsg.), Ökonomie der Evaluation von Schulen und Hochschulen. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin: Duncker und Humblot.

GUNDLACH, E. (mit J. Navarro de Pablo und N. Weisert), Education Is Good for the Poor: A Note on Dollar and Kraay. In T. Shorrocks und R. Van der Hoeven (eds.), Growth, Inequality and Poverty: Prospects for Pro-Poor Economic Development. UNU/WODER Studies in Development Economics. Oxford: Oxford University Press.

SNOWER, D.J., How Should Disability Benefits Be Structured? In B. Marin, C. Prinz und M. Queisser (eds.), Transforming Disability Welfare Policies. Aldershot: Ashgate.

SPINANGER, D., und H. KLODT, Structural Adjustment in Textile and Clothing: Technology and Innovation. OEDC (ed.), A New World Map in Clothing. Adjusting to Change. Paris: OECD.

SPINANGER, D., und J. FRANCOIS, WTO Accession and Structure of China's Motor Vehicle Sector. In D. Bhattasali, S. Li und W. Martin (eds.), China and the WTO: Accession, Policy Reform, and Poverty Reduction Strategies. Washington, D.C.: World Bank und Oxford University Press.

VINHAS DE SOUZA, L., M. BAKANOVA, I. KOLESNIKOVA und A. ABRAMOVA, Transition and Growth in Belarus. In G. Ofer und R. Pomfret (eds.), The Economic Prospects of the CIS. Aldershot: Edward Elgar.

Weitere Sammelwerke

BADE, F.-J., C.-F. LAASER und R. SOLTWEDEL, Neue Ökonomie und Raumstruktur – Niedergang oder Akzentuierung städtischer Strukturen? In D. Hassenpflug und G. Tegeder (Hrsg.), city.net – Städte im Zeitalter der Telekommunikation. Marburg: Tectum.

DEKE, O., Zwei internationale Konzeptionen zur Bewahrung biologischer Vielfalt – Handel mit genetischen Ressourcen und Transfers im Kontext von Naturschutzgebieten. In H. Korn und U. Feit (Hrsg.), Treffpunkt Biologische Vielfalt IV. Bundesamt für Naturschutz. Bonn-Bad Godesberg: Landwirtschaftsverlag Münster.

DEKE, O., Supporting National Protected Area Systems Internationally – The Global Environment Facility. In Secretariat of the Convention on Biological Diversity (ed.), Facilitating Conservation and Sustainable Use of Biological Diversity. CBD Technical Series No. 9. Genf: Secretariat of the Convention on Biological Diversity.

DOHSE, D., C.-F. LAASER, J.V. SCHRADER und R. SOLTWEDEL, Räumlicher Strukturwandel im Zeitalter des Internets – Eine Untersuchung der raumwirtschaftlichen Folgen des Vordringens des Internets als Transaktionsmedium. In Wüstenrot-Stiftung (Hrsg.), Räumlicher Strukturwandel im Zeitalter des Internets. Neue Herausforderungen für Raumordnung und Stadtentwicklung. Ludwigsburg: Verlag für Sozialwissenschaften.

FODERS, F., Gründe und Auswirkungen der Krise in Argentinien. In N. Schweickart und L. Kaufmann (Hrsg.), Lateinamerikamanagement. Wiesbaden: Gabler.

FODERS, F., Bildungspolitik für Beschäftigung und Wachstum. In N. Walter und K.G. Deutsch (Hrsg.), Mehr Wachstum für Deutschland: Die Reformagenda. Frankfurt am Main: Campus.

KLODT, H., Besteht Regulierungsbedarf im Mobilfunk? In J. Kruse und J. Hancap (Hrsg.), Mobilfunk zwischen Wettbewerb und Regulierung. München: Fischer.

KLODT, H., Neue Ökonomie. Schwerpunktbeitrag. Gabler Wirtschaftslexikon, 16. Auflage. Wiesbaden: Gabler.

MEIER, C.-P., und D. BORBÉLY, Macroeconomic Interval Forecasting: The Case of Assessing the Risk of Deflation in Germany. In C. Dreger (ed.), Advances in Macroeconometric Modeling: Papers and Proceedings of the 4th IWH Workshop in Macroeconometrics. Baden-Baden: Nomos.

NUNNENKAMP, P., und J. SPATZ, Determinants of FDI in Developing Countries: Has Globalization Changed the Rules of the Game? In M. Frenkel und G. Stadtmann (eds.), Foreign Direct Investment: Theory, Empirical Evidence and Policy Implications. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung.

NUNNENKAMP, P., Porque o desempenho econômico e a competitividade internacional diferem tanto entre a América Latina e a Asia. In W. Hofmeister (ed.), Experiências asiáticas: Modelo para o Brasil? Cadernos Adenauer, Vol. 4. Rio de Janeiro: Fundação Konrad Adenauer.

PETERSON, S., Ergebnisse des DART-Modells. In Forum für Energiemodelle und Energiewirtschaftliche Systemanalysen in Deutschland (Hrsg.), Energiemodelle zum europäischen Klimaschutz – Der Beitrag der deutschen Energiewirtschaft. Reihe Umwelt- und Ressourcenökonomik. München: LIT-Verlag.

PETERSON, S., Monitoring, Accounting and Enforcement in Emissions Trading Regimes. In OECD (ed.), Greenhouse Gas Emissions Trading and Project-Based Mechanisms. Proceedings of the OECD Global Forum on Sustainable Development: Emissions Trading. Paris: OECD.

PETERSON, S., und G. KLEPPER, Mögliche Folgen der Wasserknappheit für die Weltwirtschaft. In J.L. Lozan, H. Graßl, P. Hupfer, L. Menzel und C.-D. Schönwiese (Hrsg.), Warnsignal Klima: Genug Wasser für alle? Hamburg: Wissenschaftliche Auswertungen.

SPATZ, J., und P. NUNNENKAMP, Globalization of the Automobile Industry: Traditional Locations under Pressure? In M. Faust, U. Voskamp und V. Wittke (eds.), European Industrial Restructuring in a Global Economy: Fragmentation and Relocation of Value Chains. Göttingen: Soziologisches Forschungsinstitut an der Georg-August-Universität.

STEHN, J., Wettbewerbspolitik. In W. Weidenfeld und W. Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004. Bonn: Europa Union.

THIELE, R., und M. WIEBELT, Growth, Poverty, and Income Distribution in Bolivia: A Regional and Sectoral Perspective. In M. Krakowski (ed.), Attacking Poverty: What Makes Growth Pro-Poor? HWWA Studies 75. Baden-Baden: Nomos.

THIELE, R., Die wirtschaftliche Stagnation Afrikas: Ursachen und Möglichkeiten der Überwindung. In H.-R. Hemmer und W. von Urff (Hrsg.), Afrika zwischen Reformen und Staatszerfall. Tagungsband des 7. Limburg-Seminars. Frankfurt am Main: Kreditanstalt für Wiederaufbau.

WOLF, H., Möglichkeiten und Grenzen der Privatisierung von Flughäfen. In A. Knorr und T. Schaub (Hrsg.), See- und Luftverkehrsmärkte im Umbruch. Weltwirtschaftliche Strukturveränderungen auf strategischen Märkten. Münster: Lit-Verlag.

❍ Externe Diskussionspapiere / Sonstige Publikationen

AUDRETSCH, D.B., und D. DOHSE, The Impact of Location on Firm Growth. CEPR Discussion Paper 4332. Centre for Economic Policy Research: London.

DICKE, H., und H.H. GLISMANN, Privatisierungskataster. Ein Diskussionsbeitrag zur Sanierung Berlins. Kiel.

ESANOV, A., C. MERKL und L. VINHAS DE SOUZA, Monetary Policy Rules for Russia. Institute of Transition Discussion Paper Series, No. 11/2004. Bank of Finland, Helsinki.

FLOHR, R., Lizenzprobleme elektronischer Zeitschriften in wissenschaftlichen Spezialbibliotheken. Handreichungen zur Bibliothekswissenschaft Nr. 127. Institut für Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin.

GIERSCH, H., Arbeit für alle. Ergänzung zum Vortrag von Lord Dahrendorf, Reden und Gedenkworte. Zweiundzwanzigster Band: Orden pour le mérite. Göttingen.

KAMPS, C., New Estimates of Government Net Capital Stocks for 22 OECD Countries 1960-2001. IMF Working Paper 04/67. International Monetary Fund, Washington, D.C.

KLASEN, S., M. GROSSE, J. LAY, J. SPATZ, R. THIELE und M. WIEBELT, Operationalizing Pro-Poor Growth. Country Case Study: Bolivia. Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, und Weltbank, Washington, D.C.

KLEPPER, G., und S. PETERSON, Marginal Abatement Cost Curves in General Equilibrium: The Influence of World Energy Prices. FEEM Working Paper No. 136.04. Fondazione Eni Enrico Mattei, Venedig.

KLEPPER, G., J. LAY und M. WIEBELT, Quantitative Models for Trade Impact Analysis. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Programme Trade. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn.

KLEPPER, G., et al., Reasoning Goals of Climate Protection. Specification of Article 2 UNFCCC. Climate Change. Environmental Research of the Federal Ministry of the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety. Research Report. Umweltbundesamt, Berlin.

LANGHAMMER, R.J., Chinas's Self-Interest in Overcoming the Cancún Setback: A European Perspective. KAS-Schriftenreihe China, Shanghai.

LANGHAMMER, R.J., und R. SCHWEICKERT, European Union Enlargement and Adjustment Policies During the Transition. ELSNIT, Issues Papers. First Annual Conference. IDB-INTAL 2004, Buenos Aires.

NUNNENKAMP, P., How to Promote Development-Friendly FDI: An Agenda for Policymakers in Developing and Transition Countries. In J. Rymarczyk und W. Michalczyk (eds.), Regional and Global Development in the Modern World Economy, Vol. 2. Akademia Ekonomiczna im. Oskara Langego we Wroclawiu, Breslau.

SNOWER, D.J., und P. DIAZ-VAZQUEZ, On-the-Job Training, Firing Costs and Employment. CEPR Discussion Paper 4241. Centre for Economic Policy Research, London.

SNOWER, D.J., und A. LINDBECK, The Firm as a Pool of Factor Complementarities. CEPR Discussion Paper 4242. Centre for Economic Policy Research, London.

SNOWER, D.J., M. KARANASSOU und H. SALA, Unemployment in the EU: Institutions, Prices and Growth. CEPR Discussion Paper 4243. Centre for Economic Policy Research, London.

STOLZ, S., F. HEID und D. PORATH, Does Capital Regulation Matter for Bank Behavior? Evidence for German Savings Banks. Deutsche Bundesbank Discussion Paper Series 2: Banking and Financial Supervision No. 03/2004. Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main.

VINHAS DE SOUZA, L., Financial Liberalization and Business Cycles: The Experience of the New EU Member States in The Baltics and Central Eastern Europe. Discussion Paper Series No. 23/04. Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main.

VINHAS DE SOUZA, L., A Wider Europe: Trade Relations between an Enlarged EU and the Russian Federation. Working Papers Series No. 249. CASE, Warschau.

VINHAS DE SOUZA, L., A. ESANOV und C. MERKL, Monetary Policy Rules for Russia. Institute of Transition Discussion Papers Series No. 11/2004. Helsinki.

VII. Anhang

1. Bernhard-Harms-Preis, Bernhard-Harms-Medaille und Bernhard-Harms-Förderpreis

❍ Bernhard-Harms-Preis

Alle zwei Jahre verleiht der Präsident des Instituts auf Beschluss des Preiskuratoriums der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft den gegenwärtig mit 25 000 Euro dotierten Bernhard-Harms-Preis an eine Gelehrte/einen Gelehrten, die/der sich durch hervorragende Leistungen auf dem Gebiet weltwirtschaftlicher Forschung ausgezeichnet hat, oder an eine Persönlichkeit der Wirtschaftspraxis, die Wesentliches zur Förderung weltwirtschaftlicher Beziehungen geleistet hat. Der Preis, der den Namen des Institutsgründers trägt, wird im Rahmen einer akademischen Feierstunde überreicht. Die Preisträgerin/der Preisträger hält nach der Verleihung eine Vorlesung, die das Institut als „Bernhard-Harms-Vorlesung“ veröffentlicht. Der Bernhard-Harms-Preis wurde erstmals 1964 zum 50-jährigen Bestehen des Instituts für Weltwirtschaft verliehen. Die Empfängerinnen und Empfänger des Preises sind:

Prof. Dr. Dr. h.c. GERHARD COLM, Washington, D.C. (1964)

SIR ROY HARROD, Christ Church College, Oxford (1966)

Drs. h.c. HERMANN JOSEF ABS, Frankfurt am Main (1968)

Prof. Dr. WASSILY LEONTIEF, Harvard University/New York University (1970)

Prof. Dr. Drs. h.c. GOTTFRIED HABERLER, Harvard University/American Enterprise Institute, Washington, D.C. (1972)

Prof. Dr. Drs. h.c. FRITZ MACHLUP, Princeton University (1974)

Prof. HARRY G. JOHNSON, Ph.D., University of Chicago (1976)

Prof. Dr. h.c. CHARLES P. KINDLEBERGER, Ph.D., Massachusetts Institute of Technology, Cambridge, Mass. (1978)

Prof. Dr. ERIK LUNDBERG, Stockholm School of Economics (1980)

Prof. Dr. WILLIAM FELLNER, Yale University/American Enterprise Institute, Washington, D.C. (1982)

Prof. Dr. BELA BALASSA, Ph.D., Johns Hopkins University, Baltimore/The World Bank, Washington, D.C. (1984)

Prof. W. MAX CORDEN, Ph.D., Australian National University, Canberra (1986)

Prof. JAGDISH BHAGWATI, Ph.D., Columbia University, New York (1988)

Prof. ANNE O. KRUEGER, Ph.D., Duke University, Durham (1990)

Prof. Dr. h.c. RUDIGER DORNBUSCH, Ph.D., Massachusetts Institute of Technology, Cambridge, Mass. (1992)

Prof. MARTIN FELDSTEIN, Ph.D., Harvard University/National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass. (1994)

Prof. Dr. ASSAR LINDBECK, Universität Stockholm/Institute for International Economic Studies, Stockholm (1996)

Prof. ELHANAN HELPMAN, Ph.D., Harvard University/Department of Economics (1998)

Prof. JEFFREY D. SACHS, Ph.D., Harvard University/Center for International Development (2000)

Prof. STANLEY FISCHER, Ph.D., ehem. First Deputy Managing Director des Internationalen Währungsfonds/Massachusetts Institute of Technology, Cambridge, Mass. (2002)

Prof. MAURICE OBSTFELD, Ph.D., University of California at Berkeley (2004).

❍ Bernhard-Harms-Medaille

In unregelmäßigen Abständen wird die Bernhard-Harms-Medaille verliehen. Mit ihr werden Persönlichkeiten geehrt, die sich um das Institut für Weltwirtschaft und die weltwirtschaftliche Forschung in der Tradition von Bernhard Harms verdient gemacht haben. Bisher erhielten die Bernhard-Harms-Medaille:

Prof. Dr. OTTO PFLEIDERER, Stuttgart (1980)

Dr. KURT PENTZLIN, Hannover (1980)

Dr. DAVID GROVE, Washington, D.C. (1981)

TADEUSZ M. RYBCZYNSKI, M.Sc., London (1983)

Prof. GEORGE FRANK RAY, London (1983)

Prof. Dr. WOLFGANG F. STOLPER, Ann Arbor, Michigan (1984)

KARL-GUSTAV RATJEN, Frankfurt am Main, von 1971 bis 1984 Präsident der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft (1984)

Dr. HANS D. BARBIER, Frankfurt am Main (1986)

Prof. Dr. GERHARD FELS, Köln, von 1976 bis 1983 Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft (1986)

Prof. Dr. RUDOLF SCHEID, Frankfurt am Main (1988)

Prof. Dr. KARL SCHILLER, Jesteburg-Osterberg (1989)

Dr. h.c. TYLL NECKER, Bad Oldesloe (1989)

Prof. Dr. JUERGEN B. DONGES, Köln, von 1983 bis 1989 Vizepräsident des Instituts für Weltwirtschaft (1991)

Prof. Dr. Drs. h.c. HELMUT SCHLESINGER, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main (1992)

Prof. INGO WALTER, Ph.D., New York University (1992)

BIRGIT BREUEL, Präsidentin der Treuhandanstalt, Berlin (1994)

Prof. Dr. HERBERT GRUBEL, Vancouver (1995)

Prof. VÁCLAV KLAUS, Präsident des Parlaments der Tschechischen Republik (1999)

Prof. Dr. Dr. h.c. MARCUS BIERICH, Stuttgart, von 1984 bis 2000 Präsident der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft (2000)

REINHARD MOHN, Gütersloh (2000)

Prof. Dr. Dr. h.c. HELMUT HESSE, Göttingen (2004)

Prof. Dr. Drs. h.c. OTMAR ISSING, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main (2004).

❍ Bernhard-Harms-Förderpreis für wissenschaftliche Nachwuchskräfte

Der „Bernhard-Harms-Förderpreis für wissenschaftliche Nachwuchskräfte“ ist mit 7 500 Euro dotiert und wird in unregelmäßigen Abständen an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts für Weltwirtschaft vergeben, die nicht älter als 33 Jahre sind und sich durch herausragende wissenschaftliche Leistungen ausgezeichnet haben. Ziel ist die Förderung von jungen, qualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Insbesondere soll durch den Preis ein mehrmonatiger Aufenthalt an einer renommierten ausländischen Universität oder Forschungseinrichtung ermöglicht werden. Bisher erhielten den Preis:

Dr. ANDREAS GRÖHN (1998)

Dr. CHRISTIAN PIERDZIOCH (2001)

Dr. KATRIN SPRINGER (2002)

Dr. LUDGER WÖSSMANN (2002).

2. Liste der Beschäftigten (Stand: 1.1.2005)

Afrifa, Ljiljana	Bi
Albrecht, Angelika	Bi
Altmann, Flora	Bi
Andersson, Carmen	FIII
Arnhold, Regina	FI
Arpe, Jutta M.	Präs
Baethe, Sabine	FII
Ballert, Jörg	Vw
Beling, Marlis	Bi
Benner, Joachim	FV
Bickenbach, Frank	FIII
Bluhm, Mathias	Vw
Bode, Eckhardt	FIII
Boss, Alfred	FV
Brammer, Raymond	Bi
Brauer, Martin	Vw
Braunisch, Axinia	Vw
Bredemeyer, Annemarie	Bi
Brown, Alessio J.G.	Präs
Brüggmann, Aurette	Bi
Bruhse, Hans-Dieter	Bi
Büxenstein-Gaspar, Ilse	IRA
Carstensen, Kai	FV
Cenesiz, Mustafa Alper	Präs
Christensen, Björn	FI
Daleske, Jana	Bi
Davidsen, Martina	Bi
Deichsel, Stefan	Bi
Deke, Oliver	FII
Dettmer, Bianka	FI
Dick, Hermann	Bi
Dönges, Doris	Vw
Dohse, Dirk	FIII
Dolud, Olena	Bi
Ebbesen, Sven	Vw
Eckeberg, Elisabeth	IRA
Eggemann, Gesa	Bi
Ehlert, Ulrike	Bi
Ente, Werner	IRA

Feuring, Maria	IRA
Fischer, Renate	Vw
Fingerle, Birgit	Bi
Fliedner, Juliane	FI
Flieger, Elisabeth	IRA
Flohr, Ralf	Bi
Foders, Federico	FI
Freimuth, Britta	Bi
Fromberg, Thorsten	Bi
Führmann, Karin	Bi
Führmann, Margitta	FV
Gatzke, Gitta	Bi
Gebert, Dietmar	IRA
Gebühr, Christiane	FIV
Gern, Klaus-Jürgen	FV
Gilbert, Jan	Vw
Gillam, Almuth	Bi
Glamann, Elke	Bi
Glindemann, Marisa	Vw
Glowatzka, Marion	FII
Goretzko, Fred	Bi
Gosch, Detlef	Bi
Grabsch, Nora	Bi
Graemer, Rosel	Vw
Grewe, Marianne	Bi
Gruebner, Carola	Bi
Gruner, Simone	Bi
Güder, Christine	Bi
Gummersbach, Birgit	IRA
Gundlach, Erich	FIV
Guttzeit, Christel	Bi
Hackländer, Burkhard	Bi
Halbfas, Rita	FI
Hammermann, Felix	FIV
Harder, Corinna	Bi
Harders, Dörte	Bi
Hartmann, Susanne	FI
Hartz, Hans-Hermann	Bi
Heinecke, Ute	FV
Heinen, Ruth	Bi
Henke, Dennis	Bi
Henke, Jan M.	FII

Henke, Regine	FV
Holst, Helga	Bi
Hölterhoff, Kirsten	IRA
Hoßfeld, Oliver	Präs
Hübener, Sabine	FIV
Hübner, Christine	Präs.
Husfeld, Angela	FIV
Huß, Helga	FI
Hutzfeldt, Ingelore	Vw
Hutzfeldt, Rolf	Vw
Jung, Ingo	Vw
Kähler-Rust, Ursula	Bi
Kamps, Annette	FV
Kamps, Christophe	FV
Kasch, Sabine	Vw
Kiesner, Christine	IRA
Kirschning, Christopher	Bi
Kittelmann, Kristina	Präs
Klein, Bernhard	IRA
Klenke, Sven	Vw
Klepper, Gernot	FII
Klodt, Henning	FI
Knieling, Christa	IRA
Kniep, Matthias	Bi
Knoll, Matthias	Präs.
Kober, Gesine	Bi
Kock, Kai Thomas	Bi
Köller, Birte	Bi
Kopischke, Ralf	Vw
Koslowski, Anke	Bi
Kramer, Paul J.	IRA
Krämer, Torge	Bi
Krause, Hiltrud	Bi
Krawiec, Patryk	Bi
Krieger-Boden, Christiane	FIII
Krische, Laura	Präs
Kristahl, Karin	Präs
Krüger, Cordula	Bi
Krüger, Nicole	Bi
Kruse, Erich	Bi
Kunigk, Sytske	Bi
Künne, Sylvia	IRA

Laaser, Claus-Friedrich	FIII
Lade, Kirsten	FI
Lage, Manfred	Bi
Langfeldt, Simone	Bi
Langhammer, Rolf J.	FIV
Launstein, Bianca	Bi
Lawaetz, Ingrid	FIV
Lay, Jann	FII
Lehment, Harmen	IRA
Levenhagen, Ina	Bi
Lewerenz, Werner	IRA
Lipka, Regine	Bi
Lösel, Christine	Bi
Lorenzen, Astrid	Bi
Lorenzen, Melanie	Bi
Lücke, Matthias	FIV
Lüdemann, Heimke	IRA
Lüth, Jan	Bi
Mähl, Joachim	Bi
Maier, Sylvia	Vw
Matthiesen-Goß, Silke	FI
Meier, Carsten-Patrick	FV
Merkl, Christian	Präs
Metzler, Johannes	Präs
Meyer, Thorsten	Bi
Michalski, Malgorzata	Bi
Michel, Joachim	Bi
Milewicz, Elisabeth	IRA
Müller, Claudia	Vw
Mundhenke, Jens	Präs
Nohns, Detlef	Bi
Nunnenkamp, Peter	FIV
Oelkers, Jens	Vw
Oelkers, Martina	Vw
Olivieri, Matteo	FV
Oskamp, Frank	FV
Osterwaldt, Birgit	Bi
Panneck, Bärbel	Vw
Perlak, Ursula	Bi
Peterson, Sonja	FII
Pichler-Hoffmann, Verena	Vw

Pierdzioch, Christian	Präs
Pisani, Donald S.	Bi
Pönitzsch, Gert	Präs
Prahl, Stephanie	Bi
Puls, Matthias	B
Raddatz, Roger	IRA
Radke, Alina	Bi
Rahtkens, Jasmin	Vw
Ramcke, Linda	Präs
Rank, Michaela	FIV
Reese, Martina	Bi
Reimers, Iris	Bi
Richter, Wera	Vw
Rödiger, Nina	Bi
Roese, Solveig	Bi
Rogge, Ingrid	Bi
Ronke, Nicole	Bi
Rosenschon, Astrid	FV
Rothert, Jacek	FV
Rühle, Stefanie	Bi
Rütz, Angelika	IRA
Salden, Manfred	IRA
Sander, Birgit	FV
Sander, Kristina	IRA
Schäfer, Andrea	FIII
Schäfer, Anja	Vw
Schäfers, Susanne	Bi
Scheide, Joachim	FV
Schertler, Andrea	Präs
Schmidt-Eisenlohr, Tim	Präs
Schmidtke, Heinz	Bi
Schnee, Elke	Bi
Schrader, Klaus	FI
Schramm, Renate	FIII
Schröder, Jessica	Bi
Schröder, Gerlinde	Bi
Schröder, Hartmut	Bi
Schröder, Karin	Vw
Schulte, Itta	IRA
Schulz, Karolina	Bi
Schütz, Margrit	FV
Schwarz, Karin	IRA
Schweickert, Rainer	FIV
Schwetlick, Heidrun	Bi
Seeck, Christa	IRA

Seusing, Ekkehart	Bi
Sichelschmidt, Henning	FIII
Siegert, Olaf	Bi
Simon, Ulf	IRA
Skerra, Helmut	Vw
Snower, Dennis	Präs
Soltwedel, Rüdiger	FIII
Spinanger, Dean	FIV
Stark, Kerstin	IRA
Stegmann, Mirjam	FII
Stehn, Jürgen	FI
Stolpe, Michael	FI
Stolz, Stéphanie	Präs
Stribny, Jutta	FI
Stribny, Dieter	IRA
Stubbe, Carola	Bi
Süssenbach, Christina	Bi
Szypula, Ralph	Bi
Theobald, Gudrun	Bi
Thiele, Rainer	FIV
Thode, Annegret	Bi
Thomsen, Horst	Bi
Thun, Britta	IRA
Tietze, Hans	Bi
Tobiesen, Helga	Bi
Treske, Volker	IRA
Trinkus, Michael	Präs
Türker, Sigrid	FI
Uhlig, Susann	Bi
Vierth, Carola	Bi
Vinhas de Souza, Lúcio	FIV
Wagner, Heiko	Vw
Walsdorf, Anke	Präs
Walter, Bärbel	Präs.
Walter, Daniela	Bi
Wartenberg, Almut	Bi
Wehrend, Norbert	Bi
Wehrend, Susanne	Bi
Weiland, Jan Behrend	Bi
Werner-Schwarz, Korinna	IRA
Weskamp, Wolfgang	Bi
Wiebelt, Manfred	FII
Witt, Heidi	Bi

Wöhler, Dagmar	Bi	Yener, Serkan	Präs.
Wolf, Andrea	Bi		
Wolf, Hartmut	FIII	Zacharias, Jakob	Bi
Wolfrath, Birgit	IRA	Zarnitz, Monika	Bi
Wortmann, Karin	Bi	Zinke, Stephan	Bi
Wriedt, Michaela	Bi		

Bi = Bibliothek, F = Forschungsabteilung, IRA = Abteilung „Information, Redaktion und Außenbeziehungen“, Präs = Präsidium, Vw = Verwaltung